

# Amtsblatt der Europäischen Union

# L 231



Ausgabe  
in deutscher Sprache

## Rechtsvorschriften

65. Jahrgang

6. September 2022

### Inhalt

#### II Rechtsakte ohne Gesetzescharakter

#### VERORDNUNGEN

- ★ **Durchführungsverordnung (EU) 2022/1463 der Kommission vom 5. August 2022 zur Festlegung technischer und operativer Spezifikationen des technischen Systems für den grenzüberschreitenden automatisierten Austausch von Nachweisen und zur Anwendung des Grundsatzes der einmaligen Erfassung gemäß der Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(1)</sup>.....** 1
- ★ **Durchführungsverordnung (EU) 2022/1464 der Kommission vom 2. September 2022 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1210/2003 des Rates über bestimmte spezifische Beschränkungen in den wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu Irak.....** 22
- ★ **Verordnung (EU) 2022/1465 der Kommission vom 5. September 2022 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf bestimmte Aromastoffe <sup>(1)</sup>.....** 24
- ★ **Verordnung (EU) 2022/1466 der Kommission vom 5. September 2022 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Streichung bestimmter Aromastoffe aus der Unionsliste <sup>(1)</sup>.....** 32
- ★ **Durchführungsverordnung (EU) 2022/1467 der Kommission vom 5. September 2022 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2378 bezüglich der Standardformblätter und elektronischen Formate, die im Zusammenhang mit der Richtlinie 2011/16/EU des Rates zu verwenden sind, sowie der Liste der von den Mitgliedstaaten zwecks Bewertung der Richtlinie zu übermittelnden statistischen Angaben.....** 36
- ★ **Durchführungsverordnung (EU) 2022/1468 der Kommission vom 5. September 2022 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Penflufen und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2018/185 <sup>(1)</sup>.....** 101

<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR.

# DE

Bei Rechtsakten, deren Titel in magerer Schrift gedruckt sind, handelt es sich um Rechtsakte der laufenden Verwaltung im Bereich der Agrarpolitik, die normalerweise nur eine begrenzte Geltungsdauer haben.

Rechtsakte, deren Titel in fetter Schrift gedruckt sind und denen ein Sternchen vorangestellt ist, sind sonstige Rechtsakte.

- ★ Durchführungsverordnung (EU) 2022/1469 der Kommission vom 5. September 2022 zur Zulassung von aus *Escherichia coli* CGMCC 7.398 hergestelltem L-Lysin-Sulfat als Futtermittelzusatzstoff für alle Tierarten <sup>(1)</sup> ..... 105
  
- ★ Durchführungsverordnung (EU) 2022/1470 der Kommission vom 5. September 2022 zur Zulassung von Endo-1,4-beta-Xylanase, gewonnen aus *Trichoderma longibrachiatum* CBS 139997, und Alpha-Galactosidase, gewonnen aus *Aspergillus tubingensis* ATCC SD 6740, als Zusatzstoff in Futtermitteln für Masthühner, Junghennen, Geflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung für die Mast und Jungtiere von Geflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung für Legezwecke sowie Ziervögel (Zulassungsinhaber: Industrial Técnica Pecuaria S.A.) <sup>(1)</sup> ..... 109
  
- ★ Durchführungsverordnung (EU) 2022/1471 der Kommission vom 5. September 2022 zur Zulassung von Lanthanarbonat-Octahydrat als Zusatzstoff in Futtermitteln für Katzen (Zulassungsinhaber: Porus GmbH) <sup>(1)</sup> ..... 113
  
- ★ Durchführungsverordnung (EU) 2022/1472 der Kommission vom 5. September 2022 zur Zulassung von Manganlysinatsulfat als Zusatzstoff in Futtermitteln für alle Tierarten <sup>(1)</sup> ..... 116

---

<sup>(1)</sup> Text von Bedeutung für den EWR.

## II

(Rechtsakte ohne Gesetzescharakter)

## VERORDNUNGEN

## DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2022/1463 DER KOMMISSION

vom 5. August 2022

**zur Festlegung technischer und operativer Spezifikationen des technischen Systems für den grenzüberschreitenden automatisierten Austausch von Nachweisen und zur Anwendung des Grundsatzes der einmaligen Erfassung gemäß der Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates**

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 über die Einrichtung eines einheitlichen digitalen Zugangstors zu Informationen, Verfahren, Hilfs- und Problemlösungsdiensten und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 14 Absatz 9,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Gemäß Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1724 ist die Kommission verpflichtet, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten ein technisches System für den grenzüberschreitenden automatisierten Austausch von Nachweisen einzurichten, das für die in Anhang II der genannten Verordnung aufgeführten Online-Verfahren und die in den Richtlinien 2005/36/EG <sup>(2)</sup>, 2006/123/EG <sup>(3)</sup>, 2014/24/EU <sup>(4)</sup> und 2014/25/EU <sup>(5)</sup> des Europäischen Parlaments und des Rates vorgesehenen Verfahren erforderlich ist.
- (2) In den in dieser Verordnung enthaltenen technischen und operativen Spezifikationen des technischen Systems zur einmaligen Erfassung („once-only“ technical system; im Folgenden OOTS) sollten die Hauptkomponenten der Architektur des OOTS festgelegt und die technischen und operativen Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Kommission, der Mitgliedstaaten, der Nachweise anfordernden Behörden, der Nachweislieferanten und der intermediären Plattformen festgelegt werden. Darüber hinaus sollte im Rahmen dieser Spezifikationen ein Protokollsystem zur Überwachung des Austauschs eingerichtet und die Verantwortung für die Wartung, den Betrieb und die Sicherheit des OOTS abgegrenzt werden.
- (3) Um die Einrichtung des OOTS bis zu dem in der Verordnung (EU) 2018/1724 festgelegten Datum zu ermöglichen, ist vorgesehen, diese Verordnung um detailliertere, nicht verbindliche technische Entwurfsdokumente zu ergänzen, die von der Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten im Rahmen der Koordinierungsgruppe für das Zugangstor und im Einklang mit den Leitlinien der Kommission für die Umsetzung des Arbeitsprogramms der Verordnung über das einheitliche digitale Zugangstor 2021-2022 einvernehmlich erstellt werden. Wird dies jedoch aufgrund neuer technischer Entwicklungen oder aufgrund von Debatten oder Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koordinierungsgruppe für das Zugangstor als notwendig erachtet — insbesondere im Hinblick auf die

<sup>(1)</sup> ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 1.

<sup>(2)</sup> Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22).

<sup>(3)</sup> Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36).

<sup>(4)</sup> Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65).

<sup>(5)</sup> Richtlinie 2014/25/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 243).

Fertigstellung der technischen Entwurfsdokumente und wichtige Konzeptionsentscheidungen —, oder ergibt sich die Notwendigkeit, bestimmte Elemente der technischen Entwurfsdokumente verbindlich zu gestalten, so ist es möglich, die in dieser Verordnung festgelegten technischen und operativen Spezifikationen gemäß dem in Artikel 37 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2018/1724 genannten Prüfverfahren zu ergänzen bzw. zu ändern.

- (4) Um die Kosten und den Zeitaufwand für die Einrichtung des OOTS zu verringern, sollte die Architektur des OOTS so weit wie möglich auf wiederverwendbaren Lösungen beruhen, neutral in Bezug auf die Implementierungstechnologie sein und mit verschiedenen nationalen Lösungen kompatibel sein. Das OOTS sollte beispielsweise in der Lage sein, die bestehenden Verfahrensportale, Datendienste oder intermediären Plattformen auf nationaler Ebene — auch auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene —, die für die nationale Nutzung eingerichtet wurden, zu nutzen. Die von der Kommission entwickelten Komponenten sollten im Rahmen einer offenen Softwarelizenz veröffentlicht werden, durch die die Wiederverwendung und die Zusammenarbeit gefördert werden.
- (5) Eine solche wiederverwendbare Lösung, die auf Unionsebene entwickelt wurde, ist das System der eIDAS-Knoten, das in der Durchführungsverordnung (EU) 2015/1501 der Kommission<sup>(6)</sup> festgelegt wurde und durch die Kommunikation mit anderen Knoten des eIDAS-Netzes die Beantragung und die Bereitstellung einer grenzüberschreitenden Authentifizierung eines Nutzers verarbeiten kann. Die eIDAS-Knoten sollten es Nachweise anfordernden Behörden und gegebenenfalls Nachweislieferanten erleichtern, Nutzer zu identifizieren, die den Austausch von Nachweisen über das OOTS anfordern, damit die Nachweislieferanten die Identifizierungsdaten mit ihren bestehenden Datensätzen abgleichen können.
- (6) Das OOTS sollte auf der bereits geleisteten Arbeit aufbauen und Synergien mit anderen bestehenden Systemen für den Austausch von Nachweisen oder Informationen zwischen Behörden, die für die in Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1724 genannten Verfahren relevant sind, nutzen, darunter auch Systeme, die nicht unter Artikel 14 Absatz 10 der genannten Verordnung fallen. Zum Beispiel sollte das OOTS in Bezug auf Fahrzeug- und Führerscheinregisterdaten bereits entwickelten Datenmodellen Rechnung tragen und, soweit machbar, technische Brücken schaffen, um die Verknüpfung der zuständigen Behörden, die bereits andere bestehende Netze (RESPER<sup>(7)</sup> oder EUCARIS<sup>(8)</sup>) nutzen, mit dem OOTS für die Bereitstellung von Nachweisen in den vom OOTS abgedeckten Verfahren zu erleichtern. Ein ähnlicher Ansatz sollte in Bezug auf andere Systeme verfolgt werden, unter anderem in Bezug auf: die Emrex-Nutzergruppe (Emrex User Group; EUG)<sup>(9)</sup> im Bildungswesen, den elektronischen Austausch von Sozialversicherungsdaten (Electronic Exchange of Social Security Information; EESSI) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>(10)</sup> im Bereich der sozialen Sicherheit, das Europäische Strafregisterinformationssystem, das durch den Beschluss 2009/316/JI des Rates<sup>(11)</sup> eingerichtet wurde, und eCertis<sup>(12)</sup>, das bei öffentlichen Ausschreibungsverfahren eingesetzt wird. Die Zusammenarbeit zwischen diesen Systemen und dem OOTS sollte von Fall zu Fall festgelegt werden.
- (7) Zum Zweck der grenzüberschreitenden Authentifizierung eines Nutzers sollte die Architektur des OOTS der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>(13)</sup> Rechnung tragen. Am 3. Juni 2021 nahm die Kommission eine Empfehlung für ein gemeinsames Instrumentarium der Union für ein koordiniertes Konzept für einen Rahmen für die europäische digitale Identität<sup>(14)</sup> an. Mit dieser Empfehlung wird ein strukturierter Prozess für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, der Kommission und gegebenenfalls dem Privatsektor geschaffen, die an den technischen Aspekten des Rahmens für die europäische digitale Identität

<sup>(6)</sup> Durchführungsverordnung (EU) 2015/1501 der Kommission vom 8. September 2015 über den Interoperabilitätsrahmen gemäß Artikel 12 Absatz 8 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (ABl. L 235 vom 9.9.2015, S. 1).

<sup>(7)</sup> EU-Führerscheinnetz, das auf der Grundlage von Artikel 15 der Richtlinie 2006/126/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Dezember 2006 über den Führerschein (ABl. L 403 vom 30.12.2006, S. 18) eingerichtet wurde.

<sup>(8)</sup> Vertrag über ein Europäisches Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem (EUCARIS), angenommen in Luxemburg am 29. Juni 2000.

<sup>(9)</sup> Die Emrex-Nutzergruppe (EUG) ist ein unabhängiges, internationales Netz, in dem verschiedene Akteure vereint sind, die an der Verbesserung der Übertragbarkeit von Studierendenendaten beteiligt sind. Weitere Informationen sind abrufbar unter <https://emrex.eu/>.

<sup>(10)</sup> Verordnung (EG) Nr. 987/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (ABl. L 284 vom 30.10.2009, S. 1).

<sup>(11)</sup> Beschluss 2009/316/JI des Rates vom 6. April 2009 zur Einrichtung des Europäischen Strafregisterinformationssystems (ECRIS) gemäß Artikel 11 des Rahmenbeschlusses 2009/315/JI (ABl. L 93 vom 7.4.2009, S. 33).

<sup>(12)</sup> <https://ec.europa.eu/tools/ecertis/#/homePage>

<sup>(13)</sup> Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (ABl. L 257 vom 28.8.2014, S. 73).

<sup>(14)</sup> Eine vertrauenswürdige und sichere europäische eID — Empfehlung | Gestaltung der digitalen Zukunft Europas (europa.eu).

mitwirken. Um für die notwendige Abstimmung zwischen diesem Prozess und dem OOTS zu sorgen, sollte die Kommission insbesondere über die Kontaktgruppe für Synergien und Interoperabilität (Synergies and Interoperability Contact Group) eine angemessene Koordinierung zwischen dem durch den Durchführungsbeschluss (EU) 2015/296 der Kommission<sup>(15)</sup> eingerichteten Kooperationsnetz und der Koordinierungsgruppe für das Zugangstor sicherstellen.

- (8) Zur Gewährleistung der Sicherheit der grenzüberschreitenden Dienste für die Zustellung elektronischer Dokumente für die Zwecke des OOTS sollten die Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen, dass diese Dienste den Anforderungen an qualifizierte Dienste für die Zustellung elektronischer Einschreiben gemäß Artikel 44 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 genügen. Zu diesem Zweck ist es angezeigt, im Rahmen des OOTS eDelivery-Zugangspunkte zu verwenden, um ein Netz von Knotenpunkten für den sicheren digitalen Datenaustausch zu schaffen. Die elektronische Zustellung (eDelivery) ermöglicht nicht nur eine sichere grenzüberschreitende Zustellung, sondern bietet auch Funktionen für Metadatendienste, die künftige Versionen des OOTS mit einer größeren Anzahl von sicheren Knoten für den Datenaustausch unterstützen können. Innerhalb dieses Rahmens sollten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, die Anbieter ihrer eDelivery-Software auszuwählen.
- (9) Damit die Anwendung dieser Verordnung flexibel ist, sollten die Mitgliedstaaten entscheiden können, ob sie einen oder mehrere eDelivery-Zugangspunkte als Teil des OOTS einrichten möchten. Ein Mitgliedstaat sollte daher in der Lage sein, einen einzigen Zugangspunkt einzurichten, der alle mit dem OOTS zusammenhängenden eDelivery-Mitteilungen an die Nachweise anfordernden Behörden oder Nachweislieferanten über eine intermediäre Plattform verwaltet, oder alternativ mehrere Zugangspunkte auf einer beliebigen hierarchischen Ebene oder für bestimmte Bereiche, Sektoren oder geografische Ebenen seiner öffentlichen Verwaltungen einzurichten.
- (10) Nach dem Unionsrecht, einschließlich der Richtlinien 2005/36/EG, 2006/123/EG, 2014/24/EU und 2014/25/EU sowie der Verordnung (EU) 2018/1724, müssen bestimmte Verwaltungsverfahren den Nutzern online zur Verfügung gestellt werden. Da diese Verfahren und die erforderlichen Nachweise im Unionsrecht nicht harmonisiert sind, sollten gemeinsame Dienste eingerichtet werden, um den grenzüberschreitenden Austausch der für diese Verfahren erforderlichen Nachweise über das OOTS zu ermöglichen.
- (11) Gibt es keine vereinbarten Nachweisarten, die in der gesamten Union harmonisiert sind und die alle Mitgliedstaaten vorlegen können, sollte ein Nachweisdienst dabei helfen, zu bestimmen, welche Nachweisarten für ein bestimmtes Verfahren akzeptiert werden können.
- (12) Der Nachweisdienst sollte auf den von den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellten Regeln beruhen und einen Online-Mechanismus bereitstellen, mit dem die Mitgliedstaaten ihre Informationsanforderungen und Nachweisartensätze abfragen können. Der Nachweisdienst sollte die Mitgliedstaaten in die Lage versetzen, Informationen über die Vorschriften für bestimmte Nachweisarten zu verwalten und auszutauschen.
- (13) In Fällen, in denen die Interoperabilität zwischen dem Verfahrensportal und den Datendiensten und den gemeinsamen Diensten erforderlich ist, sollte dies durch eine technische Entwurfsdokumentation unterstützt werden.
- (14) In dieser Verordnung sollte festgelegt werden, wann strukturierte und unstrukturierte Nachweise, die für die in Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1724 aufgeführten Verfahren erforderlich sind, als rechtmäßig in einem elektronischen Format ausgestellt gelten, das einen automatischen Austausch ermöglicht. Unstrukturierte Nachweise, die in einem elektronischen Format ausgestellt wurden, können über das OOTS ausgetauscht werden, wenn sie um die Metadatenelemente des allgemeinen Metadatenmodells des OOTS ergänzt werden, das in dem in Artikel 7 Absatz 1 dieser Verordnung genannten semantischen Datenspeicher enthalten ist. Strukturierte Nachweise können über das OOTS ausgetauscht werden, wenn sie um die Metadatenelemente des in Artikel 7 Absatz 1 dieser Verordnung genannten allgemeinen Metadatenmodells des OOTS ergänzt werden und entweder dem Datenmodell des OOTS für die betreffende Nachweisart gemäß Artikel 7 Absatz 2 dieser Verordnung entsprechen oder von einer vom Menschen lesbaren Fassung begleitet werden.

<sup>(15)</sup> Durchführungsbeschluss (EU) 2015/296 der Kommission vom 24. Februar 2015 zur Festlegung von Verfahrensmodalitäten für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der elektronischen Identifizierung gemäß Artikel 12 Absatz 7 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (ABl. L 53 vom 25.2.2015, S. 14).

- (15) Die Mitgliedstaaten sollten frei entscheiden können, wann sie Nachweise in ein elektronisches Format umwandeln, sodass ihr automatischer Austausch über das OOTS möglich ist. Da der Nutzen des OOTS für seine Nutzer jedoch erhöht werden soll und die Verwendung von Datenmodellen und Metadatenschemata sowohl für unstrukturierte als auch für strukturierte Formate allgemein nachdrücklich empfohlen wird, sollte die Kommission die Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen, auf dieses Ziel hinzuwirken, unterstützen.
- (16) Um Überschneidungen zu vermeiden, Synergien sicherzustellen und den Nutzern Wahlmöglichkeiten zu bieten, sollten die Entwicklung von Datenmodellen des OOTS für strukturierte Nachweisarten und die Standardisierung von Anwendungsfällen für die Bereitstellung von Berechtigungsnachweisen gemäß dem strukturierten Prozess, der in der Empfehlung (EU) 2021/946 der Kommission vom 3. Juni 2021 für ein gemeinsames Instrumentarium der Union für ein koordiniertes Konzept für einen Rahmen für die europäische digitale Identität <sup>(16)</sup> vorgesehen ist, in enger Zusammenarbeit und Abstimmung untereinander erfolgen, soweit es sich um Nachweise handelt, die unter Artikel 14 der Verordnung (EU) 2018/1724 fallen; hierzu gehört auch die Ermittlung gemeinsamer Anwendungsfälle. Die Angleichung der Datenmodelle des technischen Systems (OOTS) und der standardisierten Anwendungsfälle im Rahmen der oben genannten Empfehlung der Kommission sollte es den Nutzern ermöglichen, sich auf alternative Mittel für die Lieferung der unter Artikel 14 der Verordnung (EU) 2018/1724 fallenden Nachweise zu stützen, entweder unabhängig vom OOTS oder in Kombination mit diesem. Wenn Änderungen an den Datenmodellen oder an Metadatenschemata für die im semantischen Datenspeicher enthaltenen Nachweise vorgenommen werden, sollten die Mitgliedstaaten ab der Annahme einer Aktualisierung zwölf Monate Zeit haben, um etwaige Änderungen auf die betreffenden Nachweise anzuwenden.
- (17) Um die Menge der ausgetauschten Daten zu verringern, könnte bei strukturierten Nachweisen, wenn nur eine Teilmenge der Daten in der Nachweis Anfrage angefordert wird, der Nachweislieferant oder gegebenenfalls eine intermediäre Plattform die automatische Filterung der Daten und, falls für die Übermittlung erforderlich, die Umwandlung der Daten im Namen des verantwortlichen Datenverantwortlichen ermöglichen, sodass nur die angeforderten Daten ausgetauscht werden.
- (18) Verwalten die Mitgliedstaaten nationale Register und Dienste, die dieselbe oder eine gleichwertige Rolle wie das Verzeichnis der Datendienste oder der Nachweisdienst übernehmen, sollten sie nicht verpflichtet sein, ihre Arbeit durch Beiträge zu den entsprechenden gemeinsamen Diensten zu verdoppeln. In einem solchen Fall sollten sie jedoch sicherstellen, dass ihre nationalen Dienste auf eine Weise mit den gemeinsamen Diensten verbunden sind, dass sie von anderen Mitgliedstaaten genutzt werden können. Alternativ dazu sollten diese Mitgliedstaaten in der Lage sein, die entsprechenden Daten aus den nationalen Registern oder Diensten in das Verzeichnis der Datendienste oder den Nachweisdienst zu übertragen.
- (19) In der Erklärung von Tallinn zu elektronischen Behördendiensten <sup>(17)</sup> von 2017 bekräftigten die Mitgliedstaaten ihre Entschlossenheit, bei der Vernetzung ihrer öffentlichen elektronischen Dienste Fortschritte zu erzielen und den Grundsatz der einmaligen Erfassung umzusetzen, um wirksame und sichere digitale öffentliche Dienste bereitzustellen, durch die das Leben der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen erleichtert wird. Die Berliner Erklärung zur digitalen Gesellschaft und wertebasierten digitalen Verwaltung <sup>(18)</sup> von 2020 baut auf dem Grundsatz menschenzentrierter und benutzerfreundlicher Systeme auf und enthält weitere wichtige Grundsätze, auf denen digitale öffentliche Dienste beruhen sollten, darunter Vertrauen und Sicherheit bei der Interaktion mit digitalen Behörden sowie digitale Souveränität und Interoperabilität. Diese Verpflichtungen sollten mit dieser Verordnung umgesetzt werden, indem die Nutzer in den Mittelpunkt des Systems gestellt werden und vorgeschrieben wird, dass die Nutzer über das OOTS, seine Arbeitsschritte und die Folgen der Nutzung des Systems informiert werden müssen.
- (20) Es muss ein geeignetes System vorhanden sein, das es den Nutzern ermöglicht, sich für die Zwecke des Austauschs von Nachweisen zu identifizieren. Der einzige Rahmen für die gegenseitige Anerkennung nationaler elektronischer Identifizierungsmittel auf Unionsebene ist in der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 festgelegt. Elektronische Identifizierungsmittel, die im Rahmen von elektronischen Identifizierungssystemen ausgestellt werden und gemäß der genannten Verordnung notifiziert wurden, sollten daher von Nachweise anfordernden Behörden verwendet werden, um die Identität eines Nutzers zu authentifizieren, bevor der Nutzer ausdrücklich die Nutzung des OOTS beantragt. Wenn für die Identifizierung des betreffenden Nachweislieferanten die Bereitstellung von Merkmalen erforderlich ist, die über die obligatorischen Merkmale des im Anhang der Durchführungsverordnung (EU) 2015/1501 genannten Mindestdatensatzes hinausgehen, sollten diese zusätzlichen Merkmale auch vom Nutzer durch die Nachweise anfordernden Behörden angefordert und dem Nachweislieferanten oder der intermediären Plattform gegebenenfalls als Teil der Nachweis Anfrage bereitgestellt werden.

<sup>(16)</sup> ABl. L 210 vom 14.6.2021, S. 51.

<sup>(17)</sup> Unterzeichnet am 6. Oktober 2017, abrufbar unter <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/ministerial-declaration-egovernment-tallinn-declaration>.

<sup>(18)</sup> Unterzeichnet am 8. Dezember 2020, abrufbar unter <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/berlin-declaration-digital-society-and-value-based-digital-government>.

- (21) Einige der in Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1724 aufgeführten Verfahren setzen voraus, dass Nachweise im Namen einer juristischen oder natürlichen Person angefordert werden können. So sind beispielsweise bestimmte Verfahren für Unternehmen relevant, weshalb Unternehmer die Möglichkeit haben sollten, den Austausch von Nachweisen entweder in ihrem eigenen Namen oder über einen Vertreter zu beantragen. Die Verordnung (EU) Nr. 910/2014 bietet einen vertrauenswürdigen Rechtsrahmen für elektronische Identifizierungsmittel, die für juristische Personen oder für natürliche Personen, die juristische Personen vertreten, ausgestellt werden. Für diese Vertretungsfälle gilt die gegenseitige Anerkennung nationaler elektronischer Identifizierungsmittel gemäß der genannten Verordnung. Diese Verordnung sollte sich daher auf die Verordnung (EU) Nr. 910/2014 und die auf ihrer Grundlage erlassenen Durchführungsrechtsakte stützen, wenn es um die Identifizierung von Nutzern in Vertretungsfällen geht. Die Koordinierungsgruppe für das Zugangstor und ihre Untergruppen sollten eng mit den gemäß der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 eingerichteten Governance-Strukturen zusammenarbeiten, um zur Erarbeitung von Lösungen für Vertretungsbefugnisse und Mandate beizutragen. Da einige der vom OOTS abgedeckten Verfahren auf dem durch die Verordnung (EU) Nr. 910/2014 geschaffenen Rahmen beruhen, sollten die von den Vertretern angeforderten Nachweise auch über das OOTS bearbeitet werden können, sofern und soweit Lösungen dafür gefunden wurden.
- (22) Damit der Zeitaufwand und die Kosten für die Einrichtung des OOTS begrenzt werden und die Mitgliedstaaten von den Erfahrungen der anderen Mitgliedstaaten bei der Einrichtung profitieren können, sollte die Kommission die Mitgliedstaaten unterstützen und die Zusammenarbeit zwischen ihnen in Bezug auf die Entwicklung von wiederverwendbaren technischen Lösungen und Komponenten, die für die Einrichtung nationaler Verfahrensportale, der Vorschaubereiche und der Datendienste genutzt werden können, fördern.
- (23) Um dafür Sorge zu tragen, dass die Nutzer während der Nutzung des OOTS jederzeit die Kontrolle über ihre personenbezogenen Daten behalten, wie in der Verordnung (EU) 2018/1724 vorgesehen, sollte das OOTS die Nutzer in zwei Fällen in die Lage versetzen, ihre Entscheidung in Bezug auf diese Daten zu äußern. Erstens sollte sichergestellt werden, dass die Nutzer ausreichende Informationen erhalten, damit sie gemäß Artikel 14 Absatz 3 Buchstabe a und Artikel 14 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2018/1724 in Kenntnis der Sachlage und ausdrücklich um die Verarbeitung ihrer Nachweisanfragen ersuchen können. Anschließend sollte gemäß Artikel 14 Absatz 3 Buchstabe f der Verordnung (EU) 2018/1724 sichergestellt werden, dass die auszutauschenden Nachweise in einem sicheren Vorschaubereich vorab eingesehen werden können, bevor der Nutzer entscheidet, ob er mit dem Austausch von Nachweisen fortfährt oder nicht, mit Ausnahme der in Artikel 14 Absatz 5 der genannten Verordnung genannten Fällen.
- (24) Die Verantwortung für die Einrichtung des OOTS wird zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission aufgeteilt; die Koordinierungsgruppe für das Zugangstor sollte daher eine zentrale Rolle bei der Governance des Systems spielen. Angesichts des technischen Charakters ihrer Arbeit und zur Erleichterung der Umsetzung der technischen Entwurfsdokumentation in bestehenden nationalen Systemen sollte die Arbeit der Koordinierungsgruppe für das Zugangstor von Sachverständigen unterstützt und vorbereitet werden, die sich in einer oder mehreren Untergruppen zusammenfinden, die gemäß ihrer Geschäftsordnung eingesetzt werden. Die Funktionsweise einer solchen Governance des OOTS sollte in dem Bericht bewertet werden, den die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat gemäß Artikel 36 der Verordnung (EU) 2018/1724 bis zum 12. Dezember 2022 vorgelegen muss.
- (25) Um sicherzustellen, dass rasch auf mögliche Vorfälle und Ausfälle, die den Betrieb des OOTS beeinträchtigen könnten, reagiert werden kann, sollten die Mitgliedstaaten und die Kommission ein Netz von Kontaktstellen für die technische Unterstützung einrichten. Damit das OOTS ordnungsgemäß funktionieren kann, sollten diese Kontaktstellen für die technische Unterstützung über die erforderlichen Befugnisse sowie über ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen verfügen, um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können.
- (26) Um eine wirksame Funktionsweise und Wartung des OOTS zu gewährleisten, sollten die Verantwortlichkeiten für die verschiedenen Komponenten klar verteilt sein. Die Kommission sollte als Eignerin und Betreiberin der gemeinsamen Dienste für deren Wartung, Hosting und Sicherheit verantwortlich sein. Jeder Mitgliedstaat sollte dafür verantwortlich sein, die Wartung und die Sicherheit der Komponenten des OOTS, die ihm gehören und für die er verantwortlich ist, z. B. eIDAS-Knoten, eDelivery-Zugangspunkte oder nationale Register, im Einklang mit den einschlägigen Rechtsvorschriften der Union und der Mitgliedstaaten sicherzustellen.

- (27) Um einen angemessenen Schutz personenbezogener Daten gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(19)</sup> zu gewährleisten, sollte die Rolle der Mitgliedstaaten, insbesondere der jeweils zuständigen Behörden in ihrer Eigenschaft als Nachweise anfordernde Behörde oder Nachweislieferant, und gegebenenfalls der intermediären Plattformen in Bezug auf die personenbezogenen Daten, die in den über das OOTS ausgetauschten Nachweisen enthalten sind, in dieser Verordnung festgelegt werden.
- (28) Zum Schutz der gemeinsamen Dienste vor potenziellen Bedrohungen, die die Vertraulichkeit, Integrität oder Verfügbarkeit der Kommunikations- und Informationssysteme der Kommission beeinträchtigen, sollte der Beschluss (EU, Euratom) 2017/46 der Kommission <sup>(20)</sup> für diese Dienste gelten.
- (29) Artikel 14 Absätze 1 bis 8 und 10 der Verordnung (EU) 2018/1724 gelten ab dem 12. Dezember 2023. Daher sollten die in der vorliegenden Verordnung festgelegten Anforderungen ebenfalls ab diesem Datum gelten.
- (30) Der Europäische Datenschutzbeauftragte wurde gemäß Artikel 42 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(21)</sup> angehört und hat am 6. Mai 2021 eine förmliche Stellungnahme <sup>(22)</sup> abgegeben.
- (31) Die in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ausschusses für das einheitliche digitale Zugangstor —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

#### ABSCHNITT 1

### ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

#### Artikel 1

#### **Begriffsbestimmungen**

Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

1. „technisches System zur einmaligen Erfassung“ bzw. „OOTS“ (once-only technical system) das technische System für den grenzüberschreitenden automatisierten Austausch von Nachweisen gemäß Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1724;
2. „Nachweislieferant“ eine zuständige Behörde im Sinne des Artikels 14 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2018/1724, die strukturierte oder unstrukturierte Nachweise rechtmäßig ausstellt;
3. „Nachweise anfordernde Behörde“ eine zuständige Behörde, die für eines oder mehrere der in Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1724 genannten Verfahren verantwortlich ist;
4. „eDelivery-Zugangspunkt“ eine Kommunikationskomponente, die Teil des elektronischen Zustelldienstes eDelivery ist und auf technischen Spezifikationen und Normen beruht, einschließlich des AS4-Datenübermittlungsprotokolls und zusätzlicher Dienste, die im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ entwickelt und im Rahmen des Programms „Digitales Europa“ fortgeführt wurden, soweit sich diese technischen Spezifikationen und Normen mit der Norm ISO 15000-2 decken;

<sup>(19)</sup> Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (Abl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1).

<sup>(20)</sup> Beschluss (EU, Euratom) 2017/46 der Kommission vom 10. Januar 2017 über die Sicherheit von Kommunikations- und Informationssystemen in der Europäischen Kommission (Abl. L 6 vom 11.1.2017, S. 40).

<sup>(21)</sup> Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (Abl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).

<sup>(22)</sup> [https://edps.europa.eu/data-protection/our-work/publications/comments/specifications-technical-system-cross-border\\_de](https://edps.europa.eu/data-protection/our-work/publications/comments/specifications-technical-system-cross-border_de)

5. „eIDAS-Knoten“ einen Knoten im Sinne von Artikel 2 Nummer 1 der Durchführungsverordnung (EU) 2015/1501, der die technischen und operativen Anforderungen erfüllt, die in dieser Verordnung und auf deren Grundlage festgelegt sind;
6. „intermediäre Plattform“ eine technische Lösung, die je nach der Verwaltungsorganisation der Mitgliedstaaten, in denen die intermediäre Plattform tätig ist, in Erfüllung eigener Aufgaben oder im Namen anderer Behörden wie Nachweislieferanten oder Nachweise anfordernden Behörden tätig wird und über die Nachweislieferanten oder Nachweise anfordernde Behörden mit den in Artikel 4 Absatz 1 genannten gemeinsamen Diensten oder mit Nachweislieferanten oder Nachweise anfordernden Behörden aus anderen Mitgliedstaaten verbunden werden;
7. „Verzeichnis der Datendienste“ ein Register, das die Liste der Nachweislieferanten und der von ihnen herausgegebenen Nachweisarten zusammen mit den entsprechenden Begleitinformationen enthält;
8. „Nachweisdienst“ einen Dienst, der es einer Nachweise anfordernden Behörde ermöglicht, festzustellen, welche Nachweisart aus einem anderen Mitgliedstaat die Anforderungen an die Nachweise für die Zwecke eines nationalen Verfahrens erfüllt;
9. „elektronisches Identifizierungsmittel“ eine materielle und/oder immaterielle Einheit, die Personenidentifizierungsdaten enthält und zur Authentifizierung bei Online-Diensten verwendet wird;
10. „semantischer Datenspeicher“ ein Archiv semantischer Spezifikationen, die mit dem Nachweisdienst und dem Verzeichnis der Datendienste verknüpft sind und aus Definitionen von Namen, Datentypen und Datenelementen bestehen, die mit bestimmten Nachweisarten verbunden sind, um das gegenseitige Verständnis und die sprachübergreifende Auslegung für Nachweislieferanten, Nachweise anfordernde Behörden und Nutzer beim Austausch von Nachweisen über das OOTS sicherzustellen;
11. „technische Entwurfsdokumentation“ eine Reihe detaillierter und unverbindlicher technischer Dokumente, die von der Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten im Rahmen der Koordinierungsgruppe für das Zugangstor gemäß Artikel 29 der Verordnung (EU) 2018/1724 oder etwaiger Untergruppen gemäß Artikel 19 dieser Verordnung erstellt werden und die unter anderem eine oberste Ebene der Architektur, Austauschprotokolle, Normen und Zusatzdienste umfassen, die die Kommission, die Mitgliedstaaten, die Nachweislieferanten, die Nachweise anfordernden Behörden, die intermediären Plattformen und andere betroffene Behörden bei der Einrichtung des OOTS im Einklang mit dieser Verordnung unterstützen;
12. „Datendienst“ einen technischen Dienst, über den ein Nachweislieferant die Nachweisanfrage bearbeitet und die Nachweise übermittelt;
13. „Datenmodell“ eine Abstraktion, in der Datenelemente organisiert werden und die ihre Beziehungen zueinander standardisiert und die Entitäten, ihre Merkmale und die Beziehungen zwischen diesen Entitäten spezifiziert;
14. „Vorschaubereich“ eine Funktion, die es dem Nutzer ermöglicht, die angeforderten Nachweise gemäß Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer ii vorab einzusehen;
15. „strukturierter Nachweis“ alle Nachweise in elektronischem Format, die für die in Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1724 genannten Verfahren erforderlich sind, die in vordefinierten Elementen oder Feldern organisiert sind, die eine bestimmte Bedeutung und ein bestimmtes technisches Format haben, das die Verarbeitung durch Softwaresysteme ermöglicht, und die durch die Metadatenelemente des in Artikel 7 Absatz 1 dieser Verordnung genannten allgemeinen Metadatenmodells des OOTS ergänzt werden und entweder dem in Artikel 7 Absatz 2 dieser Verordnung genannten Datenmodell des technischen Systems (OOTS) für die betreffende Nachweisart entsprechen oder von einer von Menschen lesbaren Version begleitet werden;
16. „unstrukturierter Nachweis“ Nachweise in elektronischem Format, die für die in Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1724 genannten Verfahren erforderlich sind und die nicht in vordefinierten Elementen oder Feldern organisiert sind, die eine bestimmte Bedeutung und ein bestimmtes technisches Format haben, sondern durch die Metadatenelemente des allgemeinen Metadatenmodells des OOTS gemäß Artikel 7 Absatz 1 der vorliegenden Verordnung ergänzt werden;
17. „Nachweisart“ eine Kategorie von strukturierten oder unstrukturierten Nachweisen mit einem gemeinsamen Zweck oder einem gemeinsamen Inhalt;
18. „Vorfall“ eine Situation, in der das technische System (OOTS) die Leistung nicht erbringt, die Nachweise nicht übermittelt oder Nachweise übermittelt, die nicht angefordert wurden, oder in der die Nachweise während der Übermittlung verändert oder offengelegt wurden, sowie jede Verletzung der Sicherheit gemäß Artikel 29;
19. „Verfahrensportal“ eine Webseite oder eine mobile Anwendung, über die ein Nutzer Zugang zu einem Online-Verfahren im Sinne von Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1724 hat und es abschließen kann.

*Artikel 2***Struktur des OOTS**

Das OOTS besteht aus

- a) den Verfahrensportalen von Nachweise anfordernden Behörden und den Datendiensten von Nachweislieferanten,
- b) gegebenenfalls intermediären Plattformen,
- c) dem in Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer ii genannten Vorschaubereich,
- d) den in Artikel 8 genannten nationalen Registern und Diensten, soweit erforderlich,
- e) eIDAS-Knoten für die Nutzerauthentifizierung und den Identitätsabgleich,
- f) eDelivery-Zugangspunkten,
- g) den in Artikel 4 Absatz 1 genannten gemeinsamen Diensten,
- h) den Integrationselementen und Schnittstellen, die erforderlich sind, um die in den Buchstaben a bis g genannten Komponenten zu verbinden.

## ABSCHNITT 2

**DIENSTE DES OOTS***Artikel 3***eIDAS-Knoten und eDelivery-Zugangspunkte**

- (1) Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass die Nachweise anfordernden Behörden entweder direkt oder über eine intermediäre Plattform mit einem eIDAS-Knoten verbunden sind, um die Nutzerauthentifizierung gemäß Artikel 11 zu ermöglichen.
- (2) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass eDelivery-Zugangspunkte in den Verfahrensportalen der Nachweise anfordernden Behörden, in den Datendiensten der Nachweislieferanten und auf den intermediären Plattformen installiert, konfiguriert und darin eingebunden sind.
- (3) Die Mitgliedstaaten können die Anzahl der eDelivery-Zugangspunkte, die sie für das technische System (OOTS) verwenden, selbst bestimmen.

*Artikel 4***Gemeinsame Dienste**

- (1) Die Kommission richtet in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die folgenden Dienste des technischen Systems (OOTS) (im Folgenden „gemeinsame Dienste“) ein:
  - a) das Verzeichnis der Datendienste gemäß Artikel 5;
  - b) den Nachweisdienst gemäß Artikel 6;
  - c) den semantischen Datenspeicher gemäß Artikel 7.
- (2) Die Mitgliedstaaten stellen die technische Verbindung zwischen den Verfahrensportalen der Nachweise anfordernden Behörden direkt oder über intermediäre Plattformen mit den gemeinsamen Diensten und die ordnungsgemäße Registrierung ihrer Datendienste in den gemeinsamen Diensten sicher. Bei der Implementierung dieser Verbindungen orientieren sich die Mitgliedstaaten an den Beschreibungen in der technischen Entwurfsdokumentation.
- (3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass nur Nachweise anfordernde Behörden direkt oder über intermediäre Plattformen mit den gemeinsamen Diensten verbunden sind und dass nur Nachweise anfordernde Behörden und Nachweislieferanten das OOTS nutzen können. Die Mitgliedstaaten überprüfen in regelmäßigen Abständen das Funktionieren der Verbindungen zu den gemeinsamen Diensten.

## Artikel 5

### Verzeichnis der Datendienste

(1) Unbeschadet des Artikels 8 der vorliegenden Verordnung stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass alle Nachweislieferanten und von ihnen ausgestellten Nachweisarten, die für die in Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1724 genannten Online-Verfahren relevant sind, in das Verzeichnis der Datendienste aufgenommen werden.

(2) Die Kommission ist für die Entwicklung und Pflege von Schnittstellen verantwortlich, die es den in Artikel 28 der Verordnung (EU) 2018/1724 genannten nationalen Koordinatoren, den zuständigen Behörden, gegebenenfalls den intermediären Plattformen und der Kommission — jeweils im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und der von der Kommission festgelegten Zugangsrechte — ermöglichen,

- a) die im Verzeichnis der Datendienste enthaltenen Informationen zu registrieren, zu löschen und sonstige Aktualisierungen vorzunehmen,
- b) die Zugriffsrechte der Personen zu verwalten, die berechtigt sind, Registrierungen und Änderungen an den registrierten Daten vorzunehmen.

Die Kommission trägt dafür Sorge, dass nationale Koordinatoren, zuständige Behörden und intermediäre Plattformen zwischen grafischen Anwenderschnittstellen für autorisierte Personen und Programmierschnittstellen für automatisches Hochladen wählen können.

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass jeder Nachweisart, die im Verzeichnis der Datendienste registriert ist, Folgendes beigelegt wird:

- a) das Sicherheitsniveau der von den Mitgliedstaaten gemäß der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 notifizierten elektronischen Identifizierungsmittel und
- b) gegebenenfalls für den Austausch über das OOTS erforderliche zusätzliche Attribute, die zur Erleichterung der Identifizierung des jeweiligen Nachweislieferanten angegeben werden und die über die obligatorischen Merkmale des in der Durchführungsverordnung (EU) 2015/1501 festgelegten Mindestdatensatzes hinausgehen, die unter Verwendung der gemäß der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 notifizierten elektronischen Identifizierungsmittel ausgetauscht werden.

(4) Im Verzeichnis der Datendienste wird klar zwischen den in Absatz 3 Buchstabe b dieses Artikels genannten zusätzlichen Merkmalen und den Merkmalen, die unter Verwendung der gemäß der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 notifizierten elektronischen Identifizierungsmittel nach Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe f dieser Verordnung ausgetauscht werden, unterschieden.

(5) Das in Absatz 3 Buchstabe a genannte Sicherheitsniveau, das für grenzüberschreitende Nutzer erforderlich ist, darf das für nicht grenzüberschreitende Nutzer erforderliche Sicherheitsniveau nicht überschreiten.

(6) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die Informationen im Data Service Directory auf dem neuesten Stand gehalten werden.

## Artikel 6

### Nachweisdienst

(1) Der Nachweisdienst ermöglicht es den Nachweise anfordernden Behörden, festzustellen, welche in anderen Mitgliedstaaten ausgestellten Nachweisarten den Nachweisarten entsprechen, die im Rahmen der Verfahren, für die die Nachweise anfordernde Behörde zuständig ist, erforderlich sind.

(2) Die Mitgliedstaaten ergänzen über die in Artikel 5 Absatz 2 genannte Schnittstelle das Verzeichnis der Nachweisarten im Verzeichnis der Datendienste gemäß Artikel 5 Absatz 1 um die Sachverhalte oder die Einhaltung der von ihnen nachgewiesenen Verfahrensvorschriften, gegebenenfalls zusammen mit anderen Nachweisarten. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass diese Informationen richtig sind und auf dem neuesten Stand gehalten werden.

(3) Die Kommission ist für die Entwicklung und Pflege von Schnittstellen verantwortlich, die es den nationalen Koordinatoren, den zuständigen Behörden, gegebenenfalls den intermediären Plattformen und der Kommission — jeweils im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und der von der Kommission festgelegten Zugangsrechte — ermöglichen,

- a) die in Absatz 2 genannten Informationen hinzuzufügen, zu ändern oder zu aktualisieren und
- b) die Zugriffsrechte der Personen zu verwalten, die berechtigt sind, Ergänzungen und Änderungen an den registrierten Information vorzunehmen.

Die Kommission trägt dafür Sorge, dass nationale Koordinatoren, zuständige Behörden und intermediäre Plattformen zwischen grafischen Anwenderschnittstellen für autorisierte Personen und Programmierschnittstellen für automatisches Hochladen wählen können.

(4) Die Kommission erleichtert die Zuordnung der in einem Mitgliedstaat ausgestellten Nachweise auf Sachverhalte oder die Einhaltung von Verfahrensvorschriften, die in einem Verfahren in einem anderen Mitgliedstaat nachgewiesen werden müssen, indem sie die Gespräche strukturiert und die Arbeit in der in Artikel 19 genannten zuständigen Untergruppe organisiert. Die Untergruppe legt eine formale domainspezifische Sprache fest, die nach Möglichkeit einer einschlägigen internationalen Norm zugeordnet werden kann, und schlägt diese Sprache der Koordinierungsgruppe für das Zugangstor gemäß Artikel 18 Buchstabe f vor.

#### Artikel 7

### Semantischer Datenspeicher und Datenmodelle

(1) Der semantische Datenspeicher ermöglicht den Zugriff auf das allgemeine Metadatenmodell des OOTS, das so konzipiert ist, dass es Metadaten zur eindeutigen Identifizierung des Nachweises und des Nachweislieferanten anzeigt und das zusätzliche Felder zur Anzeige der in Artikel 13 Absatz 1 Buchstaben a, b und c genannten Metadaten enthält.

(2) Für die in der Koordinierungsgruppe für das Zugangstor vereinbarten strukturierten Nachweisarten enthält der semantische Datenspeicher ein Datenmodell des OOTS, das mindestens die folgenden Komponenten umfasst:

- a) eine Darstellung dieses Datenmodells mit
  - i) einem visuellen Diagramm des Datenmodells und
  - ii) einer Beschreibung aller Entitäten des Datenmodells in Textform, bestehend aus einer Definition und der Liste der Merkmale der Entität, und für jedes Merkmal die erwartete Art (z. B. boolesch, Kennung, Datum), eine Definition, die Kardinalität und die optionale Verwendung einer Codeliste,
- b) die Ausgabe in XML auf der Grundlage der XML-Schema-Definition (XSD) oder eines gleichwertigen Formats, ergänzt durch andere weitverbreitete Serialisierungsformate, sofern möglich,
- c) Codelisten zur Gewährleistung der automatisierten Verarbeitung von Nachweisen, die in einem strukturierten Format verfügbar sind,
- d) einen Mechanismus für die Umwandlung in ein für den Menschen lesbares Format, z. B. XSLT oder ein gleichwertiges Format.

(3) Für jede Art von Nachweis bietet der semantische Datenspeicher eine Versionskontrolle und ein Änderungsprotokoll, um die verschiedenen Versionen nachverfolgen zu können.

(4) Das Semantic Repository umfasst eine Methode für die Entwicklung neuer Datenmodelle des OOTS für über das OOTS ausgetauschte Nachweisarten, bestehend aus Beispielen und Lernmaterialien.

(5) Die Zeitpläne für Aktualisierungen und Anpassungen der allgemeinen Metadatenmodelle und der Datenmodelle des OOTS werden von den Mitgliedstaaten und der Kommission regelmäßig im Rahmen einer der Untergruppen der Koordinierungsgruppe für das Zugangstor gemäß Artikel 19 erörtert und von der Koordinierungsgruppe für das Zugangstor angenommen. Die Nachweislieferanten oder gegebenenfalls die intermediären Plattformen wenden diese Aktualisierungen und Anpassungen spätestens zwölf Monate nach ihrer Veröffentlichung im semantischen Datenspeicher an.

(6) Die Kommission stellt den Mitgliedstaaten ein IT-Tool zur Verfügung, mit dem sie die Übereinstimmung der Nachweise mit dem allgemeinen Metadatenmodell und den Datenmodellen des OOTS überprüfen können.

(7) Die Kommission veröffentlicht den semantischen Datenspeicher auf einer speziellen Website der Kommission.

*Artikel 8***Nationale Register und Dienste**

(1) Mitgliedstaaten, die über nationale Register oder Dienste verfügen, die dem Verzeichnis der Datendienste oder dem Nachweisdienst gleichwertig sind, können sich dafür entscheiden, die Nachweislieferanten, die Nachweisarten, die sie ausstellen, und die Sachverhalte oder die Einhaltung der von ihnen nachgewiesenen Verfahrensvorschriften, möglicherweise zusammen mit anderen Nachweisarten, sowie das Sicherheitsniveau der elektronischen Identifizierungsmittel, die für den Zugang zu den einzelnen Nachweisarten gemäß Artikel 5 und 6 erforderlich sind, nicht zu registrieren. In einem solchen Fall ergreifen sie stattdessen eine der folgenden Maßnahmen:

- a) Sie gestatten es den anderen Mitgliedstaaten, in ihren nationalen Registern nach den in diesem Absatz genannten Informationen zu suchen;
- b) sie übertragen die in diesem Absatz genannten Informationen aus den nationalen Registern oder Diensten in das Verzeichnis der Datendienste oder den Nachweisdienst.

(2) Bei der Umsetzung von Absatz 1 orientieren sich die Mitgliedstaaten an den Beschreibungen in der technischen Entwurfsdokumentation.

## ABSCHNITT 3

**NACHWEISE ANFORDERNDE BEHÖRDEN***Artikel 9***Erklärung für die Nutzer**

(1) Die Nachweise anfordernden Behörden stellen sicher, dass ihre Verfahrensportale eine Erklärung des OOTS und von dessen Funktionen enthalten, einschließlich Informationen darüber, dass

- a) die Nutzung des OOTS freiwillig ist;
- b) die Nutzer die Möglichkeit haben, den Nachweis in dem Vorschaubereich gemäß Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer ii vorab einzusehen und zu entscheiden, ob sie diesen für das Verfahren verwenden wollen oder nicht;
- c) die Nutzer im eigenen Namen handeln oder sich von einer anderen juristischen oder natürlichen Person vertreten lassen können, sofern und soweit Lösungen für die Vertretung gemäß der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 und den auf ihrer Grundlage erlassenen Durchführungsrechtsakten gefunden wurden.

Die in Unterabsatz 1 Buchstabe b dieses Absatzes genannten Informationen sind im Falle der in Artikel 14 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2018/1724 genannten Verfahren nicht erforderlich.

(2) Die Verpflichtung zur Bereitstellung von Erläuterungen gemäß Absatz 1 dieses Artikels gilt unbeschadet der Verpflichtung, den betroffenen Personen die in den Artikeln 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 genannten Informationen zur Verfügung zu stellen.

*Artikel 10***Auswahl der Nachweisart**

(1) Die Nachweise anfordernden Behörden geben den Nutzern die Möglichkeit, die Nachweisarten, die auf der Grundlage der im Nachweisdienst registrierten Informationen den Arten entsprechen, die nach dem anwendbaren Recht in dem betreffenden Verfahren zulässig wären, mittels direkter Übermittlung anzufordern, sofern die Nachweislieferanten diese Nachweisarten über das OOTS gemäß Artikel 5 Absatz 1 zur Verfügung stellen.

(2) Können mehrere Nachweise angefordert werden, muss die Nachweise anfordernde Behörde sicherstellen, dass die Nutzer alle Nachweise, einen Teil davon oder eine bestimmte Nachweisart auswählen können.

## Artikel 11

### Nutzerauthentifizierung

(1) Die Nachweise anfordernden Behörden nutzen elektronische Identifizierungsmittel, die im Rahmen eines elektronischen Identifizierungssystems ausgestellt wurden, das gemäß der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 notifiziert wurde, um die Nutzer zu authentifizieren, die entweder im eigenen Namen oder über einen Vertreter tätig werden, sofern und soweit Lösungen für die Vertretung gemäß der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 und den auf ihrer Grundlage erlassenen Durchführungsrechtsakten gefunden wurden.

(2) Sobald der Nutzer die Nachweisart, die über das OOTS ausgetauscht werden soll, ausgewählt hat, informieren die Nachweise anfordernden Behörden die Nutzer

- a) gegebenenfalls über die zusätzlichen Merkmale gemäß Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe b dieser Verordnung, die sie bereitstellen müssen, und
- b) darüber, dass sie zu den entsprechenden Nachweislieferanten oder gegebenenfalls zu einer oder mehreren intermediären Plattformen weitergeleitet werden, um die ausgewählten Nachweise vorab einzusehen.

(3) Ist die in Artikel 14 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2018/1724 genannte Möglichkeit, den Nachweis vorab einzusehen, nicht erforderlich, so findet Absatz 2 Buchstabe b dieses Artikels keine Anwendung. In diesem Fall können die Nachweislieferanten oder gegebenenfalls die intermediären Plattformen die Nachweise anfordernde Behörde auffordern, den Nutzer zum Zwecke des Identitäts- und Nachweisabgleichs erneut zu identifizieren und zu authentifizieren. Der Nutzer kann sich dafür entscheiden, nicht weitergeleitet zu werden. In diesem Fall informiert die Nachweise anfordernde Behörde den Nutzer darüber, dass der vom Nachweislieferanten durchgeführte Identitäts- und Nachweisabgleich möglicherweise nicht zu einer Übereinstimmung im Sinne von Artikel 16 dieser Verordnung führt.

## Artikel 12

### Ausdrückliches Ersuchen

Die Nachweise anfordernde Behörde stellt dem Nutzer zusätzlich zu den in Artikel 9 genannten Informationen Folgendes zur Verfügung:

- a) die Namen der Nachweise anfordernden Behörden,
- b) die Nachweisarten oder Datenfelder, die ausgetauscht werden sollen.

Dieser Artikel gilt unbeschadet der Fälle, in denen die Nutzung des OOTS ohne ausdrückliches Ersuchen gemäß Artikel 14 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2018/1724 zulässig ist.

## Artikel 13

### Nachweis-anfrage

(1) Die Nachweise anfordernde Behörde stellt sicher, dass die Nachweis-anfrage an den Nachweislieferanten oder gegebenenfalls die intermediäre Plattform übermittelt wird und die folgenden Informationen enthält:

- a) die eindeutige Kennung der Anfrage,
- b) die angeforderte Nachweisart,
- c) das Datum und die Uhrzeit des ausdrücklichen Ersuchens,
- d) die Angabe des Verfahrens, für das der Nachweis erforderlich ist,
- e) den Namen und die Metadaten zur eindeutigen Identifizierung der Nachweise anfordernden Behörde und der intermediären Plattform, sofern zutreffend,
- f) die Merkmale des Nutzers oder gegebenenfalls des Nutzers und des Vertreters, die unter Verwendung der in Artikel 11 Absatz 1 genannten elektronischen Identifizierungsmittel ausgetauscht werden,
- g) das Sicherheitsniveau der vom Nutzer verwendeten elektronischen Identifizierungsmittel im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 910/2014,

- h) die in Artikel 5 Absatz 3 Buchstabe b genannten zusätzlichen Merkmale, die der Nutzer für die Zwecke der Anfrage bereitstellt,
  - i) die Kennung des im Verzeichnis der Datendienste eingetragenen Nachweislieferanten,
  - j) die Angabe, ob das ausdrückliche Ersuchen des Nutzers gemäß Artikel 14 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2018/1724 erforderlich war,
  - k) die Angabe, ob die Möglichkeit, die Nachweise gemäß Artikel 14 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2018/1724 vorab einzusehen, erforderlich war.
- (2) Die Nachweise anfordernde Behörde unterscheidet klar zwischen den in Absatz 1 Buchstabe h genannten zusätzlichen Merkmalen und den in Absatz 1 Buchstabe f genannten Merkmalen.

#### Artikel 14

##### Weiterleitung des Nutzers an den Nachweislieferanten

- (1) Unbeschadet der Verfahren nach Artikel 14 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2018/1724 stellen die Nachweise anfordernden Behörden sicher, dass die Nutzer nach der Auswahl der über das OOTS auszutauschenden Nachweise im Verfahrensportale gemäß Artikel 10 dieser Verordnung und der Angabe ihres ausdrücklichen Ersuchens gemäß Artikel 12 dieser Verordnung zu den Nachweislieferanten oder gegebenenfalls zu einer oder mehreren intermediären Plattformen weitergeleitet werden, um von der Möglichkeit, die Nachweise vorab einzusehen, Gebrauch zu machen.
- (2) In Bezug auf die in Artikel 14 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2018/1724 genannten Verfahren können die Nutzer gemäß Artikel 11 Absatz 3 der vorliegenden Verordnung gegebenenfalls an die Nachweislieferanten oder eine oder mehrere intermediäre Plattformen weitergeleitet werden.

#### ABSCHNITT 4

##### NACHWEISLIEFERANT

#### Artikel 15

##### Rolle beim Austausch von Nachweisen

- (1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Nachweislieferanten oder gegebenenfalls die intermediären Plattformen für den Austausch von Nachweisen über das OOTS Anwendungsdienste nutzen, die Folgendes leisten können:
- a) Entgegennahme und Auswertung von Nachweisanfragen, die von einem eDelivery-Zugangspunkt übermittelt werden und die als Eingangsdaten für die Datendienste gelten;
  - b) vorbehaltlich einer erfolgreichen Identifizierung und Authentifizierung gemäß Artikel 16 dieser Verordnung:
    - i) Abrufen von Nachweisen, die der Anfrage entsprechen;
    - ii) Möglichkeit für die Nutzer — außer im Falle der in Artikel 14 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2018/1724 genannten Verfahren —, anzugeben, welche dieser Nachweise sie im Vorschaubereich vorab einsehen möchten, und die auf diese Weise angegebenen Nachweise in einem Vorschaubereich einzusehen;
    - iii) Möglichkeit für die Nutzer, anzugeben, welche der übereinstimmenden Nachweise gegebenenfalls an die Nachweise anfordernde Behörde zur Verwendung im Verfahren rückübermittelt werden sollen;
  - c) Rückübermittlung der Antworten auf die Nachweisanfrage an die Nachweise anfordernde Behörde über einen eDelivery-Zugangspunkt, vorbehaltlich der Entscheidung des Nutzers, den Nachweis in dem Verfahren zu verwenden, nachdem er die Möglichkeit hatte, diesen im Vorschaubereich einzusehen, außer im Falle der in Artikel 14 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2018/1724 genannten Verfahren, von Fehlermeldungen, auch in der in Artikel 16 Absatz 3 Buchstabe a der vorliegenden Verordnung genannten Situation, oder von Berichten über Nachweise, die noch umgewandelt werden.
- (2) Wird eine Antwort auf eine Nachweisanfrage rückübermittelt, so muss sie die angeforderten Nachweise und Folgendes enthalten:
- a) Metadaten zur eindeutigen Identifizierung der Antwort auf eine Nachweisanfrage;

- b) Metadaten zur eindeutigen Identifizierung der Nachweisanfrage;
  - c) Metadaten, die das Datum und die Uhrzeit angeben, zu der die Antwort erzeugt wurde;
  - d) Metadaten zur eindeutigen Identifizierung des Nachweises und des Nachweislieferanten;
  - e) eine von Menschen lesbare Fassung des Nachweises in Fällen, in denen strukturierte Nachweise nicht dem für die betreffende Nachweisart relevanten Datenmodell des OOTS entsprechen.
- (3) Die Antwort auf eine Nachweisanfrage kann auch Metadaten enthalten, die die Sprache bzw. die Sprachen der angeforderten Nachweise eindeutig identifizieren.
- (4) Wird eine Fehlermeldung rückübermittelt, so enthält diese Metadaten zur eindeutigen Identifizierung der Anfrage, des Datums und der Uhrzeit, zu der sie erstellt wurde, sowie eine Beschreibung des aufgetretenen Fehlers.
- (5) Stehen noch keine Nachweise für den Austausch über das OOTS zur Verfügung, werden diese aber derzeit in strukturierte oder unstrukturierte Nachweise im Sinne von Artikel 1 Nummern 16 und 17 umgewandelt, wird ein Bericht nach Absatz 1 Buchstabe c des vorliegenden Artikels übermittelt. Dieser Bericht enthält Metadaten zur eindeutigen Identifizierung der Nachweisanfrage, des Datums und der Uhrzeit seiner Erstellung sowie die Meldung, dass die betreffenden Nachweise derzeit in strukturierte oder unstrukturierte Nachweise im Sinne von Artikel 1 Nummern 16 und 17 umgewandelt werden und in Zukunft für die Übermittlung durch das OOTS zur Verfügung stehen werden. Der Nachweislieferant gibt in seinem Bericht das voraussichtliche Datum und die Uhrzeit an, zu denen die Nachweise zur Verfügung stehen werden.

#### Artikel 16

### Identitäts- und Nachweisabgleich

- (1) Die Nachweislieferanten oder die intermediären Plattformen können gegebenenfalls verlangen, dass sich die Nutzer zum Zwecke des Identitäts- und Nachweisabgleichs erneut identifizieren und authentifizieren, auch durch die Bereitstellung zusätzlicher Attribute.
- (2) Die Nachweislieferanten oder gegebenenfalls die intermediären Plattformen stellen sicher, dass Nachweise nur dann über das OOTS ausgetauscht werden, wenn die Identitätsattribute des Nutzers und gegebenenfalls des Vertreters, die unter Verwendung der in Artikel 11 Absatz 1 genannten elektronischen Identifizierungsmittel ausgetauscht wurden, sowie die in Artikel 11 Absatz 2 Buchstabe a genannten zusätzlichen Merkmale, die vom Nutzer zur Erleichterung der Identifizierung durch den jeweiligen Nachweislieferanten bereitgestellt wurden, mit den bei ihnen vorhandenen Merkmalen übereinstimmen.
- (3) Führt der Identitäts- und Nachweisabgleich nicht zu einer Übereinstimmung oder führt der Identitätsabgleich zu zwei oder mehr Ergebnissen, so wird dem Nutzer oder gegebenenfalls dem Vertreter keine Vorschau auf die angeforderten Nachweise gewährt und die Nachweise werden nicht ausgetauscht. Sollte es keine Übereinstimmung geben,
- a) wird der Nachweise anfordernden Behörde eine Fehlermeldung angezeigt;
  - b) erhält der Nutzer eine automatische Nachricht, in der erklärt wird, dass der Nachweis nicht zur Verfügung gestellt werden kann.

#### ABSCHNITT 5

### PROTOKOLLSYSTEM DES OOTS

#### Artikel 17

### Protokollsystem

- (1) Für jede über das OOTS übermittelte Nachweisanfrage protokollieren die Nachweise anfordernde Behörde, die Nachweislieferanten oder gegebenenfalls die intermediären Plattformen die folgenden Elemente:
- a) die Nachweisanfrage gemäß Artikel 13 Absatz 1,

- b) die in der Antwort auf die Nachweisanfrage enthaltenen Informationen, mit Ausnahme der Nachweise selbst, oder den Fehlerbericht gemäß Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe c und Artikel 16 Absatz 3 Buchstabe a,
- c) die eDelivery-Ereignisdaten im Zusammenhang mit Folgendem:
- i) den Nachweisanfragen;
  - ii) den Antworten auf eine Nachweisanfrage;
  - iii) den Fehlerberichten.
- (2) Für jeden über das OOTS ausgetauschten Nachweis protokolliert der Nachweislieferant oder die intermediäre Plattform gegebenenfalls die Entscheidung des Nutzers nach der Vorschau des Nachweises, die Verwendung des Nachweises für das Verfahren zu genehmigen oder abzulehnen, oder gegebenenfalls die Tatsache, dass der Nutzer den Vorschaubereich oder das Verfahrensportal verlässt, ohne eine konkrete Entscheidung zu treffen.
- (3) Die Kommission und — in den in Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe a genannten Fällen — die betreffenden Mitgliedstaaten protokollieren alle Interaktionen mit den in Artikel 4 Absatz 1 genannten gemeinsamen Diensten.
- (4) Unbeschadet längerer Aufbewahrungsfristen, die nach nationalem Recht für die in den Absätzen 1, 2 und 3 genannten Protokollen für die Zwecke des OOTS oder für andere Zwecke vorgeschrieben sind, bewahren die Kommission und die Nachweise anfordernden Behörden, die Nachweislieferanten oder gegebenenfalls die intermediären Plattformen diese Protokolle für einen Zeitraum von zwölf Monaten auf.
- (5) Bei Verdacht auf Vorfälle und für die Zwecke von Prüfungen und stichprobenartigen Sicherheitskontrollen, die in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich gemäß Artikel 26 durchgeführt werden, gewähren die Nachweise anfordernden Behörden, die Nachweislieferanten und gegebenenfalls die intermediären Plattformen einander auf Ersuchen Zugang zu den in den Absätzen 1 und 2 des vorliegenden Artikels genannten Protokollen über das in Artikel 22 genannte Dashboard für technischen Support. Zu denselben Zwecken und in gleicher Weise stellen die Mitgliedstaaten und gegebenenfalls die Kommission den betreffenden Nachweise anfordernden Behörden, Nachweislieferanten und intermediären Plattformen die in Absatz 3 dieses Artikels genannten Protokolle zur Verfügung.

## ABSCHNITT 6

### GOVERNANCE DES OOTS

#### *Artikel 18*

#### **Koordinierungsgruppe für das Zugangstor**

Die Kommission ist in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten im Rahmen der mit Artikel 29 der Verordnung (EU) 2018/1724 eingesetzten Koordinierungsgruppe für das Zugangstor verpflichtet,

- a) die Einrichtung und Inbetriebnahme des OOTS im Einklang mit Artikel 31 Absatz 3 dieser Verordnung zu beaufsichtigen;
- b) Prioritäten für die Weiterentwicklung und Verbesserung des OOTS festzulegen;
- c) einen voraussichtlichen Zeitplan für regelmäßige Aktualisierungen, die Pflege und die Anpassung der technischen Entwurfsdokumentation zu bestimmen;
- d) Änderungen an der technischen Entwurfsdokumentation zu empfehlen;
- e) eine Peerbegutachtung zur Förderung des Austauschs von Erfahrungen und bewährten Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten bei der Anwendung dieser Verordnung durch die Mitgliedstaaten durchzuführen;
- f) die von einer der Untergruppen, die im Einklang mit der Geschäftsordnung der Koordinierungsgruppe für das Zugangstor eingerichtet wurden, vorgelegten operativen Modalitäten zu genehmigen oder abzulehnen und erforderlichenfalls spezifische Anleitungen zu geben und ihre Arbeit zu überwachen.

*Artikel 19***Untergruppen der Koordinierungsgruppe für das Zugangstor**

(1) Um eine koordinierte Entwicklung und Funktionsweise des OOTS zu gewährleisten, erörtern die in Artikel 18 Buchstabe f genannten Untergruppen die operativen Modalitäten, die der Koordinierungsgruppe für das Zugangstor vorzulegen sind, und erarbeiten erforderlichenfalls Vorschläge zu den folgenden Bereichen:

- a) Standardisierung von Datenmodellen des OOTS,
- b) Zuordnung der Nachweise,
- c) Überprüfung, Pflege und Auslegung der technischen Entwurfsdokumentation,
- d) operative Governance, insbesondere operative Vereinbarungen und Dienstleistungsvereinbarungen,
- e) Sicherheit des OOTS, einschließlich der Erstellung von Risikomanagementplänen für die Ermittlung von Risiken, die Bewertung ihrer möglichen Auswirkungen und die Planung geeigneter technischer und organisatorischer Maßnahmen im Falle von Vorfällen,
- f) Erprobung und Einführung der Komponenten des OOTS, einschließlich der Interoperabilität zwischen den in Artikel 2 Buchstaben a bis f und h genannten nationalen Komponenten des OOTS und den in Artikel 4 Absatz 1 genannten gemeinsamen Diensten.

Zu den operativen Modalitäten gehören die Ausarbeitung und der Vorschlag von Normen, die für die Interoperabilität erforderlich sind, in den jeweiligen Bereichen der Untergruppen, wobei nach Möglichkeit internationale Normen zugrunde gelegt werden. Nach der Genehmigung durch die Koordinierungsgruppe für das Zugangstor werden diese Normen in die technische Entwurfsdokumentation aufgenommen.

(2) Die Untergruppen nehmen ihre Vorschläge für die operativen Modalitäten nach Möglichkeit im Konsens an. Stellt sich heraus, dass kein Konsens erzielt werden kann, so kann der Vorsitzende beschließen, dass ein Vorschlag der Untergruppe der Koordinierungsgruppe für das Zugangstor vorgelegt werden kann, wenn er von der einfachen Mehrheit der in der Sitzung anwesenden Mitglieder der Untergruppe unterstützt wird.

## ABSCHNITT 7

**TECHNISCHE UNTERSTÜTZUNG***Artikel 20***Zentrale Kontaktstelle der Kommission für technische Unterstützung**

(1) Die Kommission benennt eine zentrale Kontaktstelle für technischen Support, die den Betrieb und die Wartung der in Artikel 4 Absatz 1 genannten gemeinsamen Dienste sicherstellt.

(2) Die zentrale Kontaktstelle für technische Unterstützung stellt die Verbindung zu anderen einschlägigen Kontaktstellen der Kommission her und koordiniert die Lösung von Problemen mit eDelivery-Zugangspunkten oder eIDAS-Knoten.

(3) Die Kommission stellt sicher, dass ihre zentrale Kontaktstelle für technische Unterstützung in einer Weise organisiert ist, die es ihr ermöglicht, ihre Aufgaben unter allen Umständen zu erfüllen und kurzfristig Maßnahmen zu ergreifen.

*Artikel 21***Nationale zentrale Kontaktstelle für technische Unterstützung**

(1) Jeder Mitgliedstaat benennt eine zentrale Kontaktstelle für technische Unterstützung, um den Betrieb und die Wartung der einschlägigen Komponenten des OOTS, für die der jeweilige Mitgliedstaat gemäß Abschnitt 9 zuständig ist, sicherzustellen.

- (2) Die zentralen Kontaktstellen für technische Unterstützung
- a) stellen den Nachweislieferanten und Nachweise anfordernden Behörden bei allen technischen Problemen im Zusammenhang mit dem Betrieb des OOTS Fachwissen und Beratung zur Verfügung und stellen erforderlichenfalls eine Verbindung zur Kontaktstelle für technische Unterstützung der Kommission und zu anderen Kontaktstellen für technische Unterstützung her;
  - b) untersuchen und beheben mögliche Ausfälle der eDelivery-Zugangspunkte, mögliche Sicherheitsverletzungen und andere Vorfälle;
  - c) unterrichten die Kontaktstellen für technische Unterstützung über alle Tätigkeiten, die zu einer Verletzung oder einer mutmaßlichen Verletzung der Sicherheit der elektronischen Systeme führen könnten.
- (3) Werden von einem Nachweislieferanten Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer oder mehrerer Nachweisanfragen geäußert, so ist die zentrale Kontaktstellen für technischen Support verpflichtet,
- a) die Nachweisanfragen oder Stichproben von Nachweisanfragen, die in der Vergangenheit von derselben Nachweise anfordernden Behörde übermittelt wurden, zu überprüfen;
  - b) die vom Mitgliedstaat der Nachweise anfordernden Behörde benannte zentrale Kontaktstelle für technische Unterstützung über das in Artikel 22 genannte Dashboard für technische Unterstützung um die Übermittlung von Protokollen ausgewählter Austauschvorgänge gemäß Artikel 17 zu ersuchen;
  - c) den nationalen Koordinator auf das Problem aufmerksam zu machen, sofern es weiterhin besteht.
- (4) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ihre jeweilige zentrale Kontaktstelle für technische Unterstützung in einer Weise organisiert ist, die es ihr ermöglicht, ihre Aufgaben unter allen Umständen zu erfüllen und kurzfristig Maßnahmen zu ergreifen.

#### Artikel 22

##### **Dashboard für technische Unterstützung**

- (1) Die Kommission richtet ein Dashboard ein, um die Kommunikation zwischen allen Kontaktstellen für technische Unterstützung zu erleichtern.
- (2) Die Mitgliedstaaten und die Kommission erfassen die Kontaktdaten der Kontaktstellen für technische Unterstützung im Dashboard und halten sie auf dem neuesten Stand.
- (3) Die Kontaktstellen sind verpflichtet, über das Dashboard
- a) jeden Vorfall, der als erheblich erachtet wird, zu melden;
  - b) alle vorübergehenden oder dauerhaften Maßnahmen, die nach Vorfällen ergriffen wurden, zu melden;
  - c) bei den zuständigen Kontaktstellen für technische Unterstützung die Protokolle ausgewählter Austauschvorgänge in den in Artikel 17 Absatz 5 genannten Fällen und bei Zweifeln hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der Nachweisanfrage gemäß Artikel 21 Absatz 3 anzufordern;
  - d) im Falle von Vorfällen jede andere erforderliche Unterstützung anzufordern.
- (4) Die nationalen Koordinatoren und der Vorsitzende der Koordinierungsgruppe für das Zugangstor haben Zugang zum Dashboard.
- (5) Die Kommission und die nationalen Koordinatoren nutzen das Dashboard, um die in Artikel 27 und Artikel 28 Absatz 2 genannten Informationen bereitzustellen.

#### ABSCHNITT 8

##### **ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN GOVERNANCE-STRUKTUREN**

#### Artikel 23

##### **Umfang der Zusammenarbeit**

Die Kommission, die Koordinierungsgruppe für das Zugangstor und ihre Untergruppen arbeiten mit den einschlägigen, durch das Unionsrecht oder internationale Übereinkünfte geschaffenen Governance-Strukturen in den für das OOTS relevanten Bereichen zusammen, um Synergien zu erzielen und die in diesen anderen Gremien entwickelten Lösungen so weit wie möglich wiederzuverwenden.

## ABSCHNITT 9

**VERANTWORTLICHKEITEN FÜR WARTUNG UND BETRIEB DER KOMPONENTEN DES OOTS***Artikel 24***Verantwortlichkeiten der Kommission**

Die Kommission ist Eignerin der gemeinsamen Dienste und des Dashboards für technische Unterstützung und zuständig für deren Entwicklung, Verfügbarkeit, Überwachung, Aktualisierung, Wartung und Hosting.

*Artikel 25***Verantwortlichkeiten der Mitgliedstaaten**

Jeder Mitgliedstaat gilt hinsichtlich der in Artikel 2 Buchstaben a bis f und h genannten nationalen Komponenten des OOTS als deren Eigner und ist gegebenenfalls für die Einrichtung sowie für die Entwicklung, Verfügbarkeit, Überwachung, Aktualisierung, Wartung und das Hosting verantwortlich.

*Artikel 26***Änderungen und Aktualisierungen**

- (1) Die Kommission unterrichtet die Mitgliedstaaten über Änderungen und Aktualisierungen der gemeinsamen Dienste.
- (2) Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission über Änderungen und Aktualisierungen der in ihre Zuständigkeit fallenden Komponenten, die Auswirkungen auf die Funktion des OOTS haben könnten.
- (3) Informationen über kritische Aktualisierungen werden unverzüglich zur Verfügung gestellt. Bei anderen, nicht kritischen Aktualisierungen, die Auswirkungen auf Komponenten des OOTS, die Eigentum anderer Mitgliedstaaten sind, oder die gemeinsamen Dienste haben können, wird die Vorlaufzeit von der Koordinierungsgruppe für das Zugangstor auf der Grundlage eines Vorschlags der zuständigen Untergruppe festgelegt.

*Artikel 27***Verfügbarkeit des OOTS**

- (1) Das OOTS ist rund um die Uhr und sieben Tage pro Woche mit einer Verfügbarkeitsrate der eDelivery-Zugangspunkte, der Vorschaubereiche und der gemeinsamen Dienste von mindestens 98 % in Betrieb, mit Ausnahme der gemäß Absatz 2 dieses Artikels geplanten Wartungsarbeiten. Die Verfügbarkeitsziele für die übrigen Komponenten des OOTS werden in den in Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe d genannten Dienstleistungsvereinbarungen festgelegt.
- (2) Die Mitgliedstaaten und die Kommission kündigen die geplanten Wartungsarbeiten in Bezug auf die betreffenden Komponenten des OOTS wie folgt an:
  - a) fünf Arbeitstage vor Wartungsarbeiten, die eine Nichtverfügbarkeit von bis zu vier Stunden zur Folge haben können;
  - b) zehn Arbeitstage vor Wartungsarbeiten, die eine Nichtverfügbarkeit von bis zu zwölf Stunden zur Folge haben können;
  - c) 30 Arbeitstage vor Wartungsarbeiten an der Infrastruktur des Datenzentrums, die eine Nichtverfügbarkeit von bis zu sechs Tagen pro Jahr zur Folge haben können.

Soweit möglich, werden Wartungsarbeiten außerhalb der Arbeitszeiten geplant.

- (3) Sofern Mitgliedstaaten feste wöchentliche Wartungszeiten festgelegt haben, unterrichten sie die Kommission darüber, an welchem Tag und zu welchen Uhrzeiten solche festen wöchentlichen Wartungszeiten geplant sind. Unbeschadet der in Absatz 2 Buchstaben a, b und c genannten Verpflichtungen sind die Mitgliedstaaten von der Verpflichtung befreit, die Kommission jedes Mal davon in Kenntnis zu setzen, wenn die Systeme während solcher fester Wartungszeiten nicht verfügbar sind.

- (4) Im Falle eines unerwarteten technischen Ausfalls der Komponenten des OOTS der Mitgliedstaaten unterrichtet der betreffende Mitgliedstaat die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission unverzüglich über deren Nichtverfügbarkeit und, sofern dies bekannt ist, über den Zeitpunkt der voraussichtlichen Wiederaufnahme des Betriebs der Komponenten.
- (5) Im Falle eines unerwarteten Ausfalls der gemeinsamen Dienste unterrichtet die Kommission die Mitgliedstaaten unverzüglich über die Nichtverfügbarkeit eines oder mehrerer gemeinsamer Dienste und, sofern dies bekannt ist, über den Zeitpunkt der voraussichtlichen Wiederaufnahme des Betriebs des Dienstes.
- (6) Die in diesem Artikel genannten Benachrichtigungen sind über das in Artikel 22 genannte Dashboard für technische Unterstützung vorzunehmen.

## ABSCHNITT 10

### SICHERHEIT

#### Artikel 28

#### **Sicherheit der gemeinsamen Dienste und der nationalen Komponenten**

- (1) Die Kommission gewährleistet die Sicherheit der in Artikel 4 Absatz 1 genannten gemeinsamen Dienste sowie der in Artikel 2 Buchstabe h genannten Integrationselemente und Schnittstellen, für die sie zuständig ist.
- (2) Die Mitgliedstaaten gewährleisten die Sicherheit der nationalen Komponenten des OOTS und der in Artikel 2 Buchstabe h genannten Integrationselemente und Schnittstellen, für die sie zuständig sind.
- (3) Die Mitgliedstaaten und die Kommission treffen zu den in den Absätzen 1 und 2 genannten Zwecken zumindest für die Komponente, für die sie zuständig sind, die erforderlichen Maßnahmen, um
- zu verhindern, dass Unbefugte Zugang zu Komponenten erhalten, für die die Mitgliedstaaten zuständig sind,
  - zu verhindern, dass Unbefugte Daten eingeben, abfragen, ändern oder löschen,
  - etwaige Aktivitäten gemäß den Buchstaben a und b aufzudecken und
  - dafür zu sorgen, dass Sicherheitsvorfälle gemäß den anerkannten internationalen Sicherheitsnormen für die Informationstechnologie protokolliert werden.
- (4) Die Mitgliedstaaten stellen insbesondere sicher, dass
- die von ihnen betriebenen Verbindungen zu und von den eDelivery-Zugangspunkten sowie die gesamte interne Kommunikation zwischen verschiedenen nationalen Behörden mindestens dasselbe Sicherheitsniveau wie der elektrische Zustelldienst eDelivery erfüllen, um die Sicherheit und Vertraulichkeit des Austauschs und die Integrität der über das OOTS ausgetauschten Nachweise zu schützen;
  - die Herkunft der von dem Zugangspunkt der Nachweise anfordernden Behörde übermittelten Nachweisanfrage und die von dem Zugangspunkt des Nachweislieferanten übermittelte Antwort auf eine Nachweisanfrage oder Fehlermeldung nicht widerlegt werden können.
- (5) Nach Absatz 4 ist der Mitgliedstaat des Nachweislieferanten bei einem bestimmten Austausch von Nachweisen für die Qualität, Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der angeforderten Nachweise verantwortlich, bis diese den eDelivery-Zugangspunkt der Nachweise anfordernden Behörde oder gegebenenfalls eine intermediäre Plattform erreichen. Der Mitgliedstaat der Nachweise anfordernden Behörde ist in einem bestimmten Austausch von Nachweisen für die Vertraulichkeit und Integrität der angeforderten Nachweise ab dem Zeitpunkt zuständig, zu dem sie seinen eDelivery-Zugangspunkt erreichen.
- (6) Die Mitgliedstaaten und die Kommission gewährleisten die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der in Artikel 17 Absätze 1, 2 und 3 genannten Protokolle durch geeignete und verhältnismäßige Sicherheitsmaßnahmen für die von ihnen aufgezeichneten Protokolle.

*Artikel 29***Überwachung der elektronischen Systeme**

- (1) Die Mitgliedstaaten und die Kommission führen regelmäßige Kontrollen der Komponenten des OOTS, für die sie zuständig sind, durch.
- (2) Die in den Artikeln 20 und 21 genannten zentralen Kontaktstellen für technische Unterstützung nutzen das in Artikel 22 genannte Dashboard für die technische Unterstützung, um einander über die bei den Kontrollen festgestellten Mängel, die zu einer Verletzung oder einer mutmaßlichen Verletzung der Sicherheit des OOTS führen könnten, zu unterrichten.

*Artikel 30***Verwaltungsmanagementsystem**

Die Kommission richtet ein Verwaltungsmanagementsystem ein, um die Authentifizierungs- und Autorisierungsregeln für die Validierung der Identifizierungsdaten, die den Zugang zu den gemeinsamen Diensten und dem Dashboard für technische Unterstützung ermöglichen, zu verwalten.

## ABSCHNITT 11

**SCHLUSSBESTIMMUNGEN***Artikel 31***Erprobung des OOTS**

- (1) Die Mitgliedstaaten und die Kommission legen im Rahmen der Koordinierungsgruppe für das Zugangstor einen Zeitplan für die Erprobung und eine Reihe von Indikatoren fest, anhand deren die Ergebnisse der Erprobung gemessen und als positiv gewertet werden können.
- (2) Die Kommission stellt Erprobungsdienste zur Verfügung, die die Mitgliedstaaten nutzen können, um die Konformität der technischen Lösungen mit den in Absatz 1 genannten Indikatoren zu untersuchen.
- (3) Die Mitgliedstaaten und die Kommission erproben die Funktion der einzelnen Komponenten des OOTS und überprüfen, ob sie gemäß den in Absatz 1 genannten Indikatoren ordnungsgemäß funktionieren können. Es werden nur diejenigen Komponenten des OOTS, bei denen die Erprobung zu positiven Ergebnissen führt, den Nutzern zur Verfügung gestellt.

*Artikel 32***Unterstützung durch die Kommission**

Die Kommission stellt ein Team von Sachverständigen als Teil der Kontaktstelle der Kommission für technische Unterstützung zur Verfügung, das die nationalen Kontaktstellen für technische Unterstützung und die nationalen Koordinatoren in allen Aspekten im Zusammenhang mit der Funktionsweise des OOTS in technischer Hinsicht unterstützt, insbesondere bei

- a) der Bereitstellung von Leitlinien,
- b) der Organisation von Workshops und Vorführungen,
- c) der Beantwortung einzelner Fragen.

*Artikel 33***Verarbeitung personenbezogener Daten**

Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten handeln in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten, die in den über das OOTS ausgetauschten Nachweisen enthalten und in den Komponenten des OOTS gespeichert sind, deren Eigentümer sie gemäß Artikel 25 der vorliegenden Verordnung sind, in ihrer Eigenschaft als Nachweise anfordernde Behörde oder Nachweislieferant als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Verordnung (EU) 2016/679 und wie in den Artikeln 34 und 35 der vorliegenden Verordnung näher ausgeführt.

*Artikel 34***Aufgaben der Nachweise anfordernden Behörde als Verantwortliche**

- (1) Bei jedem Austausch von Nachweisen über das OOTS ist allein die jeweilige Nachweise anfordernde Behörde oder gegebenenfalls die intermediäre Plattform für die Vollständigkeit und Rechtmäßigkeit der Nachweisanfrage zuständig. Die Nachweise anfordernde Behörde vergewissert sich insbesondere, dass die Nachweise für das jeweilige Verfahren, für das sie von einem Nutzer angefordert werden, erforderlich sind.
- (2) Sobald die über das OOTS ausgetauschten Nachweise der Nachweise anfordernden Behörde oder gegebenenfalls der intermediären Plattform zur Verfügung stehen, entweder nachdem der Nutzer entschieden hat, mit dem Austausch von Nachweisen gemäß Artikel 14 Absatz 3 Buchstabe f der Verordnung (EU) 2018/1724 fortzufahren, oder im Falle der in Artikel 14 Absatz 5 der Verordnung (EU) 2018/1724 genannten Verfahren, stellt die Nachweise anfordernde Behörde oder gegebenenfalls die intermediäre Plattform dasselbe Schutzniveau für personenbezogene Daten gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 wie in einer Situation sicher, in der der Nutzer die Nachweise übermittelt oder hochlädt, ohne auf das OOTS zurückzugreifen.

*Artikel 35***Aufgaben des Nachweislieferanten als Verantwortlicher**

- (1) Der jeweilige Nachweislieferant bzw. die intermediäre Plattform ist unbeschadet seiner bzw. ihrer Verpflichtungen gemäß der Verordnung (EU) 2016/679 bei jedem Austausch von Nachweisen über das OOTS allein dafür zuständig, zu überprüfen,
- a) ob die angeforderten Nachweise, die sich in seinem bzw. ihrem Besitz befinden, dem Nutzer gemäß Artikel 16 zugeordnet werden können,
  - b) ob der Nutzer berechtigt ist, den angeforderten Nachweis zu verwenden.
- (2) Stellt eine intermediäre Plattform den Vorschaubereich gemäß Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer ii der vorliegenden Verordnung zur Verfügung, so gilt sie als Auftragsverarbeiter, der im Namen des Nachweislieferanten gemäß Artikel 4 Nummer 8 der Verordnung (EU) 2016/679 handelt.

*Artikel 36***Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Sie gilt ab dem 12. Dezember 2023.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 5. August 2022

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN

**DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2022/1464 DER KOMMISSION****vom 2. September 2022****zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1210/2003 des Rates über bestimmte spezifische Beschränkungen in den wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu Irak**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1210/2003 des Rates vom 7. Juli 2003 über bestimmte spezifische Beschränkungen in den wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu Irak und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2465/96 <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 11 Buchstabe b,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) In Anhang IV der Verordnung (EG) Nr. 1210/2003 sind die natürlichen und juristischen Personen, Einrichtungen und Organisationen aufgeführt, die mit dem Regime des ehemaligen Präsidenten Saddam Hussein in Verbindung standen und deren Gelder und wirtschaftliche Ressourcen einzufrieren sind und die dem Verbot der Zurverfügungstellung von Geldern oder wirtschaftlichen Ressourcen unterliegen.
- (2) Am 30. August 2022 hat der Sanktionsausschuss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen beschlossen, eine natürliche Person aus der Liste der Personen und Organisationen, deren Vermögen einzufrieren ist, zu streichen.
- (3) Anhang IV der Verordnung (EG) Nr. 1210/2003 sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Anhang IV der Verordnung (EG) Nr. 1210/2003 wird gemäß Anhang I der vorliegenden Verordnung geändert.

*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 2. September 2022

*Für die Kommission,  
im Namen der Präsidentin,  
Generaldirektor  
Generaldirektion Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen  
und Kapitalmarktunion*

---

<sup>(1)</sup> ABl. L 169 vom 8.7.2003, S. 6.

## ANHANG

In Anhang IV der Verordnung (EG) Nr. 1210/2003 wird folgender Eintrag gestrichen:

- „74. Dr. Sahir Berhan (alias a Dr. Sahir Barhan, b Saher Burhan Al-Deen, c Sahir Burhan). Geburtsdatum: 1967. Adresse: a Bagdad, Irak, b Vereinigte Arabische Emirate. Staatsangehörigkeit: irakisch.“
-

**VERORDNUNG (EU) 2022/1465 DER KOMMISSION****vom 5. September 2022****zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf bestimmte Aromastoffe****(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Aromen und bestimmte Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften zur Verwendung in und auf Lebensmitteln sowie zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1601/91 des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 2232/96 und (EG) Nr. 110/2008 und der Richtlinie 2000/13/EG <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 11 Absatz 3,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1331/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über ein einheitliches Zulassungsverfahren für Lebensmittelzusatzstoffe, -enzyme und -aromen <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 enthält eine Unionsliste der für die Verwendung in und auf Lebensmitteln zugelassenen Aromen und Ausgangsstoffe mit den Bedingungen für ihre Verwendung.
- (2) Mit der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 872/2012 der Kommission <sup>(3)</sup> wurde eine Liste von Aromastoffen angenommen, die in Anhang I Teil A der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 aufgenommen wurde.
- (3) Diese Liste kann nach dem einheitlichen Verfahren gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1331/2008 auf Initiative der Kommission oder auf Antrag eines Mitgliedstaats oder einer betroffenen Person aktualisiert werden.
- (4) Die Unionsliste der Aromen und Ausgangsstoffe in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 enthält unter anderem eine Reihe von Aromastoffen, für die die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (im Folgenden „Behörde“) zum Zeitpunkt der Annahme der Liste durch die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 872/2012 auf der Grundlage der verfügbaren Daten ein etwaiges Sicherheitsrisiko für die Gesundheit der Verbraucher nicht ausschließen konnte und daher zusätzliche Daten für erforderlich hielt, um ihre Bewertung abzuschließen. Diese Stoffe wurden in die Unionsliste der Aromastoffe unter der Bedingung aufgenommen, dass die Sicherheitsdaten, mit denen die von der Behörde geäußerten Bedenken ausgeräumt werden, vor Ablauf der in Anhang I Teil A der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 festgelegten spezifischen Fristen vorgelegt werden. Zu den in die Unionsliste der Aromen und Ausgangsstoffe aufgenommenen Stoffen, die mit dem Fußnotenhinweis gekennzeichnet wurden, dass die Behörde die Bewertung abzuschließen hat, gehörten die folgenden fünf Stoffe der Aromastoffgruppenbewertung 208 (FGE.208): p-Mentha-1,8-dien-7-ol (FL-Nr. 02.060), Myrtenol (FL-Nr. 02.091), Myrtenal (FL-Nr. 05.106), p-Mentha-1,8-dien-7-ylacetat (FL-Nr. 09.278) und Myrtenylacetat (FL-Nr. 09.302). Die Behörde forderte zusätzliche wissenschaftliche Daten an, die anschließend von den Antragstellern vorgelegt wurden.
- (5) In ihrem wissenschaftlichen Gutachten vom 24. Juni 2015 <sup>(4)</sup> bewertete die Behörde die vorgelegten Daten und kam zu dem Schluss, dass der repräsentative Stoff der Gruppe, p-Mentha-1,8-dien-7-al (FL-Nr. 05.117) in vivo genotoxisch ist und bei seiner Verwendung als Aromastoff daher Sicherheitsbedenken bestehen.

<sup>(1)</sup> ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 34.

<sup>(2)</sup> ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 1.

<sup>(3)</sup> Durchführungsverordnung (EU) Nr. 872/2012 der Kommission vom 1. Oktober 2012 zur Festlegung der Liste der Aromastoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2232/96 des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Aufnahme dieser Liste in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1565/2000 der Kommission und der Entscheidung 1999/217/EG der Kommission (ABl. L 267 vom 2.10.2012, S. 1).

<sup>(4)</sup> Scientific Opinion on Flavouring Group Evaluation 208 Revision 1 (FGE.208Rev1): Consideration of genotoxicity data on representatives for 10 alicyclic aldehydes with the  $\alpha,\beta$ -unsaturation in ring/side-chain and precursors from chemical subgroup 2.2 of FGE.19. EFSA Journal 2015;13(7):4173, 28 S. doi:10.2903/j.efsa.2015.4173. Online abrufbar unter: [www.efsa.europa.eu/efsajournal](http://www.efsa.europa.eu/efsajournal).

- (6) Im Anschluss an diese Stellungnahme hat die Kommission diesen Stoff mit der Verordnung (EU) 2015/1760 <sup>(5)</sup> aus der Unionsliste der Aromen gestrichen.
- (7) Da p-Mentha-1,8-dien-7-al (FL-Nr. 05.117) für vier weitere Stoffe der Aromastoffgruppenbewertung 208 (FGE.208) repräsentativ ist, hat die Kommission diese vier Stoffe mit der Verordnung (EU) 2016/637 der Kommission <sup>(6)</sup> aus der Unionsliste gestrichen.
- (8) In Bezug auf p-Mentha-1,8-dien-7-ol (FL-Nr. 02.060), Myrtenol (FL-Nr. 02.091), Myrtenal (FL-Nr. 05.106), p-Mentha-1,8-dien-7-ylacetat (FL-Nr. 09.278) und Myrtenylacetat (FL-Nr. 09.302) gaben die Antragsteller für diese Stoffe an, spezifische individuelle Toxizitätsstudien zu diesen Stoffen durchgeführt zu haben, um die von der Behörde in ihrem Gutachten vom 24. Juni 2015 geäußerten Bedenken auszuräumen. Die Antragsteller verpflichteten sich, die angeforderten neuen Daten vor dem 30. April 2016 vorzulegen.
- (9) In Erwartung der Bewertung dieser Stoffe durch die Behörde, der möglichen vollständigen Bewertung dieser Stoffe gemäß dem Verfahren des Gremiums der Behörde und des Abschlusses des anschließenden Regulierungsverfahrens hat die Kommission die Verordnung (EU) 2016/1244 <sup>(7)</sup> erlassen, mit der die Verwendung dieser Aromastoffe begrenzt wird, während ihr Status als Stoffe, deren Bewertung noch nicht abgeschlossen ist, beibehalten wird.
- (10) Die Antragsteller legten bis zum 30. April 2016 wissenschaftliche Studien und andere für die Bewertung relevante Daten vor.
- (11) In ihren Gutachten vom 22. März 2017 <sup>(8)</sup> und 11. Dezember 2018 <sup>(9)</sup> bewertete die Behörde die vorgelegten und zusätzliche Daten, schloss die Bedenken hinsichtlich der Genotoxizität für diese fünf Stoffe aus und entschied, dass sie im Rahmen des Verfahrens zur Bewertung bestehender Aromastoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1565/2000 der Kommission <sup>(10)</sup> bewertet werden können. Zu diesem Zweck ordnete die Behörde diese fünf Stoffe der Aromastoffgruppenbewertung 73 (FGE.73) zu. In ihren Gutachten vom 19. September 2017 <sup>(11)</sup> und 10. Dezember 2020 <sup>(12)</sup> aktualisierte sie die Bewertungen dieser Stoffgruppe und kam zu dem Schluss, dass für diese Stoffe keine Sicherheitsbedenken bestehen. Außerdem gab sie Empfehlungen zur Änderung der Bezeichnung und der Spezifikationen einiger dieser Stoffe ab.
- (12) Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 musste die Behörde die Bewertung für die folgenden 20 Stoffe der Aromastoffgruppenbewertung 203 (FGE.203Rev1) abschließen: deca-2,4-dien-1-ol (FL-Nr. 02.139); Hepta-2,4-dien-1-ol (FL-Nr. 02.153), Hexa-2,4-dien-1-ol (FL-Nr. 02.162), Nona-2,4-dien-1-ol (FL-Nr. 02.188), Hexa-2(trans),4(trans)-dienal (FL-Nr. 05.057), Trideca-2(trans),4(cis),7(cis)-trienal (FL-Nr. 05.064), Nona-2,4-dienal (FL-Nr. 05.071), 2,4-Decadienal (FL-Nr. 05.081), Hepta-2,4-dienal (FL-Nr. 05.084), Penta-2,4-dienal (FL-Nr. 05.101), Undeca-2,4-dienal (FL-Nr. 05.108), Dodeca-2,4-dienal (FL-Nr. 05.125), Octa-2(trans),4(trans)-

<sup>(5)</sup> Verordnung (EU) 2015/1760 der Kommission vom 1. Oktober 2015 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Streichung des Aromastoffes p-Mentha-1,8-dien-7-al aus der Unionsliste (ABl. L 257 vom 2.10.2015, S. 27).

<sup>(6)</sup> Verordnung (EU) 2016/637 der Kommission vom 22. April 2016 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Streichung bestimmter Aromastoffe aus der Unionsliste (ABl. L 108 vom 23.4.2016, S. 24).

<sup>(7)</sup> Verordnung (EU) 2016/1244 der Kommission vom 28. Juli 2016 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf bestimmte Aromastoffe einer Gruppe mit einer alpha, beta-ungesättigten Struktur (ABl. L 204 vom 29.7.2016, S. 7).

<sup>(8)</sup> Scientific Opinion on Flavouring Group Evaluation 208 Revision 2 (FGE.208Rev2): Consideration of genotoxicity data on alicyclic aldehydes with a,b-unsaturation in ring/side-chain and precursors from chemical subgroup 2.2 of FGE.19. EFSA Journal 2017;15(5):4766. <https://doi.org/10.2903/j.efsa.2017.4766>

<sup>(9)</sup> Scientific Opinion on Flavouring Group Evaluation 208 Revision 3 (FGE.208Rev3): consideration of genotoxicity data on alicyclic aldehydes with alpha,beta-unsaturation in ring/side-chain and precursors from chemical subgroup 2.2 of FGE.19. EFSA Journal 2019;17(1):5569. <https://doi.org/10.2903/j.efsa.2019.5569>.

<sup>(10)</sup> Verordnung (EG) Nr. 1565/2000 der Kommission vom 18. Juli 2000 zur Festlegung der Maßnahmen, die für die Verabschiedung eines Bewertungsprogramms gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2232/96 des Europäischen Parlaments und des Rates erforderlich sind (ABl. L 180 vom 19.7.2000, S. 8).

<sup>(11)</sup> Scientific Opinion on Flavouring Group Evaluation 73, Revision 4 (FGE.73Rev4): consideration of alicyclic alcohols, aldehydes, acids and related esters evaluated by JECFA (59th and 63rd meeting) structurally related to primary saturated or unsaturated alicyclic alcohols, aldehydes, acids and esters evaluated by EFSA in FGE.12Rev5. EFSA Journal 2017;15(11):5010. doi: 10.2903/j.efsa.2017.5010. Abrufbar unter [www.efsa.europa.eu/efsajournal](http://www.efsa.europa.eu/efsajournal).

<sup>(12)</sup> Scientific Opinion on Flavouring Group Evaluation 73, Revision 5 (FGE.73Rev5): consideration of alicyclic alcohols, aldehydes, acids and related esters evaluated by JECFA (59th, 63rd and 86th meeting) and structurally related to substances evaluated in FGE.12Rev5, EFSA Journal 2020;18(1):5970. doi: 10.2903/j.efsa.2020.5970. Online abrufbar unter: [www.efsa.europa.eu/efsajournal](http://www.efsa.europa.eu/efsajournal).

dienal (FL-Nr. 05.127), Deca-2(trans),4(trans)-dienal (FL-Nr. 05.140), Deca-2,4,7-trienal (FL-Nr. 05.141); Nona-2,4,6-trienal (FL-Nr. 05.173); 2,4-Octadienal (FL-Nr. 05.186), tr-2, tr-4-Nonadienal (FL-Nr. 05.194); tr-2, tr-4-Undecadienal (FL-Nr. 05.196) und Hexa-2,4-dienylacetat (FL-Nr. 09.573). Die Behörde forderte zusätzliche wissenschaftliche Daten an, die anschließend von den Antragstellern vorgelegt wurden.

- (13) Die Stoffe Hexa-2(trans),4(trans)-dienal (FL-Nr. 05.057) und Deca-2(trans),4(trans)-dienal (FL-Nr. 05.140) wurden als repräsentative Stoffe für diese Stoffgruppe verwendet, und es wurden entsprechende Toxizitätsdaten vorgelegt.
- (14) In ihrem wissenschaftlichen Gutachten vom 26. März 2014 <sup>(13)</sup> bewertete die Behörde die vorgelegten Daten und kam zu dem Schluss, dass sie Sicherheitsbedenken für beide repräsentativen Stoffe der Gruppe nicht ausschließen kann. Somit konnte die Behörde die Bewertung der Stoffe der FGE-Gruppe 203 nicht abschließen.
- (15) Die Antragsteller für diese Stoffe gaben an, mehrere spezifische Toxizitätsstudien zu den Stoffen dieser Gruppe durchgeführt zu haben, um die von der Behörde in ihrem Gutachten vom 26. März 2014 geäußerten Bedenken auszuräumen.
- (16) Die Behörde forderte weitere Daten zur Identität und Charakterisierung sowie Daten zur jährlichen Produktionsmenge und zur Aufnahme an, um eine angemessene Expositionsbewertung vornehmen zu können, damit die Sicherheit dieser Stoffe umfassend beurteilt werden kann.
- (17) Die Antragsteller verpflichteten sich, die angeforderten neuen Daten bis zum 30. September 2016 vorzulegen. In Erwartung der Vorlage der zusätzlichen Daten, der Bewertung der Genotoxizität dieser Stoffe durch die Behörde, der möglichen vollständigen Bewertung dieser Stoffe gemäß dem Verfahren des Gremiums der Behörde und des Abschlusses des anschließenden Regulierungsverfahrens hat die Kommission die Verordnung (EU) 2017/378 <sup>(14)</sup> erlassen, mit der die Verwendung dieser Aromastoffe begrenzt wird, während ihr Status als Stoffe, deren Bewertung noch nicht abgeschlossen ist, beibehalten wird.
- (18) Die Antragsteller legten bis zum 30. September 2016 wissenschaftliche Studien und für diese Bewertung relevante Daten vor.
- (19) In ihrem Gutachten vom 5. Juni 2018 <sup>(15)</sup> bewertete die Behörde die vorgelegten Daten, schloss die Bedenken hinsichtlich der Genotoxizität für diese Stoffe aus und entschied, dass sie im Rahmen des Verfahrens zur Bewertung bestehender Aromastoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1565/2000 bewertet werden können. Zu diesem Zweck ordnete die Behörde 16 dieser Stoffe der Aromastoffgruppenbewertung 70 (FGE.70) und vier von ihnen der Aromastoffgruppenbewertung 05 (FGE.05) zu. In ihren Gutachten vom 5. Juni 2019 <sup>(16)</sup> und 26. Juni 2019 <sup>(17)</sup> aktualisierte sie die Bewertungen der Stoffe in der Aromastoffgruppenbewertung 70 Revision 1 (FGE.70Rev1) bzw. der Aromastoffgruppenbewertung 05 Revision 3 (FGE.05Rev3). In Bezug auf die 16 Stoffe in FGE.70Rev1 kam die Behörde zu dem Schluss, dass für sie keine Sicherheitsbedenken bestehen, und gab Empfehlungen zur Änderung der Bezeichnung und der Spezifikationen einiger dieser Stoffe ab. In Bezug auf die vier Stoffe in FGE.05Rev3 kam die Behörde ferner zu dem Schluss, dass für sie keine Sicherheitsbedenken bestehen, und gab Empfehlungen zur Änderung der Bezeichnung und der Spezifikationen einiger dieser vier Stoffe ab.

<sup>(13)</sup> Scientific Opinion on Flavouring Group Evaluation 203 Revision 1 (FGE.203Rev1): EFSA CEF Panel (EFSA Panel on Food Contact Materials, Enzymes, Flavourings and Processing Aids), 2014. Scientific Opinion on Flavouring Group Evaluation 203 Revision 1 (FGE.203Rev1):  $\alpha,\beta$ -unsaturated aliphatic aldehydes and precursors from chemical subgroup 1.1.4 of FGE.19 with two or more conjugated double-bonds and with or without additional non-conjugated double-bonds. EFSA Journal 2014;12(4):3626, 31 S. doi:10.2903/j.efsa.2014.3626. Online abrufbar unter: [www.efsa.europa.eu/efsajournal](http://www.efsa.europa.eu/efsajournal).

<sup>(14)</sup> Verordnung (EU) 2017/378 der Kommission vom 3. März 2017 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf bestimmte Aromastoffe (ABl. L 58 vom 4.3.2017, S. 14).

<sup>(15)</sup> Scientific Opinion on Flavouring Group Evaluation 203, Revision 2 (FGE.203Rev2):  $\alpha,\beta$ -unsaturated aliphatic aldehydes and precursors from chemical subgroup 1.1.4 of FGE.19 with two or more conjugated double-bonds and with or without additional non-conjugated double-bonds. EFSA Journal 2018;16(7):5322.

<sup>(16)</sup> Scientific Opinion on Flavouring Group Evaluation 70, Revision 1 (FGE.70Rev1): consideration of aliphatic, linear,  $\alpha,\beta$ -unsaturated, di- and trienals and related alcohols, acids and esters evaluated by JECFA (61st-68th-69th meeting). EFSA Journal 2019;17(7):5749.

<sup>(17)</sup> Scientific Opinion on Flavouring Group Evaluation 5 Revision 3 (FGE.05Rev3): Branched- and straight-chain unsaturated aldehydes, dienals, unsaturated and saturated carboxylic acids and related esters with saturated and unsaturated aliphatic alcohols and a phenylacetic acid related ester from chemical groups 1, 2, 3, 5 and 15. EFSA Journal 2019;17(8):5761.

- (20) Anhang I Teil A der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 sollte daher entsprechend geändert werden.
- (21) Die in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Anhang I Teil A der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 wird entsprechend dem Anhang der vorliegenden Verordnung geändert.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 5. September 2022

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN

—

ANHANG

Anhang I Teil A Abschnitt 2 Tabelle 1 der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 wird wie folgt geändert:

a) Der Eintrag für FL-Nr. 02.060 erhält folgende Fassung:

„02.060	p-Mentha-1,8-dien-7-ol	536-59-4	974	2024				EFSA“
---------	------------------------	----------	-----	------	--	--	--	-------

b) Der Eintrag für FL-Nr. 02.091 erhält folgende Fassung:

„02.091	Myrtenol	515-00-4	981	10285				EFSA“
---------	----------	----------	-----	-------	--	--	--	-------

c) Der Eintrag für FL-Nr. 02.139 erhält folgende Fassung:

„02.139	Deca-(2E,4E)-dien-1-ol	18409-21-7	1189	11748				EFSA“
---------	------------------------	------------	------	-------	--	--	--	-------

d) Der Eintrag für FL-Nr. 02.153 erhält folgende Fassung:

„02.153	Hepta-2,4-dien-1-ol	33467-79-7	1784					EFSA“
---------	---------------------	------------	------	--	--	--	--	-------

e) Der Eintrag für FL-Nr. 02.162 erhält folgende Fassung:

„02.162	Hexa-2,4-dien-1-ol	111-28-4	1174					EFSA“
---------	--------------------	----------	------	--	--	--	--	-------

f) Der Eintrag für FL-Nr. 02.188 erhält folgende Fassung:

„02.188	Nona-2,4-dien-1-ol	62488-56-6	1183	11802	Mindestens 92 %; sekundäre Komponente 3-4 % 2-Nonen-1-ol			EFSA“
---------	--------------------	------------	------	-------	-------------------------------------------------------------------	--	--	-------

g) Der Eintrag für FL-Nr. 05.057 erhält folgende Fassung:

„05.057	Hexa-2(trans),4(trans)-dienal	142-83-6	1175	640				EFSA“
---------	-------------------------------	----------	------	-----	--	--	--	-------

h) Der Eintrag für FL-Nr. 05.064 erhält folgende Fassung:

„05.064	Trideca-2(trans),4(cis),7(cis)-trienal	13552-96-0	1198	685	Mindestens 71 %; sekundäre Komponenten 14 % 4-cis-7-cis-Tridecadienol; 6 % 3-cis-7-cis-Tridecadienol; 5 % 2-trans-7-cis-Tridecadienal; 3 % 2-trans-4-trans-7-cis-Tridecatrienal			EFSA“
---------	----------------------------------------	------------	------	-----	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	-------

i) Der Eintrag für FL-Nr. 05.071 erhält folgende Fassung:

„05.071	Nona-2,4-dienal	6750-03-4	1185	732	Mindestens 89 %; sekundäre Komponenten 5-6 % 2,4-Nonadien-1-ol und 1-2 % 2-Nonen-1-ol			EFSA“
---------	-----------------	-----------	------	-----	---------------------------------------------------------------------------------------	--	--	-------

j) Der Eintrag für FL-Nr. 05.081 erhält folgende Fassung:

„05.081	2,4-Decadienal	2363-88-4	3135	2120	Mindestens 89 %; sekundäre Komponenten: Mischung aus den (cis, cis)-; (cis, trans)- und (trans, cis)-2,4-Decadienalen (Summe aller Isomere 95 %); Aceton und Isopropanol			EFSA“
---------	----------------	-----------	------	------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	-------

k) Der Eintrag für FL-Nr. 05.084 erhält folgende Fassung:

„05.084	Hepta-(2E,4E)-dienal	4313-03-5	1179	729	Mindestens 92 %; sekundäre Komponenten 2-4 % (E, Z)-2,4-Heptadienal und 2-4 % 2,4-Heptadiensäure			EFSA“
---------	----------------------	-----------	------	-----	--------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	-------

l) Der Eintrag für FL-Nr. 05.101 erhält folgende Fassung:

„05.101	Penta-2,4-dienal	764-40-9	1173	11695				EFSA“
---------	------------------	----------	------	-------	--	--	--	-------

m) Der Eintrag für FL-Nr. 05.106 erhält folgende Fassung:

„05.106	Myrtenal	564-94-3	980	10379				EFSA“
---------	----------	----------	-----	-------	--	--	--	-------

n) Der Eintrag für FL-Nr. 05.108 erhält folgende Fassung:

„05.108	Undeca-2,4-dienal	13162-46-4	1195	10385				EFSA“
---------	-------------------	------------	------	-------	--	--	--	-------

o) Der Eintrag für FL-Nr. 05.125 erhält folgende Fassung:

„05.125	Dodeca-(2E,4E)-dienal	21662-16-8	1196	11758	Mindestens 85 %; sekundäre Komponente 11-12 % 2-trans-4-cis-Isomer			EFSA“
---------	-----------------------	------------	------	-------	--------------------------------------------------------------------	--	--	-------

p) Der Eintrag für FL-Nr. 05.127 erhält folgende Fassung:

„05.127	Octa-2(trans),4(trans)-dienal	30361-28-5	1181	11805				EFSA“
---------	-------------------------------	------------	------	-------	--	--	--	-------

q) Der Eintrag für FL-Nr. 05.140 erhält folgende Fassung:

„05.140	Deca-2(trans),4(trans)-dienal	25152-84-5	1190	2120	Mindestens 90 % des (E,E)-Isomers; 95 % (Summe der Isomere)			EFSA“
---------	-------------------------------	------------	------	------	-------------------------------------------------------------	--	--	-------

r) Der Eintrag für FL-Nr. 05.141 erhält folgende Fassung:

„05.141	Deca-2,4,7-trienal	51325-37-2	1786					EFSA“
---------	--------------------	------------	------	--	--	--	--	-------

s) Der Eintrag für FL-Nr. 05.173 erhält folgende Fassung:

„05.173	Nona-(2E,4E,6E)-trienal	57018-53-8	1785					EFSA“
---------	-------------------------	------------	------	--	--	--	--	-------

t) Der Eintrag für FL-Nr. 05.186 erhält folgende Fassung:

„05.186	2,4-Octadienal	5577-44-6		11805	Mindestens 85 % E,E mit 10 % E,Z			EFSA“
---------	----------------	-----------	--	-------	----------------------------------	--	--	-------

u) Der Eintrag für FL-Nr. 05.194 erhält folgende Fassung:

„05.194	(2E,4E)-Nona-2,4-dienal	5910-87-2		732	Mindestens 89 %; sekundäre Komponenten mindestens 5 % 2,4-Nonadien-1-ol und 2-Nonen-1-ol und andere Isomere von 2,4-Nonadienal			EFSA“
---------	-------------------------	-----------	--	-----	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	-------

v) Der Eintrag für FL-Nr. 05.196 erhält folgende Fassung:

„05.196	(2E,4E)-Undeca-2,4-dienal							EFSA“
---------	---------------------------	--	--	--	--	--	--	-------

w) Der Eintrag für FL-Nr. 09.278 erhält folgende Fassung:

„09.278	p-Mentha-1,8-dien-7-ylacetat	15111-96-3	975	10742				EFSA“
---------	------------------------------	------------	-----	-------	--	--	--	-------

x) Der Eintrag für FL-Nr. 09.302 erhält folgende Fassung:

„09.302	Myrtenylacetat	35670-93-0	982	10887				EFSA“
---------	----------------	------------	-----	-------	--	--	--	-------

y) Der Eintrag für FL-Nr. 09.573 erhält folgende Fassung:

„09.573	Hexa-2,4-dienylacetat	1516-17-2	1780	10675				EFSA“
---------	-----------------------	-----------	------	-------	--	--	--	-------

**VERORDNUNG (EU) 2022/1466 DER KOMMISSION****vom 5. September 2022****zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Streichung bestimmter Aromastoffe aus der Unionsliste****(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über Aromen und bestimmte Lebensmittelzutaten mit Aromaeigenschaften zur Verwendung in und auf Lebensmitteln sowie zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1601/91 des Rates, der Verordnungen (EG) Nr. 2232/96 und (EG) Nr. 110/2008 und der Richtlinie 2000/13/EG <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 11 Absatz 3,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1331/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über ein einheitliches Zulassungsverfahren für Lebensmittelzusatzstoffe, -enzyme und -aromen <sup>(2)</sup>, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 enthält eine Unionsliste der für die Verwendung in und auf Lebensmitteln zugelassenen Aromen und Ausgangsstoffe mit den Bedingungen für ihre Verwendung.
- (2) Mit der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 872/2012 der Kommission <sup>(3)</sup> wurde die Liste der Aromastoffe festgelegt und in Anhang I Teil A der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 aufgenommen.
- (3) Diese Liste kann nach dem einheitlichen Verfahren gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1331/2008 auf Initiative der Kommission oder auf Antrag eines Mitgliedstaats oder einer betroffenen Person aktualisiert werden.
- (4) Die Unionsliste der Aromen und Ausgangsstoffe in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 enthält unter anderem eine Reihe von Aromastoffen, für die die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (im Folgenden „Behörde“) zum Zeitpunkt der Annahme der Liste durch die Verordnung (EU) Nr. 872/2012 auf der Grundlage der verfügbaren Daten ein etwaiges Sicherheitsrisiko für die Gesundheit der Verbraucher nicht ausschließen konnte und daher zusätzliche Daten für erforderlich hielt, um ihre Bewertung abzuschließen. Diese Stoffe wurden in die Unionsliste der Aromastoffe unter der Bedingung aufgenommen, dass die Sicherheitsdaten, welche die von der Behörde geäußerten Bedenken ausräumen, vor Ablauf der in Anhang I Teil A der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 festgelegten spezifischen Fristen vorgelegt werden. Die für das Inverkehrbringen der folgenden Stoffe als Aromastoffe verantwortlichen Unternehmer legten jedoch nicht die erforderlichen Daten vor und zogen ihre jeweiligen Anträge zurück: 1-(4-Methoxyphenyl)pent-1-en-3-on (FL-Nr. 07.030); Vanillylidenaceton (FL-Nr. 07.046); 1-(4-Methoxyphenyl)-4-methylpent-1-en-3-on (FL-Nr. 07.049); 4-(2,3,6-Trimethylphenyl)but-3-en-2-on (FL-Nr. 07.206); 6-Methyl-3-hepten-2-on (FL-Nr. 07.258); 5,6-Dihydro-3,6-dimethylbenzofuran-2(4H)-on (FL-Nr. 10.034); 5,6,7,7a-Tetrahydro-3,6-dimethylbenzofuran-2(4H)-on (FL-Nr. 10.036); 3,4-Dimethyl-5-pentylidenfuran-2(5H)-on (FL-Nr. 10.042); 2,7-Dimethylocta-5(trans),7-dieno-1,4-lacton (FL-Nr. 10.043); Hex-2-eno-1,4-lacton (FL-Nr. 10.046); Non-2-eno-1,4-lacton (FL-Nr. 10.054); 2-Decen-1,4-lacton (FL-Nr. 10.060); 5-Pentyl-3H-furan-2-on (FL-Nr. 10.170); Allyl-2-furoat (FL-Nr. 13.004); 3-(2-Furyl)acrylaldehyd (FL-Nr. 13.034); Furfuryliden-2-butanal (FL-Nr. 13.043); 4-(2-Furyl)but-3-en-2-on (FL-Nr. 13.044); 3-(2-Furyl)-2-methylprop-2-enal (FL-Nr. 13.046); 3-Acetyl-2,5-dimethylfuran (FL-Nr. 13.066); 3-Butylfuran (FL-Nr. 13.103), 3-(2-Furyl)-2-phenylprop-2-enal (FL-Nr. 13.137) und 3-(5-Methyl-2-furyl)prop-2-enal (FL-Nr. 13.150).

<sup>(1)</sup> ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 34.

<sup>(2)</sup> ABl. L 354 vom 31.12.2008, S. 1.

<sup>(3)</sup> Durchführungsverordnung (EU) Nr. 872/2012 der Kommission vom 1. Oktober 2012 zur Festlegung der Liste der Aromastoffe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2232/96 des Europäischen Parlaments und des Rates, zur Aufnahme dieser Liste in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1565/2000 der Kommission und der Entscheidung 1999/217/EG der Kommission. ABl. L 267 vom 2.10.2012, S. 1.

- (5) Diese Stoffe sollten daher aus der Unionsliste der Aromastoffe gestrichen werden.
- (6) Die Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 sollte daher entsprechend geändert werden.
- (7) Lebensmittel, denen einer der betreffenden Stoffe zugesetzt wurde und die in der Union in Verkehr gebracht oder aus Drittländern versandt wurden und die sich bereits vor Inkrafttreten dieser Verordnung auf dem Weg in die Union befanden, sollten bis zu ihrem Mindesthaltbarkeits- oder Verbrauchsdatum in der Union in Verkehr gebracht werden dürfen. Diese Übergangsmaßnahme sollte nicht für Zubereitungen gelten, denen einer der aufgeführten Stoffe zugesetzt wurde und die nicht als solche zum Verzehr bestimmt sind, da den Herstellern von Lebensmittelerzeugnissen, die diese Zubereitungen als Zutaten verwenden, deren Zusammensetzung bei ihrer Verwendung bekannt ist.
- (8) Die in der vorliegenden Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

#### *Artikel 1*

### **Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008**

Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 wird gemäß dem Anhang der vorliegenden Verordnung geändert.

#### *Artikel 2*

### **Übergangsmaßnahmen**

- (1) Lebensmittel, denen einer der im Anhang dieser Verordnung aufgeführten Aromastoffe zugesetzt wurde und die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung rechtmäßig in Verkehr gebracht wurden, dürfen bis zu ihrem Mindesthaltbarkeits- oder Verbrauchsdatum weiterhin in Verkehr gebracht werden.
- (2) Lebensmittel, die in die Union eingeführt werden und denen einer der im Anhang dieser Verordnung aufgeführten Aromastoffe zugesetzt wurde, dürfen bis zu ihrem Mindesthaltbarkeits- oder Verbrauchsdatum in Verkehr gebracht werden, wenn der Einführer dieser Lebensmittel nachweisen kann, dass sie aus dem betreffenden Drittland versandt wurden und sich auf dem Weg in die Union befanden, bevor diese Verordnung in Kraft trat.
- (3) Die in den Absätzen 1 und 2 genannten Übergangsmaßnahmen gelten nicht für Zubereitungen, die nicht als solche zum Verzehr bestimmt sind und denen einer der im Anhang dieser Verordnung aufgeführten Aromastoffe zugesetzt wurde.
- (4) Zubereitungen im Sinne dieser Verordnung sind Gemische aus einem oder mehreren Aromen, denen auch andere Lebensmittelzutaten wie Lebensmittelzusatzstoffe, Lebensmittelenzyme oder Trägerstoffe zugesetzt werden können, um ihre Lagerung, ihren Verkauf, ihre Standardisierung, ihre Verdünnung oder ihre Lösung zu erleichtern.

#### *Artikel 3*

### **Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in den Mitgliedstaaten.

Brüssel, den 5. September 2022

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN

---

ANHANG

In Anhang I Teil A der Verordnung (EG) Nr. 1334/2008 werden folgende Einträge gestrichen:

„07.030	1-(4-Methoxyphenyl)pent-1-en-3-on	104-27-8	826	164			2	EFSA
07.046	Vanillylidenaceton	1080-12-2	732	691			2	EFSA
07.049	1-(4-Methoxyphenyl)-4-methylpent-1-en-3-on	103-13-9	829	719			2	EFSA
07.206	4-(2,3,6-Trimethylphenyl)but-3-en-2-on	56681-06-2					2	EFSA
07.258	6-Methyl-3-hepten-2-on	2009-74-7					1	EFSA
10.034	5,6-Dihydro-3,6-dimethylbenzofuran-2(4H)-on	80417-97-6	1163				2	EFSA
10.036	5,6,7,7a-Tetrahydro-3,6-dimethylbenzofuran-2(4H)-on	13341-72-5	1162				2	EFSA
10.042	3,4-Dimethyl-5-pentylidenfuran-2(5H)-on	774-64-1		11873	Mindestens 93 %; sekundäre Komponente 1-2 % 3,4-Dimethyl 5-ketobutansäure-gamma-lacton		2	EFSA
10.043	2,7-Dimethylocta-5(trans),7-dieno-1,4-lacton	78548-56-8					2	EFSA
10.046	Hex-2-eno-1,4-lacton	2407-43-4					2	EFSA
10.054	Non-2-eno-1,4-lacton	21963-26-8					2	EFSA
10.060	2-Decen-1,4-lacton	2518-53-8					2	EFSA
10.170	5-Pentyl-3H-furan-2-on	51352-68-2	1989		Mischung aus 3H- und 5H-Isomeren (2:1)		2	EFSA
13.004	Allyl-2-furoat	4208-49-5	21	360			2	EFSA
13.034	3-(2-Furyl)acrylaldehyd	623-30-3	1497				1	EFSA
13.043	Furfuryliden-2-butanal	770-27-4	1501	11885			1	EFSA
13.044	4-(2-Furyl)but-3-en-2-on	623-15-4	1511	11838			1	EFSA
13.046	3-(2-Furyl)-2-methylprop-2-enal	874-66-8	1498	11878			1	EFSA
13.066	3-Acetyl-2,5-dimethylfuran	10599-70-9	1506	10921			4	EFSA
13.103	2-Butylfuran	4466-24-4	1490	10927			3	EFSA
13.137	3-(2-Furyl)-2-phenylprop-2-enal	65545-81-5	1502	11928			1	EFSA
13.150	3-(5-Methyl-2-furyl)prop-2-enal	5555-90-8	1499				1	EFSA“

**DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2022/1467 DER KOMMISSION****vom 5. September 2022****zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2015/2378 bezüglich der Standardformblätter und elektronischen Formate, die im Zusammenhang mit der Richtlinie 2011/16/EU des Rates zu verwenden sind, sowie der Liste der von den Mitgliedstaaten zwecks Bewertung der Richtlinie zu übermittelnden statistischen Angaben**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Richtlinie 2011/16/EU des Rates vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Richtlinie 77/779/EWG <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 20 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Richtlinie 2011/16/EU wurde durch die Richtlinie (EU) 2021/514 <sup>(2)</sup> geändert, um Bestimmungen, die alle Formen des Informationsaustauschs und der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden betreffen, zu verbessern, indem der verpflichtende automatische Austausch der von Plattformbetreibern gemeldeten Informationen eingeführt wurde.
- (2) Die Durchführungsverordnung (EU) 2015/2378 der Kommission <sup>(3)</sup> sollte daher an diese Änderungen angepasst werden. Der automatische Informationsaustausch nach Artikel 8ac Absatz 2 der Richtlinie 2011/16/EU sollte unter Verwendung eines elektronischen Standardformats erfolgen.
- (3) Außerdem müssen im Einklang mit der Richtlinie 2011/16/EU die praktischen Modalitäten für die Registrierung und die Identifizierung bestimmter meldender Plattformbetreiber gemäß Artikel 8ac Absatz 4 festgelegt werden.
- (4) Gemäß Artikel 8ac Absatz 6 der Richtlinie 2011/16/EU sollte ein zentrales Register eingerichtet werden, in dem die gemäß Artikel 8ac Absatz 5 zu übermittelnden Informationen und gemäß Anhang V Abschnitt IV Unterabschnitt F Nummern 2 und 4 übermittelte Informationen erfasst werden. Dieses zentrale Register sollte den zuständigen Behörden aller Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden. Für die Übermittlung und Erfassung dieser Informationen sollte ein Standardformblatt verwendet werden.
- (5) Artikel 23 Absatz 4 der Richtlinie 2011/16/EU sieht eine Liste statistischer Angaben vor, die die Mitgliedstaaten zur Bewertung der Richtlinie vorlegen müssen. Aus Gründen der Kohärenz und der Rechtssicherheit sollte der Geltungsbeginn dieser Verordnung an den in Artikel 2 Absatz 1 Unterabsatz 2 der Richtlinie (EU) 2021/514 vorgesehenen Geltungsbeginn angepasst werden.
- (6) Der Europäische Datenschutzbeauftragte wurde gemäß Artikel 42 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(4)</sup> zu den in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen angehört.
- (7) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ausschusses für die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Steuerbereich —

<sup>(1)</sup> ABl. L 64 vom 11.3.2011, S. 1.

<sup>(2)</sup> Richtlinie (EU) 2021/514 des Rates vom 22. März 2021 zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung (ABl. L 104 vom 25.3.2021, S. 1).

<sup>(3)</sup> Durchführungsverordnung (EU) 2015/2378 der Kommission vom 15. Dezember 2015 zur Festlegung von Durchführungsbestimmungen zu bestimmten Artikeln der Richtlinie 2011/16/EU des Rates über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1156/2012 (ABl. L 332 vom 18.12.2015, S. 1).

<sup>(4)</sup> Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

### Artikel 1

Die Durchführungsverordnung (EU) 2015/2378 wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Das elektronische Format, über das der verpflichtende automatische Informationsaustausch gemäß Artikel 8ac Absatz 2 der Richtlinie 2011/16/EU zu erfolgen hat, erfüllt die Anforderungen in Anhang XIV dieser Verordnung.“

2. In Artikel 2d Absatz 1 wird folgender Unterabsatz angefügt:

„Die Liste der für den verpflichtenden automatischen Informationsaustausch gemäß Artikel 8ac der Richtlinie 2011/16/EU benötigten statistischen Angaben ist in Anhang XV dieser Verordnung festgelegt.“

3. Folgender Artikel 2f wird eingefügt:

„Artikel 2f

#### **Standardformblätter für die Übermittlung von Informationen über freigestellte Plattformbetreiber und nicht in der EU ansässige Plattformbetreiber an das zentrale Register, Format der individuellen Identifikationsnummer für die nicht in der EU ansässigen Plattformbetreiber und Aufbewahrungsfrist für aus dem zentralen Register gelöschte Informationen**

(1) Das Formblatt, das für die Übermittlung von Informationen über freigestellte Plattformbetreiber und nicht in der EU ansässige Plattformbetreiber an das zentrale Register gemäß Artikel 8ac Absatz 6 der Richtlinie 2011/16/EU zu verwenden ist, entspricht Anhang XVI dieser Verordnung.

(2) Die Schlüsselemente, die in dem zentralen Register gemäß Artikel 8ac Absatz 6 der Richtlinie 2011/16/EU zu erfassen sind, sind die in Anhang V Abschnitt IV Unterabschnitt F Nummern 2 und 4 der genannten Richtlinie und in Anhang XVI der vorliegenden Verordnung aufgeführten Angaben. Die Einrichtung des zentralen Registers und die Verarbeitung personenbezogener Daten im zentralen Register durch die Kommission im Namen der zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten erfolgen im Einklang mit der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates (\*) und der Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates (\*\*). Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten gelten als für die Verarbeitung Verantwortliche, und die Kommission gilt als Auftragsverarbeiterin im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679.

(3) Das Format der individuellen Identifikationsnummer für nicht in der EU ansässige Plattformbetreiber im Sinne von Artikel 8ac Absatz 4 der Richtlinie 2011/16/EU ist in Anhang XVI dieser Verordnung festgelegt.

(4) Die Aufbewahrungsfrist für die aus dem zentralen Register gelöschten Informationen gemäß Anhang V Abschnitt IV Unterabschnitt F Nummer 5 Buchstabe d und Artikel 8ac Absatz 5 der Richtlinie 2011/16/EU sind in Anhang XVI der vorliegenden Verordnung festgelegt.

(\*) Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1).

(\*\*) Verordnung (EU) 2018/1725 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 und des Beschlusses Nr. 1247/2002/EG (ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 39).“.

4. Die Anhänge I, IX und X werden durch den Text in Anhang I der vorliegenden Verordnung ersetzt.

5. Anhang V wird durch Anhang II dieser Verordnung geändert.

6. Die Anhänge XIV, XV und XVI werden gemäß Anhang III dieser Verordnung angefügt.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Sie gilt ab dem 1. Januar 2023.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 5. September 2022

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN

---

## ANHANG I

Die Anhänge I, IX und X erhalten folgende Fassung:

## „ANHANG I

**Formblatt gemäß Artikel 1 Absatz 2**

Das Formblatt für Ersuchen um Informationen und um behördliche Ermittlungen gemäß Artikel 5 und Artikel 5a der Richtlinie 2011/16/EU sowie für die gemäß Artikel 7 der Richtlinie 2011/16/EU erfolgenden Antworten, Empfangsbestätigungen, Ersuchen um zusätzliche Hintergrundinformationen und Mitteilungen, dass die ersuchte Behörde zur Beantwortung des Ersuchens nicht in der Lage ist oder eine Beantwortung ablehnt, enthält die folgenden Felder <sup>(1)</sup>:

- Rechtsgrundlage
- Referenznummer
- Datum
- Bezeichnung der ersuchenden und der ersuchten Behörde
- Bezeichnung der Person, der die Untersuchung oder Ermittlung gilt
- Allgemeine Beschreibung des Falls und gegebenenfalls spezielle Hintergrundinformationen, mit denen die voraussichtliche Erheblichkeit der gewünschten Informationen für die Anwendung und die Durchsetzung des nationalen Rechts der Mitgliedstaaten hinsichtlich der in Artikel 2 der Richtlinie 2011/16/EU genannten Steuern beurteilt werden kann
- Steuerlicher Zweck, zu dem die Informationen beantragt werden
- Untersucher Zeitraum
- Name und Anschrift jeder Person, von der angenommen wird, dass sie über die gewünschten Informationen verfügt
- Erfüllung der rechtlichen Verpflichtung nach Artikel 16 Absatz 1 der Richtlinie 2011/16/EU
- Erfüllung der rechtlichen Verpflichtung nach Artikel 17 Absatz 1 der Richtlinie 2011/16/EU
- Begründetes Ersuchen um eine bestimmte behördliche Ermittlung und Gründe für eine Verweigerung der bestimmten behördlichen Ermittlung
- Bestätigung des Empfangs des Informationsersuchens
- Ersuchen um zusätzliche Hintergrundinformationen
- Gründe, weshalb die ersuchte Behörde zur Beantwortung des Informationsersuchens nicht in der Lage ist oder eine Beantwortung ablehnt
- Gründe, die einer fristgerechten Antwort entgegenstehen, und Zeitpunkt, bis zu dem die ersuchte Behörde dem Ersuchen voraussichtlich nachkommen kann
- Ausführliche Beschreibung der Gruppe.“

## „ANHANG IX

**Liste gemäß Artikel 2d**

Die für alle Formen der Verwaltungszusammenarbeit außer dem verpflichtenden automatischen Informationsaustausch gemäß Artikel 23 Absatz 4 der Richtlinie 2011/16/EU benötigten statistischen Angaben umfassen folgende Informationen:

- Angabe des Mitgliedstaats
- Jahr
- Teil A: Nach Mitgliedstaaten aufgeschlüsselte statistische Angaben zum Informationsaustausch
  - zum Informationsaustausch auf Ersuchen (Artikel 5, 6 und 7 der Richtlinie 2011/16/EU)
    - Anzahl der übermittelten Ersuchen
    - Anzahl der eingegangenen Antworten

<sup>(1)</sup> Das Formblatt für einen bestimmten Fall muss jedoch nur die tatsächlich ausgefüllten Felder enthalten.

- Anzahl der innerhalb der gesetzlichen Frist eingegangenen vollumfänglichen Antworten
- Anzahl der Antworten, bei denen (alle oder ein Teil der) Informationen innerhalb von zwei Monaten eingegangen sind
- Anzahl der eingegangenen Ersuchen
- Anzahl der übermittelten Antworten
- Anzahl der Ablehnungen gemäß Artikel 17 der Richtlinie 2011/16/EU
- zum Informationsaustausch auf ein auf eine Gruppe bezogenes Ersuchen (Artikel 5a der Richtlinie 2011/16/EU)
  - Anzahl der übermittelten gruppenbezogenen Ersuchen
  - Anzahl der eingegangenen gruppenbezogenen Antworten
  - Anzahl der innerhalb der gesetzlichen Frist eingegangenen vollumfänglichen gruppenbezogenen Antworten
  - Anzahl der gruppenbezogenen Antworten, bei denen (alle oder ein Teil der) Informationen innerhalb von zwei Monaten eingegangen sind
  - Anzahl der eingegangenen gruppenbezogenen Ersuchen
  - Anzahl der übermittelten gruppenbezogenen Antworten
  - Anzahl der Ablehnungen von gruppenbezogenen Ersuchen gemäß Artikel 17 der Richtlinie 2011/16/EU
- zum spontanen Informationsaustausch (Artikel 9 und 10 der Richtlinie 2011/16/EU)
  - Anzahl der spontanen Informationsübermittlungen
  - Anzahl der spontanen Informationseingänge
- Teil B: Statistiken zu anderen Formen der Verwaltungszusammenarbeit
  - zur Anwesenheit in den Amtsräumen von Behörden und zur Teilnahme an behördlichen Ermittlungen (Artikel 11 der Richtlinie 2011/16/EU)
    - Anzahl der eingehenden Anträge auf Anwesenheit in den Amtsräumen der Behörden und auf Teilnahme an behördlichen Ermittlungen
    - Anzahl der ausgehenden Anträge auf Anwesenheit in den Amtsräumen der Behörden und auf Teilnahme an behördlichen Ermittlungen
  - zu gleichzeitigen Prüfungen (Artikel 12 der Richtlinie 2011/16/EU)
    - Anzahl der vom betreffenden Mitgliedstaat eingeleiteten gleichzeitigen Prüfungen
    - Anzahl der gleichzeitigen Prüfungen, an denen der betreffende Mitgliedstaat beteiligt war
  - zu Zustellungsersuchen (Artikel 13 der Richtlinie 2011/16/EU)
    - Anzahl der übermittelten Zustellungsersuchen
    - Anzahl der eingegangenen Zustellungsersuchen
  - zu Rückmeldungen (Artikel 14 der Richtlinie 2011/16/EU)
    - Anzahl der übermittelten Bitten um Rückmeldung
    - Anzahl der eingegangenen Rückmeldungen
    - Anzahl der eingegangenen Bitten um Rückmeldung
    - Anzahl der übermittelten Rückmeldungen
- Teil C: Statistiken zu den geschätzten Mehreinnahmen oder zum Anstieg der festgesetzten Steuern durch Verwaltungszusammenarbeit. Die hier genannten Angaben sind freiwillig.
  - Infolge des Informationsaustauschs auf Ersuchen
  - infolge des spontanen Informationsaustauschs
  - infolge gleichzeitiger Prüfungen
  - Gesamtbetrag und Zahl der Fälle.“

## „ANHANG X

**Liste gemäß Artikel 2d**

Die für den verpflichtenden automatischen Informationsaustausch gemäß Artikel 23 Absatz 4 der Richtlinie 2011/16/EU benötigten statistischen Angaben zu den in Artikel 8 Absatz 1 dieser Richtlinie genannten Arten von Einkünften und Vermögen umfassen folgende Informationen:

- Für alle Arten der in Artikel 8 Absatz 1 der Richtlinie 2011/16/EU genannten Einkünfte und Vermögen: Statistiken zu Meldungen und Steuerpflichtigen
  - bei Vergütungen aus unselbständiger Arbeit sowie Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen: Statistiken zu Meldungen und Empfängern, Meldungen und Zahlungsleistenden, Empfängern und Rechtsverhältnissen, Zahlungsleistenden und Rechtsverhältnissen, Empfängern und Einkünften
  - bei Ruhegehältern: Statistiken zu Meldungen und Empfängern, Meldungen und Zahlungsleistenden, Empfängern, Zahlungsleistenden, Systemen, Einkünften
  - bei Lebensversicherungsprodukten: Statistiken zu Meldung und Police, Gesamtpolice, Ereignis
  - bei Eigentum an unbeweglichem Vermögen und Einkünften daraus: Statistiken zu Meldungen und Parteien, Parteien insgesamt, Anzahl und Wert der Vermögensgegenstände, Anzahl und Wert der Transaktionen, Anzahl und Wert der Darlehensereignisse, Anzahl der Rechte und Wert der Einkünfte daraus
  - bei Einkünften aus Lizenzgebühren: Statistiken zu Meldungen und Empfängern, Meldungen und Zahlungsleistenden, Empfängern und Einkünften
  - bei Statusmeldungen: Statistiken zu Statusmeldungen, Fehler bei Statusmeldungen
  - bei Nulldatenmeldungen: Statistiken zu Nulldatenmeldungen.“
-

*ANHANG II*

Anhang V Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„(b) im Teil für die Übermittlung von Informationen über Vergütungen aus unselbständiger Arbeit, Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen oder Einkünfte aus Lizenzgebühren:“

---

## ANHANG III

Folgende Anhänge XIV, XV und XVI werden angefügt:

## „ANHANG XIV

**Elektronisches Format gemäß Artikel 2 Absatz 3**

Das elektronische Format für den verpflichtenden automatischen Informationsaustausch gemäß Artikel 8ac Absatz 2 der Richtlinie 2011/16/EU weist folgende Baumstruktur auf und enthält folgende Elemente und Attribute (1):

```
<?xml version="1.0" encoding="UTF-8"?>

<!-- edited with XMLSpy v2021 (x64) (http://www.altova.com) by Romane Dragozis (ARHS Developments S.A.) -->

<xsd:schema xmlns:dpi="urn:oe.cd:ties:dpi:v1" xmlns:xsd="http://www.w3.org/2001/XMLSchema" xmlns:stf="urn:oe.cd:ties:
dpistf:v1" xmlns:iso="urn:oe.cd:ties:isodpitypes:v1" targetNamespace="urn:oe.cd:ties:dpi:v1" elementFormDefault="qualified"
attributeFormDefault="unqualified" version="1.0">

    <xsd:import namespace="urn:oe.cd:ties:isodpitypes:v1" schemaLoca-
tion="isodpitypes_v1.0.xsd"/>

    <xsd:import namespace="urn:oe.cd:ties:dpistf:v1" schemaLocation="
oe.cddpitypes_v1.0.xsd"/>

    <!--+++++ Reusable Simple types +++++>
    <!-- Message type definitions -->
    <!-- -->

    <xsd:simpleType name="MessageType_EnumType">
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation xml:lang="en">Message type defines the
type of reporting.</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
        <xsd:restriction base="xsd:string">
            <xsd:enumeration value="DPI">
                <xsd:annotation>
                    <xsd:documentation>This type defines the
messages to be exchanged under the OECD Model Rules and [EU Specific] [EU DIR2021/514].</xsd:documentation>
                </xsd:annotation>
            </xsd:enumeration>
        </xsd:restriction>
    </xsd:simpleType>

```

(1) Im hier verwendeten elektronischen Format müssen jedoch – abgesehen davon, dass die Sorgfalts- und Meldevorschriften gemäß Anhang V Abschnitte II und III der Richtlinie 2011/16/EU des Rates in der durch die Richtlinie (EU) 2021/514 des Rates geänderten Fassung zu beachten sind – nur die im betreffenden Fall tatsächlich relevanten Elemente und Attribute enthalten sein.

```

        </xsd:annotation>
    </xsd:enumeration>
</xsd:restriction>
</xsd:simpleType>
<!-- MessageTypeIndic - 4 -->
<xsd:simpleType name="DPIMessageTypeIndic_EnumType">
    <xsd:annotation>
        <xsd:documentation xml:lang="en">The MessageTypeIndic
defines the type of message sent.</xsd:documentation>
    </xsd:annotation>
    <xsd:restriction base="xsd:string">
        <xsd:enumeration value="DPI401">
            <xsd:annotation>
                <xsd:documentation>The message contains new
(including additional) information.</xsd:documentation>
            </xsd:annotation>
        </xsd:enumeration>
        <xsd:enumeration value="DPI402">
            <xsd:annotation>
                <xsd:documentation>The message contains corrections
for previously sent information.</xsd:documentation>
            </xsd:annotation>
        </xsd:enumeration>
        <xsd:enumeration value="DPI403">
            <xsd:annotation>
                <xsd:documentation>The message advises that
there is no data to report.</xsd:documentation>
            </xsd:annotation>
        </xsd:enumeration>
    </xsd:restriction>

```

```

</xsd:simpleType>

<!-- -->

<xsd:simpleType name="INType_EnumType">
  <xsd:annotation>
    <xsd:documentation xml:lang="en">The INType defines the
type of identification number being sent.</xsd:documentation>
  </xsd:annotation>
  <xsd:restriction base="xsd:string">
    <xsd:enumeration value="LEI">
      <xsd:annotation>
        <xsd:documentation>Legal Entity Identifier</xsd:
documentation>
      </xsd:annotation>
    </xsd:enumeration>
    <xsd:enumeration value="EIN">
      <xsd:annotation>
        <xsd:documentation>Entity Identification
Number</xsd:documentation>
      </xsd:annotation>
    </xsd:enumeration>
    <xsd:enumeration value="IIN">
      <xsd:annotation>
        <xsd:documentation>Individual Identification Number</xsd:
documentation>
      </xsd:annotation>
    </xsd:enumeration>
    <xsd:enumeration value="BRN">
      <xsd:annotation>
        <xsd:documentation>Business Registration Number</xsd:
documentation>
      </xsd:annotation>
    </xsd:enumeration>
  </xsd:restriction>
</xsd:simpleType>

```

```
</xsd:enumeration>
<xsd:enumeration value="Other">
  <xsd:annotation>
<xsd:documentation>Other</xsd:documentation>
  </xsd:annotation>
</xsd:enumeration>
</xsd:restriction>
</xsd:simpleType>
<!-- -->
<!--DPI Property Type -->
<xsd:simpleType name="DPIPropertyType_EnumType">
<xsd:annotation>
  <xsd:documentation xml:lang="en">Main business activities
</xsd:documentation>
</xsd:annotation>
<xsd:restriction base="xsd:string">
  <xsd:enumeration value="DPI901">
    <xsd:annotation>
<xsd:documentation>Office</xsd:documentation>
    </xsd:annotation>
  </xsd:enumeration>
  <xsd:enumeration value="DPI902">
    <xsd:annotation>
<xsd:documentation>Hotel room</xsd:documentation>
    </xsd:annotation>
  </xsd:enumeration>
  <xsd:enumeration value="DPI903">
```

*xsd:documentation*>

<xsd:annotation>

<xsd:documentation>Bed and Breakfast room</

</xsd:annotation>

</xsd:enumeration>

<xsd:enumeration value="DPI904">

<xsd:annotation>

<xsd:documentation>House</xsd:documentation>

</xsd:annotation>

</xsd:enumeration>

<xsd:enumeration value="DPI905">

<xsd:annotation>

<xsd:documentation>Apartment</xsd:documentation>

</xsd:annotation>

</xsd:enumeration>

<xsd:enumeration value="DPI906">

<xsd:annotation>

<xsd:documentation>Mobile Home</xsd:documentation>

</xsd:annotation>

</xsd:enumeration>

<xsd:enumeration value="DPI907">

<xsd:annotation>

<xsd:documentation>Campground</xsd:documentation>

</xsd:annotation>

</xsd:enumeration>

<xsd:enumeration value="DPI908">

<xsd:annotation>

```
<xsd:documentation>Boat</xsd:documentation>
    </xsd:annotation>
</xsd:enumeration>
<xsd:enumeration value="DPI909">
    <xsd:annotation>
<xsd:documentation>Parking Space</xsd:documentation>
    </xsd:annotation>
</xsd:enumeration>
<xsd:enumeration value="DPI910">
    <xsd:annotation>
<xsd:documentation>Other</xsd:documentation>
    </xsd:annotation>
</xsd:enumeration>
</xsd:restriction>
</xsd:simpleType>
<!-- -->
<!--DPI Nexus Type -->
<xsd:simpleType name="Nexus_EnumType">
<xsd:annotation>
    <xsd:documentation xml:lang="en">The reason for which the
information will be filled to the competent authority of the EU Member State.
    </xsd:documentation>
</xsd:annotation>
<xsd:restriction base="xsd:string">
    <xsd:enumeration value="RPONEX1">
    <xsd:annotation>
    <xsd:documentation>The Reporting Platform
Operator is resident for tax purposes in the EU Member State.</xsd:documentation>
```

</xsd:annotation>

</xsd:enumeration>

<xsd:enumeration value="RPONEX2">

<xsd:annotation>

<xsd:documentation>The Reporting Platform Operator does not have a residence for tax purposes but it is incorporated under the laws of the EU Member State.</xsd:documentation>

</xsd:annotation>

</xsd:enumeration>

<xsd:enumeration value="RPONEX3">

<xsd:annotation>

<xsd:documentation>The Reporting Platform Operator does not have a residence for tax purposes but it has its place of management (including effective management) in the EU Member State.</xsd:documentation>

</xsd:annotation>

</xsd:enumeration>

<xsd:enumeration value="RPONEX4">

<xsd:annotation>

<xsd:documentation>The Reporting Platform Operator does not have a residence for tax purposes but it has a permanent establishment in the EU Member State and it is not a Qualified Non-Union Platform Operator.</xsd:documentation>

</xsd:annotation>

</xsd:enumeration>

<xsd:enumeration value="RPONEX5">

<xsd:annotation>

<xsd:documentation>The Reporting Platform Operator is neither resident for tax purposes, nor incorporated or managed in the EU Member State, nor has a permanent establishment in the EU Member State but it facilitates the carrying out of a Relevant Activity by Reportable Sellers or a Relevant Activity involving the rental of immovable property located in the EU Member State and it is not a Qualified Non-Union Platform Operator.</xsd:documentation>

</xsd:annotation>

</xsd:enumeration>

</xsd:restriction>

```

</xsd:simpleType>

<!-- -->

<!-- -->

types ++++++ Reusable Complex
+++++ -->

<!-- -->

<!--The Name of a Party, given in fixed Form-->

<xsd:complexType name="NamePerson_Type">

<xsd:annotation>

<xsd:documentation xml:lang="en">The user must spread the
data about the name of a party over up to six elements. The container element for this will be 'NameFix'. </xsd:documentation>

</xsd:annotation>

<xsd:sequence>

<xsd:element name="PrecedingTitle" type="stf:
StringMin1Max200_Type" minOccurs="0">

<xsd:annotation>

<xsd:documentation xml:lang="en">His
Excellency,Estate of the Late ...</xsd:documentation>

</xsd:annotation>

</xsd:element>

<xsd:element name="Title" type="stf:
StringMin1Max200_Type" minOccurs="0" maxOccurs="unbounded">

<xsd:annotation>

<xsd:documentation xml:lang="en">Greeting
title. Example: Mr, Dr, Ms, Herr, etc. Can have multiple titles.</xsd:documentation>

</xsd:annotation>

</xsd:element>

<xsd:element name="FirstName">

<xsd:annotation>

<xsd:documentation xml:lang="
en">FirstName of the person</xsd:documentation>

```



`<xsd:documentation xml:lang="en">Defines the name type of Middle Name. Example: First name, middle name, maiden name, father's name, given name, etc.`

`</xsd:documentation>`

`</xsd:annotation>`

`</xsd:attribute>`

`</xsd:extension>`

`</xsd:simpleContent>`

`</xsd:complexType>`

`</xsd:element>`

`<xsd:element name="NamePrefix" minOccurs="0">`

`<xsd:annotation>`

`<xsd:documentation xml:lang="en">de, van, van de, von, etc. Example: Derick de Clarke</xsd:documentation>`

`</xsd:annotation>`

`<xsd:complexType>`

`<xsd:simpleContent>`

`<xsd:extension base="stf:StringMin1Max200_Type">`

`<xsd:attribute name="xmlNameType" type="stf:StringMin1Max200_Type">`

`<xsd:annotation>`

`<xsd:documentation xml:lang="en">Defines the type of name associated with the NamePrefix. For example the type of name is LastName and this prefix is the prefix for this last name.`

`</xsd:documentation>`

`</xsd:annotation>`

`</xsd:attribute>`

`</xsd:extension>`

`</xsd:simpleContent>`

`</xsd:complexType>`

```

        </xsd:element>
        <xsd:element name="LastName">
            <xsd:annotation>
                <xsd:documentation xml:lang="en">Represents the position of the name in a name string. Can be Given Name, Forename, Christian Name, Surname, Family Name, etc. Use the attribute "NameType" to define what type this name is.
                In case of a company, this field can be used for the company name.</xsd:documentation>
            </xsd:annotation>
            <xsd:complexType>
                <xsd:simpleContent>
                    <xsd:extension base="stf:
StringMin1Max200_Type">
                    <xsd:attribute name="xmlNameType" type="stf:
StringMin1Max200_Type">
                        <xsd:annotation>
                            <xsd:documentation xml:lang="en">Defines the name type of
LastName. Example: Father's name, Family name, Surname, Mother's Name, etc. In some countries, LastName could be the given
name or first name.
                        </xsd:documentation>
                    </xsd:annotation>
                </xsd:attribute>
            </xsd:extension>
        </xsd:simpleContent>
    </xsd:complexType>
</xsd:element>
<xsd:element name="GenerationIdentifier" type="stf:
StringMin1Max200_Type" minOccurs="0" maxOccurs="unbounded">
    <xsd:annotation>
        <xsd:documentation xml:lang="en">Jnr, Thr
Third, III</xsd:documentation>
    </xsd:annotation>
</xsd:element>

```

```

StringMin1Max200_Type" minOccurs="0" maxOccurs="unbounded">
    <xsd:element name="Suffix" type="stf:
    <xsd:annotation>
    <xsd:documentation xml:lang="en">Could be
compressed initials - PhD, VC, QC</xsd:documentation>
    </xsd:annotation>
</xsd:element>
StringMin1Max200_Type" minOccurs="0">
    <xsd:element name="GeneralSuffix" type="stf:
    <xsd:annotation>
    <xsd:documentation xml:lang="en">Deceased,
Retired ...</xsd:documentation>
    </xsd:annotation>
</xsd:element>
</xsd:sequence>
pe_EnumType" use="optional">
    <xsd:attribute name="nameType" type="stf:OECDNameTy-
    <xsd:annotation>
    <xsd:documentation xml:lang="en">It is possible for
STF documents to contain several names for the same party. This attribute is a qualifier to indicate the type of a particular name.
</xsd:documentation>
    </xsd:annotation>
</xsd:attribute>
</xsd:complexType>
<!-- -->
<!--Collection of all Data describing a person as a Party -->
<xsd:complexType name="PersonParty_Type">
<xsd:annotation>
    <xsd:documentation xml:lang="en">This container brings
together all data about a person as a party. Name and address are required components and each can be present more than once to
enable as complete a description as possible. Whenever possible one or more identifiers (TIN etc) should be added as well as a
residence country code. Additional data that describes and identifies the party can be given. The code for the legal type according to
the OECD codelist must be added. The structures of all of the subelements are defined elsewhere in this schema.</xsd:
documentation>

```

```

</xsd:annotation>

<xsd:sequence>

    <xsd:element          name="ResCountryCode"          type="iso:
CountryCode_Type" maxOccurs="unbounded">

        <xsd:annotation>

            <xsd:documentation>This repeatable data
element describes the residence country code(s) of the individual Seller and must be present in all data records. This should
correspond to the jurisdiction of residence identified on the basis of the due diligence requirements of the OECD Model Rules or
[EU Specific] [EU DIR2021/514]. Specifically, under the OECD Model Rules, the residence country code of an individual Seller
should correspond to the jurisdiction of the Seller's primary residence.</xsd:documentation>

        </xsd:annotation>

    </xsd:element>

    <xsd:element          name="TIN"          type="dpi:TIN_Type"
maxOccurs="unbounded">

        <xsd:annotation>

            <xsd:documentation>This repeatable data
element provides the tax identification number (TIN) used by the tax administration of the jurisdiction of residence of the
individual Seller. In case the individual Seller does not have a TIN, the jurisdiction of residence does not issue a TIN or require the
collection of the TIN issued to such Seller, or the TIN is not known to the sending Competent Authority, the Unknown attribute
(see below) must be set to "true" and the value "NOTIN" should be entered [OECD Specific]. Furthermore, in case more than one
TIN are provided, any provided element cannot be flagged as "unknown".</xsd:documentation>

        </xsd:annotation>

    </xsd:element>

    <xsd:element          name="VAT"          type="stf:
StringMin1Max200_Type" minOccurs="0">

        <xsd:annotation>

            <xsd:documentation xml:lang="en">This data
element must be provided when a VAT Identification number is available.</xsd:documentation>

        </xsd:annotation>

    </xsd:element>

    <xsd:element          name="Name"          type="dpi:NamePerson_Type"
maxOccurs="unbounded">

        <xsd:annotation>

```

```

        <xsd:documentation>This element should
contain the name of the person.</xsd:documentation>

        </xsd:annotation>

    </xsd:element>

    <xsd:element name="Address" type="dpi:Address_Type"
maxOccurs="unbounded">

        <xsd:annotation>

            <xsd:documentation>This data element should
contain the address of the person, including the country code of the address as well as the type of the address, indicating the legal
character of that address.</xsd:documentation>

            </xsd:annotation>

        </xsd:element>

        <xsd:element name="Nationality" type="iso:
CountryCode_Type" minOccurs="0" maxOccurs="unbounded">

            <xsd:annotation>

                <xsd:documentation>The nationality element
is not to be provided as part of the DPI schema.</xsd:documentation>

            </xsd:annotation>

        </xsd:element>

        <xsd:element name="BirthInfo">

            <xsd:annotation>

                <xsd:documentation>This data element
contains the birth information of an Individual Seller. It is always required to be provided unless such Seller is documented
pursuant to a Government Verification Service and is composed of the date and the place of birth.</xsd:documentation>

            </xsd:annotation>

            <xsd:complexType>

                <xsd:sequence>

                    <xsd:element name="BirthDate"
type="xsd:date">

                        <xsd:annotation>

                            <xsd:documentation>This element provides the date of birth, complying
with the following format: YYYY-MM-DD.</xsd:documentation>

                        </xsd:annotation>

```

```

</xsd:element>
BirthPlace_Type" minOccurs="0">
    <xsd:element name="BirthPlace" type="dpi:
    <xsd:annotation>
        <xsd:documentation>This element provides information about the place
of birth. This element must be filled in at least with the city and the country of birth (either the current jurisdiction identified by
2-characters country code or a former jurisdiction identified by a name).</xsd:documentation>
    </xsd:annotation>
    </xsd:element>
    </xsd:sequence>
    </xsd:complexType>
    </xsd:element>
    </xsd:sequence>
    </xsd:complexType>
    <!-- -->
    <!--Address Fix -->
    <xsd:complexType name="AddressFix_Type">
    <xsd:annotation>
        <xsd:documentation xml:lang="en">Structure of the address for
a party broken down into its logical parts, recommended for easy matching. The 'City' element is the only required subelement. All of
the subelements are simple text - data type 'string'.
    </xsd:documentation>
    </xsd:annotation>
    <xsd:sequence>
    <xsd:element name="Street" type="stf:
StringMin1Max200_Type" minOccurs="0">
    <xsd:annotation>
    <xsd:documentation>The street.</xsd:
    </xsd:annotation>
    </xsd:element>

```

```

StringMin1Max200_Type" minOccurs="0">
    <xsd:element name="BuildingIdentifier" type="stf:
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>The identifier of the
building on the street, typically a number.</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
StringMin1Max200_Type" minOccurs="0">
    <xsd:element name="SuiteIdentifier" type="stf:
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>The identifier of an office
or similar part of a building.</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
StringMin1Max200_Type" minOccurs="0">
    <xsd:element name="FloorIdentifier" type="stf:
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>The identifier of a floor
within a building.</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
StringMin1Max200_Type" minOccurs="0">
    <xsd:element name="DistrictName" type="stf:
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>The name of the district
of the address.</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
StringMin1Max200_Type" minOccurs="0">
    <xsd:element name="POB" type="stf:
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>The post office box.
</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>

```

```

</xsd:element>
StringMin1Max200_Type" minOccurs="0">
    <xsd:element name="PostCode" type="stf:
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>The post code of the
address, which must be provided if available.</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
StringMin1Max200_Type">
    <xsd:element name="City" type="stf:
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>The city of the address.
</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
StringMin1Max200_Type" minOccurs="0">
    <xsd:element name="CountrySubentity" type="stf:
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>A geographic area of the
country larger than district or city, for example a county, a department, a Land, a canton, etc.</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
</xsd:sequence>
</xsd:complexType>
<!-->
<!--The Address of a Party, given in fixed or free Form, possibly in both
Forms -->
<xsd:complexType name="Address_Type">
<xsd:annotation>

```

*<xsd:documentation xml:lang="en">The user has the option to enter the data about the address of a party either as one long field or to spread the data over up to eight elements or even to use both formats. If the user chooses the option to enter the data required in separate elements, the container element for this will be 'AddressFix'. If the user chooses the option to enter the data required in a less structured way in 'AddressFree' all available address details shall be presented as one string of bytes, blank or "/" (slash) or carriage return- line feed used as a delimiter between parts of the address. PLEASE NOTE that the address country code is outside both of these elements. The use of the fixed form is recommended as a rule to allow easy matching. However, the use of the free form is recommended if the sending state cannot reliably identify and distinguish the different parts of the address. The user may want to use both formats e.g. if besides separating the logical parts of the address he also wants to indicate a suitable breakdown into print-lines by delimiters in the free text form. In this case 'AddressFix' has to precede 'AddressFree'.</i>*

*</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*<xsd:sequence>*

*<xsd:element name="CountryCode">*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>This data element provides the country code associated with the entity's (or person's) address.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*<xsd:simpleType>*

*CountryCode\_Type">*

*<xsd:restriction base="iso:*

*<xsd:minLength value="1"/>*

*<xsd:maxLength value="2"/>*

*</xsd:restriction>*

*</xsd:simpleType>*

*</xsd:element>*

*<xsd:choice>*

*StringMin1Max4000\_Type">*

*<xsd:element name="AddressFree" type="stf:*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>This data element allows input of address information in free text. It should only be used in exceptional circumstances when it is impossible to provide the address in the fixed format.</xsd:documentation>*

```

        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
    <xsd:sequence>
        <xsd:element name="AddressFix" type="dpi:
AddressFix_Type"/>
        <xsd:element name="AddressFree" type="stf:
StringMin1Max4000_Type" minOccurs="0">
            <xsd:annotation>
                <xsd:documentation>This data element allows input of address
information in free text. It should only be used in exceptional circumstances when it is impossible to provide the address in the fixed
format.</xsd:documentation>
            </xsd:annotation>
        </xsd:element>
    </xsd:sequence>
</xsd:choice>
</xsd:sequence>
    <xsd:attribute name="legalAddressType" type="stf:OECDLegalAdd-
ressType_EnumType" use="optional">
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>This is a datatype for an attribute
to an address. It serves to indicate the legal character of that address (residential, business etc.).
            The possible values are:
            — OECD301= residentialOrBusiness
            — OECD302= residential
            — OECD303= business
            — OECD304= registeredOffice
            — OECD305= unspecified
            The address of the Reportable Platform Operator must
represent the "Registered Office Address" (OECD304).</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:attribute>

```

```

</xsd:complexType>

<!-->

<!--The place of birth -->

<xsd:complexType name="BirthPlace_Type">

  <xsd:annotation>

    <xsd:documentation>This element provides
information about the place of birth. This element must be filled in at least with the city and the country of birth (either the current
jurisdiction identified by 2-characters country code or a former jurisdiction identified by a name).</xsd:documentation>

  </xsd:annotation>

  <xsd:sequence>

    <xsd:element name="City" type="stf:
StringMin1Max200_Type">

      <xsd:annotation>

        <xsd:documentation>The city of birth.

      </xsd:documentation>

      </xsd:annotation>

    </xsd:element>

    <xsd:element name="CitySubentity" type="stf:
StringMin1Max200_Type" minOccurs="0">

      <xsd:annotation>

        <xsd:documentation>The city
subentity of birth.</xsd:documentation>

      </xsd:annotation>

    </xsd:element>

    <xsd:element name="CountryInfo">

      <xsd:complexType>

        <xsd:choice>

          <xsd:element
name="CountryCode" type="iso:CountryCode_Type">

            <xsd:annotation>

              <xsd:documentation>The current jurisdiction of birth.</xsd:
documentation>

```

```

</xsd:annotation>

CountryName" type="stf:StringMin1Max200_Type">
</xsd:element>
<xsd:element name="Former-
CountryName" type="stf:StringMin1Max200_Type">
<xsd:annotation>
<xsd:documentation>The former jurisdiction of birth. The
Former Country Name element should be used in case the person was born in a country that has since ceased to exist.</xsd:
documentation>
</xsd:annotation>
</xsd:element>
</xsd:choice>
</xsd:complexType>
</xsd:element>
</xsd:sequence>
</xsd:complexType>
<!-- -->
<!--General Type for Monetary Amounts -->
<xsd:complexType name="MonAmnt_Type">
<xsd:annotation>
<xsd:documentation xml:lang="en">This data type is
to be used whenever monetary amounts are to be communicated. Such amounts shall be given in full units, i.e. without decimals.
The code for the currency in which the value is expressed has to be taken from the ISO codelist 4217 and added in attribute
currCode.
</xsd:documentation>
</xsd:annotation>
<xsd:simpleContent>
<xsd:extension base="xsd:integer">
<xsd:attribute name="currCode" type="iso:
currCode_Type" use="required"/>
</xsd:extension>
</xsd:simpleContent>

```

```

</xsd:complexType>
<!-->
<!--Organisation name -->
<xsd:complexType name="NameOrganisation_Type">
<xsd:annotation>
<xsd:documentation xml:lang="en">Name of
organisation</xsd:documentation>
</xsd:annotation>
<xsd:simpleContent>
<xsd:extension base="stf:
StringMin1Max200_Type"/>
</xsd:simpleContent>
</xsd:complexType>
<!-->
<!--Organisation name (Reportable Seller)-->
<xsd:complexType name="NameReportableSeller_Type">
<xsd:annotation>
<xsd:documentation xml:lang="en">Name of Seller</
xsd:documentation>
</xsd:annotation>
<xsd:simpleContent>
<xsd:extension base="stf:StringMin1Max200_Type"/
>
</xsd:simpleContent>
</xsd:complexType>
<!-->
<!--TIN -->
<xsd:complexType name="TIN_Type">
<xsd:annotation>

```

*<xsd:documentation xml:lang="en">This is the identification number/identification code for the party in question. As the identifier may be not strictly numeric, it is just defined as a string of characters. Attribute 'issuedBy' is required to designate the issuer of the identifier. </xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*<xsd:simpleContent>*

*<xsd:extension base="stf:StringMin0Max200\_Type">*

*CountryCode\_Type" use="optional">*

*<xsd:attribute name="issuedBy" type="iso:*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation xml:lang="en">Country code of issuing country, indicating country of Residence (to taxes and other).*

*It should always be provided, unless the TIN element is flagged as "unknown".</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:attribute>*

*use="optional">*

*<xsd:attribute name="unknown" type="xsd:boolean"*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation xml:lang="en">This attribute must be provided if the TIN is not available or inexistent. Any value provided for a TIN flagged as unknown will be discarded.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:attribute>*

*</xsd:extension>*

*</xsd:simpleContent>*

*</xsd:complexType>*

*<!-->*

*message as a whole-->*

*<!--Message specification: Data identifying and describing the*

*<xsd:complexType name="MessageSpec\_Type">*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation xml:lang="en">Information in the message header identifies the Tax Administration that is sending the message. It specifies when the message was created, what period (normally a year) the report is for, and the nature of the report (original, corrected, supplemental, etc).</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*<xsd:sequence>*

*StringMin1Max200\_Type" minOccurs="0">*

*<xsd:element name="SendingEntityIN" type="stf:*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>Although not used for exchanges between Competent Authorities under the DPI MCAA and [EU DIR2021/514], for domestic reporting, this data element can be used in case the schema is mandated for domestic reporting by Reporting Platform Operators to their tax administration. In such instances, it identifies the Reporting Platform Operator sending the message through a domestically-defined identification number.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

*CountryCode\_Type">*

*<xsd:element name="TransmittingCountry" type="iso:*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>This data element identifies the jurisdiction of the Competent Authority transmitting the DPI message.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

*CountryCode\_Type">*

*<xsd:element name="ReceivingCountry" type="iso:*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>This data element identifies the jurisdiction of the Competent Authority receiving the DPI message.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

*MessageType\_EnumType">*

*<xsd:element name="MessageType" type="dpi:*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>This data element specifies the type of message being sent. The only allowable entry for messages exchanged under the OECD Model Rules and [EU Specific] [EU DIR2021/514] in this field is "DPI".</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

*<xsd:element name="Warning" type="stf:StringMin1Max4000\_Type" minOccurs="0">*

*<xsd:annotation>*

*"en">Free text expressing the restrictions for use of the information this message contains and the legal framework under which it is given.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

*<xsd:element name="Contact" type="stf:StringMin1Max4000\_Type" minOccurs="0">*

*<xsd:annotation>*

*"en">All necessary contact information about persons responsible for and involved in the processing of the data transmitted in this message, both legally and technically. Free text as this is not intended for automatic processing.*

*In international exchanges, this data element contains the contact details of the sending competent authority.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

*<xsd:element name="MessageRefId" type="stf:StringMin1Max170\_Type">*

*<xsd:annotation>*

*"en">Sender's unique identifier for this message.*

*The Message RefID must start with the country code of the sending jurisdiction, then the year of the reportable period, then the receiving country code before a unique identifier.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

```

DPIMessageTypeIdIndic_EnumType">
    <xsd:element name="MessageTypeIdIndic" type="dpi:
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>This data
element specifies the type of information that is sent, i.e. whether it is new information or whether the message seeks to correct or
delete previously sent information.</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
    <xsd:element name="ReportingPeriod" type="
xsd:date">
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation xml:lang=
"en">The reporting year for which information is transmitted in documents of the current message. This is in yyyy-MM-DD
format, on the basis of the calendar year in which the relevant Reportable Period under the OECD Model Rules or [EU Specific]
[EU DIR2021/514] ended.</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
    <xsd:element name="Timestamp" type="
xsd:dateTime">
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>This data
element identifies the date and time when the message was compiled. It is anticipated that this element will be automatically
populated by the host system. The format for use is yyyy-MM-DDThh:mm:ss.nnn. Fractions of seconds may be used (in such a
case the milli-seconds will be provided on 3 digits, see ".nnn" in the format above). </xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
</xsd:sequence>
</xsd:complexType>
<!-- -->
<!--Organisation Identification Number -->
<xsd:complexType name="OrganisationIN_Type">
    <xsd:annotation>

```

*<xsd:documentation xml:lang="en">This is the identification number/identification code for the Entity in question. As the identifier may be not strictly numeric, it is just defined as a string of characters. Attribute 'issuedBy' is required to designate the issuer of the identifier. Attribute 'INType' defines the type of identification number. </xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*<xsd:simpleContent>*

*<xsd:extension base="stf:StringMin1Max200\_Type">*

*CountryCode\_Type" use="optional">*

*<xsd:attribute name="issuedBy" type="iso:*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation xml:lang="en">Country code of issuing country, indicating country of Residence (to taxes and other)</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:attribute>*

*INType\_EnumType" use="required">*

*<xsd:attribute name="INType" type="dpi:*

*<xsd:annotation>*

*type of identification number being sent among the following:*

*<xsd:documentation xml:lang="en">This attribute defines the*

*reporting of an individual identification number;*

*— [EU Specific]: IIN for the*

*legal entity identifier;*

*— LEI for the reporting of a*

*an entity identification number;*

*— EIN for the reporting of*

*a business registration number; or*

*— BRN for the reporting of*

*— Other.*

*</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:attribute>*

*</xsd:extension>*

*</xsd:simpleContent>*

*</xsd:complexType>*

party-&gt;

&lt;!--&gt;

&lt;!--Collection of all Data describing an organisationy as

&lt;xsd:complexType name="OrganisationParty\_Type"&gt;

&lt;xsd:annotation&gt;

&lt;xsd:documentation xml:lang="en"&gt;

This container brings together all data about an organisation as a party. Name and address are required components and each can be present more than once to enable as complete a description as possible. Whenever possible one or more identifiers (TIN etc) should be added as well as a residence country code. Additional data that describes and identifies the party can be given . The code for the legal type according to the OECD codelist must be added. The structures of all of the subelements are defined elsewhere in this schema.</xsd:documentation>

&lt;/xsd:annotation&gt;

&lt;xsd:sequence&gt;

minOccurs="0" maxOccurs="unbounded"&gt;

&lt;xsd:element name="ResCountryCode"

&lt;xsd:annotation&gt;

<xsd:documentation>This repeatable data element describes the residence country code(s) of the entity.

In case of an Entity Seller this should always be present and should correspond to the jurisdiction of residence identified on the basis of the due diligence requirements of the OECD Model Rules or [EU Specific] [EU DIR2021/514]. Specifically, under the OECD Model Rules, the residence country code of an Entity Seller should correspond to the jurisdiction in which its registered office is located.

In case of a Reporting Platform Operator, the residence country code should correspond to the jurisdiction where the Reporting Platform Operator is resident for tax purposes or, where it does not have a residence for tax purposes, either the jurisdiction it is incorporated under or the jurisdiction that it has its place of management (including effective management) in, [EU Specific] or the Member State where it has a permanent establishment in.

[EU Specific]: Reporting Platform Operator: This element is optional.</xsd:documentation>

&lt;/xsd:annotation&gt;

&lt;xsd:simpleType&gt;

CountryCode\_Type"/&gt;

&lt;xsd:restriction base="iso:

&lt;/xsd:simpleType&gt;

&lt;/xsd:element&gt;



*<xsd:documentation>This element should contain the legal name of the entity, including the domestic designation for the legal form, as indicated in its articles of incorporation or any similar document.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

*<xsd:element name="PlatformBusinessName" type="stf:StringMin1Max200\_Type" minOccurs="0" maxOccurs="unbounded">*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>The repeatable Platform Business Name element identifies the business name(s) of the other Reporting Platform(s) in respect of which the Reporting Platform Operator is reporting.*

*This element must not be used for the Entity Sellers.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

*<xsd:element name="Address" type="dpi:Address\_Type" maxOccurs="unbounded">*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>This data element should contain the address of the entity, including the country code of the address as well as the type of the address, indicating the legal character of that address.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

*<xsd:element name="Nexus" type="dpi:Nexus\_EnumType" minOccurs="0">*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>[EU Specific] This data element provides the reason for which the information will be reported to the competent authority of the EU Member State.*

*This data element must not be used for Entity Seller.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

*<xsd:element name="AssumedReporting" type="xsd:boolean" minOccurs="0">*

<xsd:annotation>

<xsd:documentation>The *Assumed Reporting element* identifies whether the Reporting Platform Operator is not reporting information on Reportable Sellers, because another Reporting Platform Operator has assumed the reporting.

When “AssumedReporting” is set to “true”, it means that another Reporting Platform Operator reported for the Reporting Platform Operator. Otherwise, this element must be set to “false”.

This element is mandatory for Reporting Platform Operator and must not be provided for an Entity Seller.

By way of an example, Platform Z is operated by two Platform Operators: Platform Operator 1 (resident in jurisdiction 1) and Platform Operator 2 (resident in jurisdiction 2). In satisfying the reporting requirements, Platform Operator 1 has obtained assurances from Platform Operator 2 that it will fulfil the reporting obligations with respect to all of the Reportable Sellers of Platform Operator 1 in jurisdiction 2.

Platform Operator 1 will therefore provide its identification information and set the AssumedReporting element to “true” to notify its jurisdiction residence (jurisdiction 1) that it has relied on another Platform Operator to fulfil the reporting requirements. Platform Operator 1 will also use the AssumingPlatformOperator element (discussed further below) to report to its jurisdiction (jurisdiction 1) identification information on Platform Operator 2, assuming the reporting obligation in the name of Platform Operator 1. Platform Operator 1 will not provide ReportableSeller element.

At the same time, Platform Operator 2 will use the AssumedPlatformOperator element (discussed further below) to report to its jurisdiction of residence (jurisdiction 2) identification information on Platform Operator 1, for which it has assumed reporting obligations, and complete the Platform Operator element for itself.

[EU Specific] This element is optional for the purposes of [EU DIR2021/514].

</xsd:documentation>

</xsd:annotation>

</xsd:element>

</xsd:sequence>

</xsd:complexType>

<!-- -->

<!--Correctable Platform Operator\_Type-->

<xsd:complexType name="CorrectablePlatformOperator\_Type">

<xsd:annotation>

*<xsd:documentation>This correctable extends the information about the Reporting Platform Operator by considering the DocSpec element used to identify the particular report within the DPI message being transmitted.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*<xsd:complexContent>*

*<xsd:extension base="dpi:OrganisationParty\_Type">*

*<xsd:sequence>*

*DocSpec\_Type">*

*<xsd:element name="DocSpec" type="stf:*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>DocSpec identifies the particular report within the DPI message being transmitted. It permits the identification of reports requiring correction.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

*</xsd:sequence>*

*</xsd:extension>*

*</xsd:complexContent>*

*</xsd:complexType>*

*<!-- -->*

*<!--Correctable Reportable Seller-->*

*<xsd:complexType name="CorrectableReportableSeller\_Type">*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>This correctable extends the information about the Reportable Seller by considering the DocSpec element used to identify the particular report within the DPI message being transmitted.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*<xsd:complexContent>*

*<xsd:extension base="dpi:ReportableSeller\_Type">*

*<xsd:sequence>*

```

DocSpec_Type">
    <xsd:element name="DocSpec" type="stf:
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>DocSpec identifies the particular report within the
            DPI message being transmitted. It permits the identification of reports requiring correction.</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
</xsd:sequence>
</xsd:extension>
</xsd:complexContent>
</xsd:complexType>
<!-- -->
<!-- Additional Info -->
<xsd:complexType name="CorrectableAdditionalInfo_Type">
    <xsd:sequence>
        <xsd:element name="DocSpec" type="stf:DocSpec_Type"/>
        <xsd:element name="OtherInfo" type="stf:StringMin1-
Max4000WithLang_Type" maxOccurs="unbounded">
            <xsd:annotation>
                <xsd:documentation>Please include any further brief information or
                explanation you consider necessary or that would facilitate the understanding of the compulsory information provided in the
                country-by-country report. </xsd:documentation>
            </xsd:annotation>
        </xsd:element>
        <xsd:element name="ResCountryCode" type="iso:
CountryCode_Type" minOccurs="0" maxOccurs="unbounded"/>
        <!-- <xsd:element name="SummaryRef" type="dpi:
DPISummaryListElementsType_EnumType" minOccurs="0" maxOccurs="unbounded"/> -->
    </xsd:sequence>

```

```

</xsd:complexType>

<!-- -->

<!--Duplicate of Account Holder Type (from CRS)-->

<xsd:complexType name="AccountHolder_Type">

<xsd:sequence>

    <xsd:choice>

        <xsd:element name="Individual" type="dpi:
NameReportableSeller_Type"/>

        <xsd:sequence>

            <xsd:element name="Organisation" type="dpi:
OrganisationParty_Type"/>

            <xsd:element name="AcctHolderType"/>

        </xsd:sequence>

    </xsd:choice>

</xsd:sequence>

</xsd:complexType>

<!-- -->

<!--Financial Identifier for Identity-->

<xsd:complexType name="FinancialIdentifier_Type">

<xsd:annotation>

    <xsd:documentation xml:lang="en">The Financial Identifier is
an optional (mandatory) element that reflects the Financial Account Identifier which, under the OECD Model Rules or [EU
Specific] [EU DIR2021/514], is the unique identifying number or reference available to the Reporting Platform Operator of the
bank account or other payment account to which the Consideration is paid or credited. Under subparagraphs B(2)(c) and B(3)(c) of
Section III of the OECD Model Rules or [EU Specific] subparagraphs B(2)(b) and B(3)(b) of Section III of [EU DIR2021/514],
the Financial Identifier must be reported and exchanged provided that it is available to the Reporting Platform Operator and that
the jurisdiction of the Reportable Seller's residence has indicated that it wishes to receive such Financial Identifiers for taxpayer
matching purposes.</xsd:documentation>

    </xsd:annotation>

<xsd:sequence>

    <xsd:element name="Identifier" type="dpi:Identifier_Type">

```



*<xsd:documentation xml:lang="en">The Identifier field is a required element which contains the Financial Account Identifier pertaining to the Reportable Seller should be reflected. Financial Account Identifiers can include the IBAN number, sort code and account number and any other payment account identifier that the Reporting Platform Operator used for transferring the Consideration in respect to a Reportable Seller.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*<xsd:simpleContent>*

*<xsd:extension base="stf:StringMin1Max200\_Type">*

*type="stf:StringMin1Max200\_Type">*

*<xsd:attribute name="AccountNumberType"*

*<xsd:annotation>*

*account number being sent.</xsd:documentation>*

*<xsd:documentation xml:lang="en">This attribute describes the type of*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:attribute>*

*</xsd:extension>*

*</xsd:simpleContent>*

*</xsd:complexType>*

*<!-- -->*

*<!--OtherActivities (Complex)-->*

*<xsd:complexType name="OtherActivities\_Type">*

*<xsd:sequence>*

*<xsd:element name="Consideration" type="dpi:ConsiderationType">*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>The Consideration element contains information on the Consideration received by a Reportable Seller in relation to the Relevant Activities provided. It is further split into four elements, representing the quarters during which the Consideration was paid or credited to a Reportable Seller. In this respect, Consideration is considered to be paid or credited to a Reportable Seller when it is paid or credited to an account specified by the Reportable Seller (as stated in paragraph 32 of the Commentary to Section I of the OECD Model Rules).</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*



*<xsd:documentation>The Number of Services element is further split into four elements, representing the quarters in respect of which reporting takes place. </xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*<xsd:sequence>*

*<xsd:element name="NumbQ1" type="xsd:integer"/>*

*<xsd:element name="NumbQ2" type="xsd:integer"/>*

*<xsd:element name="NumbQ3" type="xsd:integer"/>*

*<xsd:element name="NumbQ4" type="xsd:integer"/>*

*</xsd:sequence>*

*</xsd:complexType>*

*<!-- -->*

*<!--Taxes Type (Complex)-->*

*<xsd:complexType name="TaxesType">*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>The Taxes element is further split into four elements, representing the quarters in respect of which reporting takes place.*

*Each quarter element is further comprised of the MonAmnt\_Type, used to communicate taxes withheld in respect of Sellers. Such amounts shall be given in full units, i.e. without decimals. The code for the currency, in which the value is expressed has to be taken from the ISO code list 4217 and added in attribute currCode.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*<xsd:sequence>*

*<xsd:element name="TaxQ1" type="dpi:MonAmnt\_Type"/>*

*<xsd:element name="TaxQ2" type="dpi:MonAmnt\_Type"/>*

*<xsd:element name="TaxQ3" type="dpi:MonAmnt\_Type"/>*

*<xsd:element name="TaxQ4" type="dpi:MonAmnt\_Type"/>*

```
</xsd:sequence>
```

```
</xsd:complexType>
```

```
<!-- -->
```

```
<!-- Fees Type (Complex) -->
```

```
<xsd:complexType name="FeesType">
```

```
<xsd:sequence>
```

```
<xsd:annotation>
```

*<xsd:documentation>The Fees element is further split into four elements, representing the quarters in respect of which reporting takes place.*

*Each quarter element is further comprised of the MonAmnt\_Type, used to communicate the fees withheld in respect of Sellers. Such amounts shall be given in full units, i.e. without decimals. The code for the currency, in which the value is expressed has to be taken from the ISO code list 4217 and added in attribute currCode.</xsd:documentation>*

```
</xsd:annotation>
```

```
<xsd:element name="FeesQ1" type="dpi:MonAmnt_Type"/>
```

```
<xsd:element name="FeesQ2" type="dpi:MonAmnt_Type"/>
```

```
<xsd:element name="FeesQ3" type="dpi:MonAmnt_Type"/>
```

```
<xsd:element name="FeesQ4" type="dpi:MonAmnt_Type"/>
```

```
</xsd:sequence>
```

```
</xsd:complexType>
```

```
<!-- -->
```

```
<!-- Consideration Type (Complex) -->
```

```
<xsd:complexType name="ConsiderationType">
```

```
<xsd:sequence>
```

```
<xsd:annotation>
```

*<xsd:documentation>The Consideration element is further split into four elements, representing the quarters in respect of which reporting takes place.*

Each quarter element is further comprised of the *MonAmnt\_Type*, used to communicate the monetary amounts earned by Sellers. Such amounts shall be given in full units, i.e. without decimals. The code for the currency, in which the value is expressed has to be taken from the ISO code list 4217 and added in attribute *currCode*.</xsd:documentation>

```
</xsd:annotation>
```

```
<xsd:element name="ConsQ1" type="dpi:MonAmnt_Type"/>
```

```
<xsd:element name="ConsQ2" type="dpi:MonAmnt_Type"/>
```

```
<xsd:element name="ConsQ3" type="dpi:MonAmnt_Type"/>
```

```
<xsd:element name="ConsQ4" type="dpi:MonAmnt_Type"/>
```

```
</xsd:sequence>
```

```
</xsd:complexType>
```

```
<!-- -->
```

```
<!--Property Listing Type (Complex) -->
```

```
<xsd:complexType name="PropertyListingType">
```

```
<xsd:sequence>
```

```
<xsd:element name="Address" type="dpi:Address_Type">
```

```
<xsd:annotation>
```

<xsd:documentation>The Address element is further comprised of the elements as described above under the Address Type.</xsd:documentation>

```
</xsd:annotation>
```

```
</xsd:element>
```

```
<xsd:element name="LandRegistrationNumber" type="stf:StringMin1Max200_Type" minOccurs="0">
```

```
<xsd:annotation>
```

<xsd:documentation>The Land Registration Number element contains the land registration number, which under subparagraph B(3)(f) of Section III of the OECD Model Rules or [EU Specific] subparagraph B(3)(e) of Section III of [EU DIR2021/514], is reportable if available to the Reporting Platform Operator. For these purposes, the land registration number includes functional equivalents, such as a cadastral number.</xsd:documentation>

```

        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
    <xsd:element name="Consideration" type="dpi:ConsiderationType">
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>The Consideration element contains information on the Consideration received by a Reportable Seller in relation to the Relevant Activities provided. It is further split into four elements, representing the quarters during which the Consideration was paid or credited to a Reportable Seller. In this respect, Consideration is considered to be paid or credited to a Reportable Seller when it is paid or credited to an account specified by the Reportable Seller (as stated in paragraph 32 of the Commentary to Section I of the OECD Model Rules).
            For Relevant Activities involving the rental of immovable property, the Consideration information must be provided separately with respect to each Property Listing.</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
    <xsd:element name="NumberOfActivities" type="dpi:NumberOfActivities_Type">
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>The Number of Activities element specified the number of Relevant Activities that a Reportable Seller has provided. It is further split into four elements. These elements represent the four quarters in respect of which reporting of the number of Relevant Activities in respect of which Consideration was paid or credited to the Reportable Seller is required.
            For Relevant Activities involving the rental of immovable property, the number of activities must be provided separately with respect to each Property Listing.</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
    <xsd:element name="Fees" type="dpi:FeesType">
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>The Fees element specified the fees and commissions that a Reporting Platform Operator has withheld in respect of a Reportable Seller. It is split into four elements, representing the quarters in respect of which the reporting of fees or commissions withheld or charged by the Reporting Platform Operator is required under subparagraphs B(2)(g) and B(3)(h) of Section III of the OECD Model Rules or [EU Specific] subparagraphs B(2)(f) and B(3)(g) of Section III of [EU DIR2021/514].</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:element>

```

```

</xsd:element>

<xsd:element name="Taxes" type="dpi:TaxesType">

    <xsd:annotation>

        <xsd:documentation>The Taxes element
specifies the taxes that a Reporting Platform Operator has withheld in respect of a Reportable Seller. It is further split into four
elements, representing the quarters in respect of which reporting of taxes withheld by the Reporting Platform Operator is required
under subparagraphs B(2)(g) and B(3)(h) of Section III of the OECD Model Rules or [EU Specific] subparagraphs B(2)(f) and
B(3)(g) of Section III of [EU DIR2021/514].</xsd:documentation>

    </xsd:annotation>

</xsd:element>

<xsd:element name="PropertyType" type="dpi:DPIPropertyTy-
pe_EnumType" minOccurs="0">

    <xsd:annotation>

        <xsd:documentation>The Property Type
element specifies the type of property rented. DPI901 to DPI910.</xsd:documentation>

    </xsd:annotation>

</xsd:element>

<xsd:element name="OtherPropertyType" type="stf:
StringMin1Max200_Type" minOccurs="0">

    <xsd:annotation>

        <xsd:documentation>This element describes
the type of property in case "DPI910" is selected as Property Type. This element cannot be used in case another Property Type is
selected.</xsd:documentation>

    </xsd:annotation>

</xsd:element>

<xsd:element name="RentedDays" minOccurs="0">

    <xsd:annotation>

        <xsd:documentation>The Rented Days
element contains the number of days that the Property Listing was rented during the Reportable Period.

        4 numbers max. Set the type as simple</xsd:
documentation>

    </xsd:annotation>

```

```

        <xsd:simpleType>
            <xsd:restriction base="xsd:integer">
                <xsd:totalDigits value="4"/>
                <xsd:minInclusive value="1"/>
            </xsd:restriction>
        </xsd:simpleType>
    </xsd:element>
</xsd:sequence>
</xsd:complexType>
<!-- -->
<!--GVS Type (Complex) -->
<xsd:complexType name="GVSType">
    <xsd:annotation>
        <xsd:documentation>The GVS element reflects the Government
Verification Service (GVS) due diligence procedures and is composed of the Name GVS, Jurisdiction GVS, Reference GVS and Other
TIN GVS elements, which contain the information items subject to reporting (and exchange) in respect of a Reportable Seller that
has been identified on the basis of a Government Verification Service, as well as the Financial Identifier element.

        [EU Specific] At the time of publication, the collection and
exchange of GVS information is not a legal requirement under [EU DIR2021/514].</xsd:documentation>
    </xsd:annotation>
    <xsd:sequence>
        <xsd:element name="NameGVS" type="stf:
StringMin1Max200_Type">
            <xsd:annotation>
                <xsd:documentation>The Name GVS element
contains the legal name of the Reportable Seller.</xsd:documentation>
            </xsd:annotation>
        </xsd:element>
    </xsd:sequence>
</xsd:complexType>

```

```

        <xsd:element name="JurisdictionGVS">
            <xsd:annotation>
                <xsd:documentation>The Jurisdiction GVS
                element identifies the jurisdiction whose Government Verification Service was relied upon by the Reporting Platform Operator in
                respect of the Reportable Seller.
                It uses the 2-character alphabetic country code
                and country name list based on the ISO 3166-1 Alpha 2 standard.</xsd:documentation>
            </xsd:annotation>
            <xsd:simpleType>
                <xsd:restriction base="iso:
                CountryCode_Type"/>
            </xsd:simpleType>
        </xsd:element>
        <xsd:element name="ReferenceGVS" type="stf:
        StringMin1Max200_Type">
            <xsd:annotation>
                <xsd:documentation>The Reference GVS
                element contains the unique reference number or code provided by the jurisdiction whose GVS was used, allowing that jurisdiction
                to match the Reportable Seller to a taxpayer within its database.</xsd:documentation>
            </xsd:annotation>
        </xsd:element>
        <xsd:element name="OtherTINGVS" type="stf:
        StringMin1Max200_Type" minOccurs="0">
            <xsd:annotation>
                <xsd:documentation>Reflecting subparagraph B(2)(b) and B(3)(b) of
                Section III of the OECD Model Rules, the Other TIN GVS element contains any TIN available to the Reporting Platform
                Operator, including the jurisdiction of issuance.</xsd:documentation>
            </xsd:annotation>
        </xsd:element>
        <xsd:element name="FinancialIdentifier" type="dpi:FinancialI-
        dentifier_Type" minOccurs="0">
            <xsd:annotation>

```

*<xsd:documentation>The Financial Identifier is an optional (mandatory) element that reflects the Financial Account Identifier which is the unique identifying number or reference available to the Reporting Platform Operator of the bank account or other payment account to which the Consideration is paid or credited.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

*</xsd:sequence>*

*</xsd:complexType>*

*<!-- -->*

*<!-- Reportable Seller (Complex)-->*

*<xsd:complexType name="ReportableSeller\_Type">*

*<xsd:sequence>*

*<xsd:element name="Identity">*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>The Identity element is further comprised of the EntitySeller and IndividualSeller elements.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*<xsd:complexType>*

*<xsd:choice>*

*<xsd:element name="EntitySeller">*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>The Entity Seller element is further comprised of the Standard and GVS elements.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*<xsd:complexType>*

*<xsd:choice>*

*<xsd:element name="Standard">*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>The Standard element reflects the standard due diligence procedures and is further comprised of the EntSellerID (that follows the OrganisationParty Type) and FinancialIdentifier elements. Platform Operators by default would use the standard due diligence procedures, but can also rely on the GVS procedure where it has been made available by the Reportable Jurisdiction .*

*The Standard element should be completed in case the Reporting Platform Operator has relied on the standard due diligence procedures of the OECD Model Rules or [EU Specific] [EU DIR2021/514] to identify and document the Entity Seller.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*<xsd:complexType>*

*<xsd:sequence>*

*OrganisationParty\_Type">* *<xsd:element name="EntSellerID" type="dpi:*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>The EntSellerID element identifies the Entity Seller and follows the OrganisationParty\_Type.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

*FinancialIdentifier\_Type" minOccurs="0" maxOccurs="unbounded">* *<xsd:element name="FinancialIdentifier" type="dpi:*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>The Financial Identifier is an optional (mandatory) element that reflects the Financial Account Identifier which, under the OECD Model Rules or [EU Specific] [EU DIR2021/514], is the unique identifying number or reference available to the Reporting Platform Operator of the bank account or other payment account to which the Consideration is paid or credited. Under subparagraphs B(2)(c) and B(3)(c) of Section III of the OECD Model Rules or [EU Specific] subparagraphs B(2)(b) and B(3)(b) of Section III of [EU DIR2021/514], the Financial Identifier must be reported and exchanged provided that it is available to the Reporting Platform Operator and that the jurisdiction of the Reportable Seller's residence has indicated that it wishes to receive such Financial Identifiers for taxpayer matching purposes.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

*type="dpi:PermanentEstablishments\_Type" minOccurs="0">* *<xsd:element name="PermanentEstablishments"*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>[EU Specific] This data element provides information on any permanent establishment through which Relevant Activities are carried out by the Entity Seller in the Union, indicating each respective EU Member State where such a permanent establishment is located.</xsd:documentation>*

```

        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
</xsd:sequence>
</xsd:complexType>
</xsd:element>
<xsd:element name="GVS" type="dpi:GVSType">
    <xsd:annotation>
        <xsd:documentation>The GVS element should be completed in
case the Reporting Platform Operator has relied on an approved Government Verification Service in order to identify and document
the Entity Seller.</xsd:documentation>
    </xsd:annotation>
</xsd:element>
</xsd:choice>
</xsd:complexType>
        </xsd:element>
        <xsd:element name="Indivi-
dualSeller">
    <xsd:complexType>
        <xsd:choice>
            <xsd:element name="Standard">
                <xsd:annotation>
                    <xsd:documentation>The Standard element reflects the
standard due diligence procedures and is further comprised of the IndSellerID element (which follows the PersonParty Type) and the
Financial Identifier element. Platform Operators by default would use the standard due diligence procedures, but can also rely on the
GVS procedure where it has been made available by the Reportable Jurisdiction .
                    </xsd:documentation>
                    The PersonParty_Type, as enumerated in Section III of the
OECD Model Rules or [EU Specific] [EU DIR2021/514], defines the information to be included in relation to an individual
where the standard due diligence procedures are followed.</xsd:documentation>
                </xsd:annotation>
            </xsd:complexType>
        </xsd:sequence>

```

```

PersonParty_Type">
    <xsd:element name="IndSellerID" type="dpi:
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>The IndSellerID element identifies the individual
Seller and follows the PersonParty_Type</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
    <xsd:element name="FinancialIdentifier" type="dpi:
FinancialIdentifier_Type" minOccurs="0" maxOccurs="unbounded">
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>The Financial Identifier is an optional
(mandatory) and repeatable element that reflects the Financial Account Identifier which, under the OECD Model Rules or [EU
Specific] [EU DIR2021/514], is the unique identifying number or reference available to the Reporting Platform Operator of the
bank account or other payment account to which the Consideration is paid or credited. Under subparagraphs B(2)(c) and B(3)(c) of
Section III of the OECD Model Rules or [EU Specific] subparagraphs B(2)(b) and B(3)(b) of Section III of [EU DIR2021/514],
the Financial Identifier must be reported and exchanged provided that it is available to the Reporting Platform Operator and that
the jurisdiction of the Reportable Seller's residence has indicated that it wishes to receive such Financial Identifiers for taxpayer
matching purposes.</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
</xsd:sequence>
</xsd:complexType>
</xsd:element>
<xsd:element name="GVS" type="dpi:GVSType">
    <xsd:annotation>
        <xsd:documentation>The GVS element should be completed in
case the Reporting Platform Operator has relied on an approved Government Verification Service in order to identify and document
the Individual Seller.</xsd:documentation>
    </xsd:annotation>
</xsd:element>
</xsd:choice>
</xsd:complexType>
</xsd:element>
</xsd:choice>

```

```

        </xsd:complexType>
    </xsd:element>
    <xsd:element name="RelevantActivities">
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>The Relevant Activities
element includes information on the Relevant Activities provided by Reportable Sellers and the Consideration derived therefrom.
The element is comprised of the Immovable Property, Personal Services, sale of Goods and Transportation Rental elements,
reflecting the nature of the activities provided by the Reportable Seller. Under the OECD Model Rules and [EU DIR2021/514],
information in respect of the Immovable Property and Personal Services elements must be provided. Under the OECD Extended
Scope and [EU DIR2021/514], information in respect of the sale of Goods and Transportation Rental elements must also be
provided.</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
        <xsd:complexType>
            <xsd:sequence>
                <xsd:element name="Immovable-
Property" minOccurs="0">
                    <xsd:annotation>
                        <xsd:documentation>The Immovable Property element contains
information on Relevant Activities provided by a Reportable Seller in relation to the rental of immovable property. It comprises the
repeatable Property Listing element.</xsd:documentation>
                    </xsd:annotation>
                    <xsd:complexType>
                        <xsd:sequence>
                            <xsd:element name="PropertyListing" type="dpi:PropertyListingType"
maxOccurs="unbounded">
                                <xsd:annotation>
                                    <xsd:documentation>The Property Listing element is comprised
of the Address, Land Registration Number, Consideration, Number of Activities, Fees, Taxes, Property Type and Rented days
elements.</xsd:documentation>
                                </xsd:annotation>
                            </xsd:element>
                        </xsd:sequence>
                    </xsd:complexType>
                </xsd:element>
            </xsd:sequence>
        </xsd:complexType>
    </xsd:element>

```

```

</xsd:element>

<xsd:element name="PersonalServices" type="dpi:OtherActivities_Type" minOccurs="0">

    <xsd:annotation>

        <xsd:documentation>The Personal Services element contains information on Relevant Activities involving time- or task-based work performed by one or more individuals, acting either independently or on behalf of an Entity, and which is carried out at the request of a user, either online or physically offline after having been facilitated via Platform.</xsd:documentation>

    </xsd:annotation>

</xsd:element>

<xsd:element

name="SaleOfGoods" type="dpi:OtherActivities_Type" minOccurs="0">

    <xsd:annotation>

        <xsd:documentation>The sale of Goods element specifies the Relevant Activities provided by a Reportable Seller with respect to sale of goods.</xsd:documentation>

    </xsd:annotation>

</xsd:element>

<xsd:element

name="TransportationRental" type="dpi:OtherActivities_Type" minOccurs="0">

    <xsd:annotation>

        <xsd:documentation>The Transportation Rental element specifies the Relevant Activities provided by a Reportable Seller with respect to the rental of any mode of transport.</xsd:documentation>

    </xsd:annotation>

</xsd:element>

</xsd:sequence>

</xsd:complexType>

</xsd:element>

</xsd:sequence>

</xsd:complexType>

<!-- -->

<!-- Permanent Establishments (Complex)-->

```

```

        <xsd:complexType name="PermanentEstablishments_Type">
            <xsd:sequence>
                <xsd:annotation>
                    <xsd:documentation>The repeatable Permanent
Establishment element identifies an EU Member State where a permanent establishment through which Relevant Activities are
carried out by the Entity Seller in the Union is located.</xsd:documentation>
                </xsd:annotation>
                <xsd:element name="PermanentEstablishment" type="iso:
MSCountryCode_Type" maxOccurs="unbounded"/>
            </xsd:sequence>
        </xsd:complexType>
        <!-- -->
        <!-- Other Platform Operators (Complex)-->
        <xsd:complexType name="OtherPlatformOperators_Type">
            <xsd:choice>
                <xsd:sequence>
                    <xsd:element name="AssumingPlatformOperator"
type="dpi:CorrectableOtherRPO_Type">
                        <xsd:annotation>
                            <xsd:documentation>This element provides information about the
Platform Operator assuming the reporting in the name of the Reporting Platform Operator, as identified in the Platform Operator
element.</xsd:documentation>
                        </xsd:annotation>
                    </xsd:element>
                </xsd:sequence>
                <xsd:sequence>
                    <xsd:element name="AssumedPlatformOperator"
type="dpi:CorrectableOtherRPO_Type" maxOccurs="unbounded">
                        <xsd:annotation>

```

*<xsd:documentation>This repeatable element provides information about each Platform Operator for which the Reporting Platform Operator, as identified in the Platform Operator element, assumes the reporting.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

*</xsd:sequence>*

*</xsd:choice>*

*</xsd:complexType>*

*<xsd:complexType name="OtherRPO\_Type">*

*<xsd:sequence>*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>This element provides information about the assuming or assumed Platform Operator.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*<xsd:element name="ResCountryCode" type="iso:CountryCode\_Type" minOccurs="0" maxOccurs="unbounded">*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>This repeatable data element describes the residence country code(s) of the Platform Operator assuming the reporting or the residence country code(s) of each Platform Operator for which the Reporting Platform Operator assumes the reporting. As with the residence country code(s) of the Reporting Platform Operator, the residence country code of this Platform Operator should correspond to the jurisdiction where the Platform Operator is resident for tax purposes or, where it does not have a residence for tax purposes, either the jurisdiction it is incorporated under or the jurisdiction that it has its place of management (including effective management) in, [EU Specific] or the Member State where it has a permanent establishment in.*

*[EU Specific] This element is optional for the purposes of [EU DIR2021/514].*

*</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

*<xsd:element name="TIN" type="dpi:TIN\_Type" maxOccurs="unbounded">*

*<xsd:annotation>*

<xsd:documentation>This data element provides the tax identification number (TIN) used by the tax administration of the jurisdiction of residence of the entity. In case the entity does not have a TIN, or the TIN is not known to the sending Competent Authority, the Unknown attribute (see below) must be set to "true". Furthermore, in case more than one TIN are provided, any provided element cannot be flagged as "unknown".</xsd:documentation>

</xsd:annotation>

</xsd:element>

<xsd:element name="Name" type="dpi:NameOrganisation\_Type">

<xsd:annotation>

<xsd:documentation>This element should contain the legal name of the entity, including the domestic designation for the legal form, as indicated in its articles of incorporation or any similar document.</xsd:documentation>

</xsd:annotation>

</xsd:element>

<xsd:element name="Address" type="dpi:Address\_Type">

<xsd:annotation>

<xsd:documentation>This data element should contain the address of the entity, including the country code of the address as well as the type of the address, indicating the legal character of that address.</xsd:documentation>

</xsd:annotation>

</xsd:element>

</xsd:sequence>

</xsd:complexType>

<!-->

<!-- Correctable Other Platform Operator (Complex)-->

<xsd:complexType name="CorrectableOtherRPO\_Type">

<xsd:complexContent>

<xsd:extension base="dpi:OtherRPO\_Type">

<xsd:sequence>

```

DocSpec_Type">
    <xsd:element name="DocSpec" type="stf:
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>DocSpec identifies the particular report within the
            DPI message being transmitted. It permits the identification of reports requiring correction (for further guidance see the Corrections
            section below).</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
</xsd:sequence>
</xsd:extension>
</xsd:complexContent>
</xsd:complexType>
<!--DPI Body Type - DPI Reporting -->
<xsd:complexType name="DPIBody_Type">
    <xsd:sequence>
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>The DPI Body element contains
            the information on the Reporting Platform Operator, as well as on the Relevant Services performed by Reportable Sellers that give
            rise to the exchange.</xsd:documentation>
        </xsd:annotation>
    <xsd:element name="PlatformOperator" type="dpi:Correctable-
PlatformOperator_Type">
        <xsd:annotation>
            <xsd:documentation>The Platform Operator
            element identifies the Reporting Platform Operator and follows the Organisation Party type (see OrganisationParty_Type).</xsd:
            documentation>
        </xsd:annotation>
    </xsd:element>
    <xsd:element name="OtherPlatformOperators" type="dpi:
OtherPlatformOperators_Type" minOccurs="0">
        <xsd:annotation>

```

Operators element identifies either:

*<xsd:documentation>This other Platform*

— The Platform Operator assuming the reporting in the name of the Reporting Platform Operator, as identified in the Platform Operator element;

— Each Platform Operator for which the Reporting Platform Operator, as identified in the Platform Operator element, assumes the reporting.

[OECD Specific] This element must be provided, if available.

[EU Specific] This element is optional for the purposes of [EU DIR2021/514].

*</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

*<xsd:element name="ReportableSeller" type="dpi:CorrectableReportableSeller\_Type" minOccurs="0" maxOccurs="unbounded">*

*<xsd:annotation>*

*<xsd:documentation>This element contains the identification information on each Reportable Seller, as well as information on the Relevant Services provided by such Reportable Seller and the Consideration derived therefrom.*

*In case of Nil Reporting, i.e. when MessageTypeIndic is set to "DPI403", no Reportable Seller must be provided.</xsd:documentation>*

*</xsd:annotation>*

*</xsd:element>*

*</xsd:sequence>*

*</xsd:complexType>*

*<!-- -->*

*<!--+++++++ Schema element ++++++ -->*

*<!-- DPI OECD File Message structure -->*

*<!-- -->*

*<!--DPI Message structure -->*

```

        <xsd:element name="DPI_OECD">
            <xsd:complexType>
                <xsd:sequence>
                    <xsd:element name="MessageSpec" type="dpi:
MessageSpec_Type">
                        <xsd:annotation>
                            <xsd:documentation>The information in the message header identifies
the tax administration that is sending the DPI message. It specifies when the message was created, what reporting period the report
is for, and the nature of the report (original, supplemental, etc.).</xsd:documentation>
                        </xsd:annotation>
                    </xsd:element>
                    <xsd:element name="DPIBody" type="dpi:
DPIBody_Type" minOccurs="0" maxOccurs="unbounded">
                        <xsd:annotation>
                            <xsd:documentation>The DPI Body element contains the information
on the Reporting Platform Operator, as well as on the Relevant Services performed by Reportable Sellers that give rise to the
exchange.</xsd:documentation>
                        </xsd:annotation>
                    </xsd:element>
                </xsd:sequence>
                <xsd:attribute name="version" type="stf:
StringMin1Max10_Type">
                    <xsd:annotation>
                        <xsd:documentation xml:lang="en">The DPI
Version.</xsd:documentation>
                    </xsd:annotation>
                </xsd:attribute>
            </xsd:complexType>
        </xsd:element>
    </xsd:schema>“

```

## „ANHANG XV

**Liste gemäß Artikel 2d**

Die für den verpflichtenden Informationsaustausch gemäß Artikel 8ac Absatz 2 der Richtlinie 2011/16/EU benötigten statistischen Angaben erstrecken sich gemäß Artikel 23 Absatz 4 dieser Richtlinie auf die folgenden Informationen:

- Je Meldung: Statistiken zur Gesamtzahl der von meldenden Plattformbetreibern für die Zwecke des verpflichtenden automatischen Informationsaustauschs eingegangenen Berichte
- je Meldung: Statistiken zur Gesamtzahl der von jedem anderen Mitgliedstaat erhaltenen Berichte
- je meldepflichtigem Verkäufer: Statistiken zur Art des meldepflichtigen Verkäufers, Steuer-Identifikationsnummer oder funktionale Entsprechung, Mitgliedstaat der Ansässigkeit des meldepflichtigen Verkäufers und Grund für den Austausch, Mitgliedstaat der Ansässigkeit des meldepflichtigen Verkäufers und/oder Mitgliedstaat, in dem sich das unbewegliche Vermögen befindet
- je meldendem Plattformbetreiber: Statistiken über die Art der relevanten Tätigkeit und Vergütung und Art der inserierten Immobilieneinheit.“

## „ANHANG XVI

**Formblatt gemäß Artikel 2f Absatz 1**

Das Formblatt, das für die Übermittlung von Informationen über freigestellte Plattformbetreiber gemäß Artikel 8ac Absatz 6 der Richtlinie 2011/16/EU und für die Übermittlung von Informationen über nicht in der EU ansässige Plattformbetreiber gemäß Anhang V Abschnitt IV Unterabschnitt F Nummern 2 und 4 der Richtlinie 2011/16/EU zu verwenden ist, enthält folgende Felder:

- a) Name des freigestellten Plattformbetreibers
- b) Postanschrift des freigestellten Plattformbetreibers
- c) E-Mail-Adresse, einschließlich Websites des freigestellten Plattformbetreibers
- d) jede Steueridentifikationsnummer, die dem freigestellten Plattformbetreiber ausgestellt wurde, falls verfügbar
- e) Mitgliedstaat, in dem der Nachweis gemäß Anhang V Abschnitt I Unterabschnitt A Nummer 3 der Richtlinie 2011/16/EU erbracht wurde, und
- f) Steuerjahr, ab dem der Status des freigestellten Plattformbetreibers gewährt wurde.

**Format der individuellen Identifikationsnummer für nicht in der EU ansässige Plattformbetreiber**

Die individuelle Identifikationsnummer hat das folgende 12-stellige Format CCYYYYXXXXXX, wobei CC der ISO-Ländercode des Mitgliedstaats ist, in dem die individuelle Identifikationsnummer ausgestellt wurde, YYYY das Jahr, in dem der nicht in der EU ansässige Plattformbetreiber sich bei dem Mitgliedstaat der einmaligen Registrierung registriert hat, und XXXXXX eine aus Buchstaben und/oder Zahlen bestehende eindeutige Zeichenfolge.

**Aufbewahrungsfrist für bestimmte aus dem zentralen Register gelöschte Informationen**

1. Wird die Registrierung eines meldenden Plattformbetreibers im Sinne von Anhang V Abschnitt I Unterabschnitt A Nummer 4 Buchstabe b der Richtlinie 2011/16/EU in der durch die Richtlinie (EU) 2021/514 geänderten Fassung gemäß Anhang V Abschnitt IV Unterabschnitt F Nummer 7 der Richtlinie 2011/16/EU widerrufen, so löscht der Mitgliedstaat, in dem die einmalige Registrierung erfolgt ist, den meldenden Plattformbetreiber aus dem zentralen Register. Die in Anhang V Abschnitt IV Unterabschnitt F Nummern 2 und 4 der Richtlinie 2011/16/EU genannten Informationen werden nach ihrer Löschung für nicht länger als 12 Monate ab dem Zeitpunkt der Löschung im zentralen Register aufbewahrt.

2. Die im zentralen Register zu freigestellten Plattformbetreibern gespeicherten Informationen werden gelöscht, wenn ein freigestellter Plattformbetreiber im Sinne von Anhang V Abschnitt I Unterabschnitt A Nummer 3 der Richtlinie 2011/16/EU in der durch die Richtlinie (EU) 2021/514 geänderten Fassung nicht vorab und jährlich gegenüber der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, der gegenüber er gemäß den in Anhang V Abschnitt III Unterabschnitt A Nummern 1 bis 3 der Richtlinie 2011/16/EU festgelegten Vorschriften normalerweise meldepflichtig wäre, hinreichend nachweist, dass das gesamte Geschäftsmodell der Plattform so konzipiert ist, dass sie nicht über meldepflichtige Verkäufer verfügt. Die in Anhang XVI dieser Verordnung unter den Buchstaben a bis f genannten Informationen werden nach ihrer Löschung für nicht länger als 12 Monate ab dem Zeitpunkt der Löschung im zentralen Register aufbewahrt.“
-

**DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2022/1468 DER KOMMISSION****vom 5. September 2022****zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Penflufen und zur Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2018/185****(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Aufhebung der Richtlinien 79/117/EWG und 91/414/EWG des Rates <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 21 Absatz 3 zweite Alternative in Verbindung mit Artikel 6 und auf Artikel 78 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1031/2013 der Kommission <sup>(2)</sup> wurde der Wirkstoff Penflufen vorbehaltlich der Erfüllung bestimmter Bedingungen genehmigt und in Teil B des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission <sup>(3)</sup> aufgenommen; in diesem Zusammenhang wurde insbesondere die Vorlage bestätigender Informationen gemäß Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 verlangt.
- (2) Mit der Durchführungsverordnung (EU) 2018/185 der Kommission <sup>(4)</sup> wurden die Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Penflufen geändert und einige der in der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1031/2013 geforderten bestätigenden Informationen adressiert.
- (3) Gemäß der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1031/2013 sind zudem, falls Penflufen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates <sup>(5)</sup> als „karzinogen der Kategorie 2“ eingestuft wird, weitere bestätigende Informationen zur Relevanz des Metaboliten M01 (Penflufen-3-hydroxy-butyl) für das Grundwasser vorzulegen, und zwar binnen sechs Monaten nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Einstufung dieses Wirkstoffs.
- (4) Am 15. Oktober 2018 nahm der Ausschuss für Risikobeurteilung der Europäischen Chemikalienagentur eine Stellungnahme <sup>(6)</sup> an, der zufolge Penflufen als „karzinogen der Kategorie 2“ eingestuft werden sollte. Nach dieser Stellungnahme und da die Mitgliedstaaten einer solchen Einstufung zustimmten, wurde Penflufen in die Liste der harmonisierten Einstufungen und Kennzeichnungen gefährlicher Stoffe in Anhang VI der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 aufgenommen. <sup>(7)</sup>

<sup>(1)</sup> ABl. L 309 vom 24.11.2009, S. 1.

<sup>(2)</sup> Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1031/2013 der Kommission vom 24. Oktober 2013 zur Genehmigung des Wirkstoffs Penflufen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission (ABl. L 283 vom 25.10.2013, S. 17).

<sup>(3)</sup> Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 der Kommission vom 25. Mai 2011 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Liste zugelassener Wirkstoffe (ABl. L 153 vom 11.6.2011, S. 1).

<sup>(4)</sup> Durchführungsverordnung (EU) 2018/185 der Kommission vom 7. Februar 2018 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 hinsichtlich der Bedingungen für die Genehmigung des Wirkstoffs Penflufen (ABl. L 34 vom 8.2.2018, S. 13).

<sup>(5)</sup> Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 (ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1).

<sup>(6)</sup> Stellungnahme vom 15. Oktober 2018 zu „5-fluoro-1,3-dimethyl-N-[2-(4-methylpentan-2-yl)phenyl]-1Hpyrazole-4-carboxamide;2'-[(RS)-1,3-dimethylbutyl]-5-fluoro-1,3-dimethylpyrazole-4-carboxanilide; penflufen“ (CLH-O-0000001412-86-233/F).

<sup>(7)</sup> Siehe Delegierte Verordnung (EU) 2020/1182 der Kommission vom 19. Mai 2020 zur Änderung des Anhangs VI Teil 3 der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen zwecks Anpassung an den technischen und wissenschaftlichen Fortschritt (ABl. L 261 vom 11.8.2020, S. 2).

- (5) Am 15. März 2019 informierte der Antragsteller den Bericht erstattenden Mitgliedstaat Polen, dass er die angeforderten bestätigenden Informationen nicht vorlegen werde, die nur für den repräsentativen Verwendungszweck der Behandlung von Pflanzkartoffelknollen vor oder bei der Anpflanzung relevant seien.
- (6) Da die gemäß Artikel 6 Buchstabe f der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 erforderlichen Informationen nicht vorgelegt wurden, teilte die Kommission den Mitgliedstaaten, der Behörde und dem Hersteller des Wirkstoffs Penflufen mit, dass eine Verordnung zum Widerruf der Genehmigung oder zur Änderung der Bedingungen für die Genehmigung von Penflufen vorgeschlagen werde.
- (7) Am 19. Februar 2021 wurde dem Antragsteller die Möglichkeit gegeben, der Kommission eine Stellungnahme und etwaige relevante Informationen zu übermitteln. Der Antragsteller übermittelte seine Stellungnahme, in der er wiederholte, dass er die angeforderten bestätigenden Informationen nicht vorlegen werde.
- (8) Die Kommission gelangte zu dem Schluss, dass die verfügbaren Daten nicht ausreichen, um die Relevanz des Metaboliten M01 (Penflufen-3-hydroxy-butyl), für den in allen relevanten Grundwasserszenarien eine Präsenz in einer Menge von mehr als 0,1 µg/l angenommen wird, für den Fall zu bestimmen, dass mit Penflufen behandelte Pflanzkartoffelknollen angepflanzt werden, da die in der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1031/2013 verlangten Informationen nicht vorgelegt wurden.
- (9) Daher ist es erforderlich und angezeigt, die Genehmigung für Penflufen einzuschränken und die Behandlung von Pflanzkartoffelknollen vor oder bei der Anpflanzung mit diesem Wirkstoff zu verbieten; für die Behandlung von Getreidesaatgut hingegen ist Penflufen weiterhin zulässig, da hier sichere Verwendungen nachgewiesen wurden.
- (10) Der Anhang der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 sollte folglich entsprechend geändert werden.
- (11) Im Interesse der Klarheit und da die Durchführungsverordnung (EU) 2018/185 durch die mit der vorliegenden Verordnung vorgenommenen Änderungen gegenstandslos wird, sollte außerdem die Durchführungsverordnung (EU) 2018/185 aufgehoben werden.
- (12) Den Mitgliedstaaten sollte ausreichend Zeit für die Änderung oder den Widerruf von Zulassungen für Penflufen enthaltende Pflanzenschutzmittel, welche die eingeschränkten Genehmigungsbedingungen nicht erfüllen, eingeräumt werden.
- (13) Gewährt ein Mitgliedstaat gemäß Artikel 46 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 eine Aufbrauchfrist für Pflanzenschutzmittel, die Penflufen enthalten, so sollte diese Frist spätestens zwölf Monate nach Inkrafttreten der vorliegenden Verordnung enden.
- (14) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

#### *Artikel 1*

### **Änderung der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011**

Der Anhang der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 wird gemäß dem Anhang der vorliegenden Verordnung geändert.

#### *Artikel 2*

### **Aufhebung der Durchführungsverordnung (EU) 2018/185**

Die Durchführungsverordnung (EU) 2018/185 wird aufgehoben.

*Artikel 3***Übergangsmaßnahmen**

Die Mitgliedstaaten ändern oder widerrufen gegebenenfalls bis zum 26. März 2023 bestehende Zulassungen für Pflanzenschutzmittel, die Penflufen als Wirkstoff enthalten.

*Artikel 4***Aufbrauchfrist**

Jede von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 46 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 gewährte Aufbrauchfrist muss so kurz wie möglich sein und endet spätestens am 26. September 2023.

*Artikel 5***Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 5. September 2022

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN

---

## ANHANG

In Teil B des Anhangs der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 540/2011 erhält die Spalte „Sonderbestimmungen“ des Eintrags 55 für Penflufen folgende Fassung:

## „TEIL A

Nur Anwendungen zur Behandlung von Getreidesaatgut vor oder bei der Aussaat dürfen zugelassen werden, beschränkt auf eine Anwendung jedes dritte Jahr auf demselben Feld.

## TEIL B

Bei der Anwendung der einheitlichen Grundsätze gemäß Artikel 29 Absatz 6 der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 sind die Schlussfolgerungen des Überprüfungsberichts zu Penflufen und insbesondere dessen Anlagen I und II zu berücksichtigen.

Bei dieser Gesamtbewertung achten die Mitgliedstaaten insbesondere auf Folgendes:

- a) den Schutz der Anwender;
- b) den Schutz von Vögeln;
- c) den Schutz des Grundwassers, wenn der Stoff in Gebieten mit empfindlichen Böden und/oder schwierigen Klimabedingungen ausgebracht wird;
- d) die Rückstände in Oberflächengewässern, denen Wasser zur Verwendung als Trinkwasser entnommen wird, in oder aus Gebieten, in denen penflufenhaltige Produkte verwendet werden.

Die Anwendungsbedingungen umfassen gegebenenfalls Maßnahmen zur Risikobegrenzung.“

---

**DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2022/1469 DER KOMMISSION****vom 5. September 2022****zur Zulassung von aus *Escherichia coli* CGMCC 7.398 hergestelltem L-Lysin-Sulfat als Futtermittelzusatzstoff für alle Tierarten****(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 schreibt vor, dass Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung zugelassen werden müssen, und regelt die Voraussetzungen und Verfahren für die Erteilung einer solchen Zulassung.
- (2) Gemäß Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 wurde ein Antrag auf Zulassung von L-Lysin-Sulfat, gewonnen aus *Escherichia coli* CGMCC 7.398, gestellt. Dem Antrag waren die gemäß Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung vorgeschriebenen Angaben und Unterlagen beigefügt.
- (3) Der Antrag betrifft die Zulassung von L-Lysin-Sulfat aus *Escherichia coli* CGMCC 7.398, das in die Zusatzstoffkategorie „ernährungsphysiologische Zusatzstoffe“ und die Funktionsgruppe „Aminosäuren, deren Salze und Analoge“ einzuordnen ist, als Futtermittelzusatzstoff für alle Tierarten.
- (4) Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (im Folgenden die „Behörde“) zog in ihrem Gutachten vom 23. März 2022 <sup>(2)</sup> den Schluss, dass aus *Escherichia coli* CGMCC 7.398 hergestelltes L-Lysin-Sulfat unter den vorgeschlagenen Verwendungsbedingungen keine schädlichen Auswirkungen auf die Tiergesundheit, die Verbrauchersicherheit oder die Umwelt hat, wenn es bei der Ernährung in adäquaten Mengen supplementiert wird. Hinsichtlich der Sicherheit der Verwender dieses Zusatzstoffs konnte die Behörde keine Schlussfolgerung hinsichtlich des Potenzials von L-Lysin-Sulfat ziehen, haut- oder augenreizend oder als Hautallergen zu wirken. Die Endotoxinaktivität des Zusatzstoffs stellt für Personen, die mit dem Zusatzstoff umgehen, ein Risiko inhalativer Exposition gegenüber Endotoxinen dar. Daher ist die Kommission der Auffassung, dass geeignete Schutzmaßnahmen ergriffen werden sollten, um schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, insbesondere bei Verwendern des Zusatzstoffs, zu vermeiden. Die Behörde schloss ferner, dass der Zusatzstoff als wirksame Quelle der essenziellen Aminosäure L-Lysin-Sulfat in der Tierernährung gilt und dass er vor dem Abbau im Pansen geschützt werden sollte, damit er bei Wiederkäuern seine Wirkung entfalten kann. Besondere Vorgaben für die Überwachung nach dem Inverkehrbringen hält die Behörde für nicht erforderlich. Sie hat außerdem die Berichte über die Methode zur Analyse des Futtermittelzusatzstoffs in Futtermitteln geprüft, die das mit der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 eingerichtete Referenzlabor vorgelegt hat.
- (5) Die Bewertung von L-Lysin-Sulfat aus *Escherichia coli* CGMCC 7.398 hat ergeben, dass die Bedingungen für die Zulassung gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 erfüllt sind. Daher sollte die Verwendung dieses Stoffs gemäß den Angaben im Anhang der vorliegenden Verordnung zugelassen werden.
- (6) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

<sup>(1)</sup> ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 29.<sup>(2)</sup> EFSA Journal 2022;20(4):7246.

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Der im Anhang beschriebene Stoff, der in die Zusatzstoffkategorie „ernährungsphysiologische Zusatzstoffe“ und die Funktionsgruppe „Aminosäuren, deren Salze und Analoge“ einzuordnen ist, wird unter den im Anhang aufgeführten Bedingungen als Futtermittelzusatzstoff in der Tierernährung zugelassen.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 5. September 2022

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN

---

ANHANG

Kennnummer des Zusatzstoffs	Name des Zulassungsinhabers	Zusatzstoff	Zusammensetzung, chemische Bezeichnung, Beschreibung, Analyseverfahren	Tierart oder Tierkategorie	Höchstalter	Mindestgehalt	Höchstgehalt	Sonstige Bestimmungen	Geltungsdauer der Zulassung
						mg Zusatzstoff/kg Alleinfuttermittel mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 12 %			

**Kategorie: ernährungsphysiologische Zusatzstoffe. Funktionsgruppe: Aminosäuren, deren Salze und Analoge**

3c323i		L-Lysin-Sulfat	<p><i>Zusammensetzung des Zusatzstoffs</i> Zubereitung von L-Lysin mit einem Gehalt von: — Lysin ≥ 55,0 % — Sulfat: ≤ 18,0 % fest</p> <p><i>Charakterisierung des Wirkstoffs</i> durch Fermentation mit <i>Escherichia coli</i> (CGMCC 7.398) hergestelltes L-Lysin-Sulfat Chemische Formel: C<sub>12</sub>H<sub>28</sub>N<sub>4</sub>O<sub>4</sub>-O<sub>4</sub>S CAS-Nr.: 60343-69-3</p> <p><i>Analysemethoden</i> (1) Zur Quantifizierung von Lysin im Futtermittelzusatzstoff und in Vormischungen mit einem Lysingehalt von mehr als 10 %: — Ionenaustauschchromatografie gekoppelt mit Nachsäulenderivatisierung und optischer Detektion (IEC-VIS/FLD) — EN ISO 17180. Zur Identifizierung von Sulfat im Futtermittelzusatzstoff: — Monografie des Europäischen Arzneibuchs 20301.</p>	Alle Tierarten	-	-	10 000	<ol style="list-style-type: none"> <li>In der Kennzeichnung des Zusatzstoffs ist der Gehalt an L-Lysin anzugeben.</li> <li>Obligatorischer Hinweis in der Kennzeichnung des Zusatzstoffs und der Vormischungen: „Bei der Supplementierung mit L-Lysin sollten alle essenziellen und bedingt essenziellen Aminosäuren berücksichtigt werden, um einer unausgewogenen Ernährung vorzubeugen.“</li> <li>Der Endotoxingehalt des Zusatzstoffs und sein Staubbildungspotenzial müssen eine Exposition gegenüber Endotoxin von höchstens 1 600 IE Endotoxinen/m<sup>3</sup> Luft gewährleisten (2).</li> <li>Die Futtermittelunternehmer müssen für die Verwender von Zusatzstoff und Vormischungen operative Verfahren und organisatorische Maßnahmen festlegen, um potenzielle Risiken durch Einatmen zu vermeiden. Können diese Risiken durch solche Verfahren und Maßnahmen nicht beseitigt oder auf ein Minimum reduziert</li> </ol>	26.9.2032
--------	--	----------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------	---	---	--------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------

			<p>Zur Quantifizierung von Lysin in Vormischungen, Mischfuttermitteln und Einzelfuttermitteln:</p> <p>— Ionenaustauschchromatografie gekoppelt mit Nachsäulenderivatisierung und optischer Detektion (IEC-VIS) — Verordnung (EG) Nr. 152/2009 der Kommission (Anhang III Teil F).</p>					<p>werden, so sind Zusatzstoff und Vormischungen mit persönlicher Schutzausrüstung, einschließlich Haut-, Augen- und Atemschutz, zu verwenden.</p>	
--	--	--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--	--	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

- (<sup>1</sup>) Nähere Informationen zu den Analysemethoden siehe Website des Referenzlabors unter [https://joint-research-centre.ec.europa.eu/eurl-fa-eurl-feed-additives/eurl-fa-authorisation/eurl-fa-evaluation-reports\\_en](https://joint-research-centre.ec.europa.eu/eurl-fa-eurl-feed-additives/eurl-fa-authorisation/eurl-fa-evaluation-reports_en)
- (<sup>2</sup>) Die Exposition wurde auf der Grundlage des Endotoxingehalts und des Staubbildungspotenzials des Zusatzstoffs gemäß der von der EFSA angewandten Methode berechnet (EFSA Journal 2018;16(10):5458); Analysemethode: Europäisches Arzneibuch 2.6.14 (bakterielle Endotoxine).

**DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2022/1470 DER KOMMISSION****vom 5. September 2022**

**zur Zulassung von Endo-1,4-beta-Xylanase, gewonnen aus *Trichoderma longibrachiatum* CBS 139997, und Alpha-Galactosidase, gewonnen aus *Aspergillus tubingensis* ATCC SD 6740, als Zusatzstoff in Futtermitteln für Masthühner, Junghennen, Geflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung für die Mast und Jungtiere von Geflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung für Legezwecke sowie Ziervögel (Zulassungsinhaber: Industrial Técnica Pecuaria S.A.)**

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 schreibt vor, dass Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung zugelassen werden müssen, und regelt die Voraussetzungen und Verfahren für die Erteilung einer solchen Zulassung.
- (2) Gemäß Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 wurde ein Antrag auf Zulassung einer Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Xylanase, gewonnen aus *Trichoderma longibrachiatum* CBS 139997, und Alpha-Galactosidase, gewonnen aus *Aspergillus tubingensis* ATCC SD 6740, vorgelegt. Dem Antrag waren die nach Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 vorgeschriebenen Angaben und Unterlagen beigefügt.
- (3) Der Antrag betrifft die Zulassung einer Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Xylanase, gewonnen aus *Trichoderma longibrachiatum* CBS 139997, und Alpha-Galactosidase, gewonnen aus *Aspergillus tubingensis* ATCC SD 6740, als Zusatzstoff in Futtermitteln für Masthühner, Junghennen, Geflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung für die Mast und Jungtiere von Geflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung für Legezwecke sowie Ziervögel, der in die Zusatzstoffkategorie „zootechnische Zusatzstoffe“ und die Funktionsgruppe „Verdaulichkeitsförderer“ eingeordnet werden soll.
- (4) Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (im Folgenden „Behörde“) zog in ihren Gutachten vom 19. März 2020 <sup>(2)</sup> und vom 10. November 2021 <sup>(3)</sup> den Schluss, dass die Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Xylanase, gewonnen aus *Trichoderma longibrachiatum* CBS 139997, und Alpha-Galactosidase, gewonnen aus *Aspergillus tubingensis* ATCC SD 6740, unter den vorgeschlagenen Verwendungsbedingungen keine schädlichen Auswirkungen auf die Tiergesundheit, die Verbrauchersicherheit oder die Umwelt hat. Aufgrund fehlender Daten konnte die Behörde keine Schlussfolgerungen bezüglich des augen- und hautreizenden bzw. hautsensibilisierenden Potenzials der Zubereitung ziehen. Aufgrund der proteinartigen Natur der Zubereitung sollte sie als mögliches Inhalationsallergen betrachtet werden, es wird aber davon ausgegangen, dass die Exposition aufgrund des geringen Staubbildungspotenzials begrenzt ist. Daher ist die Kommission der Auffassung, dass geeignete Schutzmaßnahmen ergriffen werden sollten, um schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, insbesondere bei den Verwendern des Zusatzstoffs, zu vermeiden.
- (5) Die Behörde kam außerdem zu dem Schluss, dass die Zubereitung als zootechnischer Zusatzstoff bei den beantragten Zielarten wirksam sein kann. Besondere Vorgaben für die Überwachung nach dem Inverkehrbringen hält die Behörde nicht für erforderlich. Sie hat außerdem den Bericht über die Methode zur Analyse des Futtermittelzusatzstoffs in Futtermitteln geprüft, den das mit der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 eingerichtete Referenzlabor vorgelegt hat.
- (6) Die Bewertung der Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Xylanase, gewonnen aus *Trichoderma longibrachiatum* CBS 139997, und Alpha-Galactosidase, gewonnen aus *Aspergillus tubingensis* ATCC SD 6740, hat ergeben, dass die Bedingungen für eine Zulassung gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 erfüllt sind. Daher sollte die Verwendung dieser Zubereitung gemäß den Angaben im Anhang der vorliegenden Verordnung zugelassen werden.

<sup>(1)</sup> ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 29.

<sup>(2)</sup> EFSA Journal 2020;18(4):6086.

<sup>(3)</sup> EFSA Journal 2021;19(12):6981.

- (7) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Die im Anhang beschriebene Zubereitung, die der Zusatzstoffkategorie „zootechnische Zusatzstoffe“ und der Funktionsgruppe „Verdaulichkeitsförderer“ angehört, wird unter den im Anhang aufgeführten Bedingungen als Zusatzstoff in der Tierernährung zugelassen.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 5. September 2022

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN

---

ANHANG

Kennnummer des Zusatz-stoffs	Name des Zulassungs-inhabers	Zusatzstoff	Zusammensetzung, chemische Bezeichnung, Beschreibung, Analyse-methode	Tierart oder Tierkategorie	Höchst-alter	Mindest-gehalt	Höchst-gehalt	Sonstige Bestimmungen	Geltungs-dauer der Zulassung
						Aktivität/kg Alleinfuttermittel mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 12 %			

**Kategorie: zootechnische Zusatzstoffe. Funktionsgruppe: Verdaulichkeitsförderer.**

4a33	Industrial Técnica Pecuaría S.A	Endo-1,4-beta-Xylanase und Alpha-Galactosidase	<p><i>Zusammensetzung des Zusatzstoffs</i></p> <p>Zubereitung aus Endo-1,4-beta-Xylanase (EC 3.2.1.8), gewonnen aus <i>Trichoderma longibrachiatum</i> CBS 139997, und Alpha-Galactosidase (EC 3.2.1.22), gewonnen aus <i>Aspergillus tubingensis</i> ATCC SD 6740, mit einer Mindestenzymaktivität von: 50 AXC <sup>(1)</sup>/g Zusatzstoff und 40 GALU <sup>(2)</sup>/g Zusatzstoff</p> <p>Fest</p> <p><i>Charakterisierung des Wirkstoffs</i></p> <p>Endo-1,4-beta-Xylanase (EC 3.2.1.8), gewonnen aus <i>Trichoderma longibrachiatum</i> CBS 139997, und Alpha-Galactosidase (EC 3.2.1.22), gewonnen aus <i>Aspergillus tubingensis</i> ATCC SD 6740</p> <p><i>Analyse-methode</i> <sup>(3)</sup></p> <p>Quantifizierung von Endo-1,4-beta-Xylanase im Futtermittelzusatzstoff, in Vormischungen und Futtermitteln:</p>	Masthühner Junghennen Geflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung für die Mast und Jungtiere von Geflügelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung für Legezwecke Ziervögel	-	18 AXC 14 GALU	-	<p>1. In der Gebrauchsanweisung für den Zusatzstoff und die Vormischung sind die Lagerbedingungen und die Stabilität bei Wärmebehandlung anzugeben.</p> <p>2. Die Futtermittelunternehmer müssen für die Verwender des Zusatzstoffs und von Vormischungen operative Verfahren und organisatorische Maßnahmen festlegen, um potenzielle Risiken aufgrund der Verwendung zu vermeiden. Können diese Risiken durch solche Verfahren und Maßnahmen nicht beseitigt oder auf ein Minimum reduziert werden, so sind Zusatzstoff und Vormischungen mit persönlicher Schutzausrüstung, einschließlich Haut-, Augen- und Atemschutz, zu verwenden.</p>	26.9.2032
------	---------------------------------	------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---	-------------------	---	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------

			<p>— kolorimetrisches Verfahren beruhend auf der enzymatischen Reaktion von Endo-1,4-beta-Xylanase i) auf einem Weizen-Arabinoxylansubstrat (für Futtermittelzusatzstoff und Vormischungen) und ii) auf einem Azoxylansubstrat (für Futtermittel).</p> <p>Quantifizierung von Alpha-Galactosidase im Futtermittelzusatzstoff, in Vormischungen und Futtermitteln:</p> <p>— kolorimetrisches Verfahren beruhend auf der enzymatischen Reaktion von Alpha-Galactosidase auf Para-Nitrophenyl-alpha-D-Galactopyranosidsubstrat</p>						
--	--	--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--	--	--	--

- (<sup>1</sup>) 1 Einheit Endo-1,4-beta-Xylanase-Aktivität (AXC) ist die Enzymmenge, die 0,058 Mikromol reduzierende Zucker (Xyloseäquivalente) pro Minute bei einem pH-Wert von 4,7 und 30 °C aus Weizen-Arabinoxylan freisetzt.
- (<sup>2</sup>) 1 Einheit Alpha-Galactosidase-Aktivität (GALU) ist die Enzymmenge, die ein Mikromol pro Minute bei einem pH-Wert von 5,5 und 37 °C aus Para-Nitrophenyl-alpha-D-Galactopyranosid freisetzt.
- (<sup>3</sup>) Nähere Informationen zu den Analysemethoden siehe Website des Referenzlabors unter: [https://joint-research-centre.ec.europa.eu/eurl-fa-eurl-feed-additives/eurl-fa-authorisation/eurl-fa-evaluation-reports\\_en](https://joint-research-centre.ec.europa.eu/eurl-fa-eurl-feed-additives/eurl-fa-authorisation/eurl-fa-evaluation-reports_en)

**DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2022/1471 DER KOMMISSION****vom 5. September 2022****zur Zulassung von Lanthanarbonat-Octahydrat als Zusatzstoff in Futtermitteln für Katzen  
(Zulassungsinhaber: Porus GmbH)****(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 schreibt vor, dass Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung zugelassen werden müssen, und regelt die Voraussetzungen und Verfahren für die Erteilung einer solchen Zulassung.
- (2) Es wurde ein Antrag gemäß Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 auf Zulassung von Lanthanarbonat-Octahydrat gestellt. Dem Antrag waren die gemäß Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 vorgeschriebenen Angaben und Unterlagen beigelegt.
- (3) Der Antrag betrifft die Zulassung von Lanthanarbonat-Octahydrat als Zusatzstoff in Futtermitteln für Katzen, der in die Zusatzstoffkategorie „zootechnische Zusatzstoffe“ und die Funktionsgruppe „sonstige zootechnische Zusatzstoffe“ eingeordnet werden soll.
- (4) Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (im Folgenden „Behörde“) zog in ihrer Stellungnahme vom 27. Januar 2022 <sup>(2)</sup> den Schluss, dass Lanthanarbonat-Octahydrat unter den vorgeschlagenen Verwendungsbedingungen keine nachteiligen Auswirkungen auf die Tiergesundheit hat. Die Behörde kam zu dem Schluss, dass der Zusatzstoff als zootechnischer Zusatzstoff bei Katzen wirksam sein kann. Besondere Vorgaben für die Überwachung nach dem Inverkehrbringen hält die Behörde nicht für erforderlich. Sie hat außerdem den Bericht über die Methode zur Analyse des Futtermittelzusatzstoffs in Futtermitteln geprüft, den das mit der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 eingerichtete Referenzlabor vorgelegt hat.
- (5) Die Bewertung von Lanthanarbonat-Octahydrat hat ergeben, dass die Bedingungen für die Zulassung gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 erfüllt sind.
- (6) Daher sollte die Verwendung dieser Zubereitung gemäß den Angaben im Anhang der vorliegenden Verordnung zugelassen werden.
- (7) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Der im Anhang genannte Zusatzstoff, der in die Zusatzstoffkategorie „zootechnische Zusatzstoffe“ und die Funktionsgruppe „sonstige zootechnische Zusatzstoffe“ einzuordnen ist, wird unter den im Anhang aufgeführten Bedingungen als Zusatzstoff in der Tierernährung zugelassen.

<sup>(1)</sup> ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 29.

<sup>(2)</sup> EFSA Journal 2022;20(2):7168.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 5. September 2022

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN

---

ANHANG

Kennnummer des Zusatzstoffs	Name des Zulassungsinhabers	Zusatzstoff	Zusammensetzung, chemische Bezeichnung, Beschreibung, Analysemethode	Tierart oder Tierkategorie	Höchstalter	Mindestgehalt	Höchstgehalt	Sonstige Bestimmungen	Geltungsdauer der Zulassung
						mg Zusatzstoff/kg Alleinfuttermittel mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 12 %			

**Kategorie: zootechnische Zusatzstoffe. Funktionsgruppe: sonstige zootechnische Zusatzstoffe (Verringerung der Ausscheidung von Phosphor über den Urin).**

4d23	Porus GmbH	Lanthan-carbonat-Octahydrat	<p><i>Zusammensetzung des Zusatzstoffs</i> Zubereitung von Lanthan-carbonat-Octahydrat mit mindestens 85 % Lanthan-carbonat-Octahydrat als Wirkstoff. Fest</p> <p><i>Charakterisierung des Wirkstoffs</i> Lanthan-carbonat-Octahydrat <math>\text{La}_2(\text{CO}_3)_3 \cdot 8\text{H}_2\text{O}</math> CAS-Nummer: 6487-39-4</p> <p><i>Analysemethode</i> (1) Zur Bestimmung des Gehalts an Carbonat im Futtermittelzusatzstoff: EU-Methode nach Verordnung (EG) Nr. 152/2009 der Kommission (Anhang III, O) Zur Bestimmung des Gehalts an Lanthan im Futtermittelzusatzstoff und im Futtermittel: Atomemissionsspektrometrie mit induktiv gekoppeltem Plasma (ICP-AES)</p>	Katzen	—	1 500	7 500	<ol style="list-style-type: none"> <li>In der Gebrauchsanweisung für den Zusatzstoff und die Vormischung sind die Lagerbedingungen und die Stabilität bei Wärmebehandlung anzugeben.</li> <li>Die Futtermittelunternehmer müssen für die Verwendung des Zusatzstoffs und der Vormischungen operative Verfahren und organisatorische Maßnahmen festlegen, um potenzielle Risiken aufgrund der Verwendung des Stoffs zu verhüten. Können diese Risiken durch solche Verfahren und Maßnahmen nicht beseitigt oder auf ein Minimum reduziert werden, so sind Zusatzstoff und Vormischungen mit persönlicher Schutzausrüstung, einschließlich Atemschutz, zu verwenden.</li> <li>In der Gebrauchsanweisung für den Zusatzstoff ist Folgendes anzugeben: „Zeitgleiche Verwendung von Futtermitteln mit hohem Phosphorgehalt vermeiden.“</li> </ol>	26. September 2032
------	------------	-----------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------	---	-------	-------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------

(1) Nähere Informationen zu den Analysemethoden siehe Website des Referenzlabors unter: [https://joint-research-centre.ec.europa.eu/eurl-fa-eurl-feed-additives/eurl-fa-authorisation/eurl-fa-evaluation-reports\\_en](https://joint-research-centre.ec.europa.eu/eurl-fa-eurl-feed-additives/eurl-fa-authorisation/eurl-fa-evaluation-reports_en)

**DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2022/1472 DER KOMMISSION**  
**vom 5. September 2022**  
**zur Zulassung von Manganlysinatsulfat als Zusatzstoff in Futtermitteln für alle Tierarten**

**(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung <sup>(1)</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 schreibt vor, dass Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung zugelassen werden müssen, und regelt die Voraussetzungen und Verfahren für die Erteilung einer solchen Zulassung.
- (2) Es wurde ein Antrag gemäß Artikel 7 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 auf Zulassung von Manganlysinatsulfat gestellt. Dem Antrag waren die nach Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 vorgeschriebenen Angaben und Unterlagen beigefügt.
- (3) Der Antrag betrifft die Zulassung von Manganlysinatsulfat als Zusatzstoff in Futtermitteln für alle Tierarten, der in die Zusatzstoffkategorie „ernährungsphysiologische Zusatzstoffe“ und die Funktionsgruppe „Verbindungen von Spurenelementen“ eingeordnet werden soll.
- (4) Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (im Folgenden „Behörde“) kam in ihrem Gutachten vom 27. Januar 2022 <sup>(2)</sup> zu dem Schluss, dass Manganlysinatsulfat unter den vorgeschlagenen Verwendungsbedingungen keine nachteiligen Auswirkungen auf die Tiergesundheit, die Verbrauchersicherheit oder die Umwelt hat. Die Behörde schlussfolgerte ferner, dass beim Umgang mit dem Stoff für die Verwender ein Risiko durch Inhalation besteht und dass er die Augen und die Haut reizt und als Hautallergen gelten sollte. Daher ist die Kommission der Auffassung, dass geeignete Schutzmaßnahmen ergriffen werden sollten, um schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, insbesondere bei den Verwendern des Zusatzstoffs, zu vermeiden. Die Behörde gelangte ferner zu dem Schluss, dass der Zusatzstoff bei Masthühnern wirksam ist; diese Schlussfolgerung kann auf alle anderen Tierarten ausgeweitet werden. Besondere Vorgaben für die Überwachung nach dem Inverkehrbringen hält die Behörde nicht für erforderlich. Sie hat außerdem den Bericht über die Methode zur Analyse des Futtermittelzusatzstoffs in Futtermitteln geprüft, den das mit der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 eingerichtete Referenzlabor vorgelegt hat.
- (5) Die Bewertung von Manganlysinatsulfat hat ergeben, dass die Bedingungen für die Zulassung gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 erfüllt sind. Daher sollte die Verwendung dieses Stoffs gemäß den Angaben im Anhang der vorliegenden Verordnung zugelassen werden.
- (6) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*

Der im Anhang genannte Stoff, der in die Zusatzstoffkategorie „ernährungsphysiologische Zusatzstoffe“ und die Funktionsgruppe „Verbindungen von Spurenelementen“ einzuordnen ist, wird unter den in diesem Anhang aufgeführten Bedingungen als Zusatzstoff in der Tierernährung zugelassen.

<sup>(1)</sup> ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 29.

<sup>(2)</sup> EFSA Journal 2022;20(3):7165.

*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 5. September 2022

*Für die Kommission*  
*Die Präsidentin*  
Ursula VON DER LEYEN

---

ANHANG

Kennnummer des Zusatzstoffs	Name des Zulassungsinhabers	Zusatzstoff	Zusammensetzung, chemische Bezeichnung, Beschreibung, Analysemethode	Tierart oder Tierkategorie	Höchstalter	Mindestgehalt	Höchstgehalt	Sonstige Bestimmungen	Geltungsdauer der Zulassung
						Gehalt des Elements (Mn) in mg/kg Alleinfuttermittel mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 12 %			

**Kategorie: ernährungsphysiologische Zusatzstoffe. Funktionsgruppe: Verbindungen von Spurenelementen.**

3b511	—	Manganlysinatsulfat	Zusammensetzung des Zusatzstoffs Mangan und die Aminosäure L-Lysin: im Verhältnis 1:1 (Monohydrat) mit einem Gehalt an: — Mangan 16 %-18 %; — Lysin 44 %-47 %; — Sulfat 27 %-31 % (berechnet aus Schwefel). Fest (≤ 10 % Feuchtigkeit)	Alle Tierarten außer Fische	—	—	150 (insgesamt)	1. Der Zusatzstoff wird Futtermitteln als Vormischung beigegeben. 2. Die Futtermittelunternehmen müssen für die Verwender des Zusatzstoffs und der Vormischungen operative Verfahren und angemessene organisatorische Maßnahmen festlegen, um die potenziellen Risiken zu verhüten. Wenn die Risiken durch diese Verfahren und Maßnahmen nicht auf ein vertretbares Maß reduziert werden können, sind Zusatzstoff und Vormischungen mit geeigneter persönlicher Schutzausrüstung, einschließlich Atem-, Haut- und Augenschutz, zu verwenden.	26.9.2032
			Charakterisierung der Wirkstoffe Chemische Bezeichnung: $C_6H_{16}MnN_2O_7S$ IUPAC: Monoaquamonolysinatmangan(II)-sulfat	Fische			100 (insgesamt)		
			Analysemethoden <sup>(1)</sup> Zur Bestimmung des Gesamtgehalts an Mangan im Futtermittelzusatzstoff, in Vormischungen und in Futtermitteln: — Atomabsorptionsspektrometrie (AAS) — ISO 6869 oder — Atomemissionsspektrometrie mit induktiv gekoppeltem Plasma nach Druckaufschluss (ICP-AES) — EN 15621 oder						

			<ul style="list-style-type: none"> <li>— Atomemissionsspektrometrie mit induktiv gekoppeltem Plasma (ICP-AES) — EN 15510 oder</li> <li>— Massenspektrometrie mit induktiv gekoppeltem Plasma (ICP-MS) — EN 17053 (ausschließlich für Vormischungen und Futtermittel) oder</li> <li>— Atomabsorptionsspektrometrie (AAS) — Verordnung (EG) Nr. 152/2009 der Kommission (ausschließlich für Futtermittel)</li> </ul> <p>Zur Bestimmung des Gehalts an Lysin im Futtermittelzusatzstoff:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Ionenaustauschchromatografie gekoppelt mit Nachsäulenderivatisierung und optischer Detektion (IEC-VIS/FLD) — EN ISO 17180</li> </ul> <p>Zur Identifizierung von Sulfat im Futtermittelzusatzstoff:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>— Monografie des Europäischen Arzneibuchs 20301</li> </ul>					
--	--	--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	--	--	--	--

(<sup>1</sup>) Nähere Informationen zu den Analysemethoden siehe Website des Referenzlabors unter: [https://joint-research-centre.ec.europa.eu/eurl-fa-eurl-feed-additives/eurl-fa-authorisation/eurl-fa-evaluation-reports\\_en](https://joint-research-centre.ec.europa.eu/eurl-fa-eurl-feed-additives/eurl-fa-authorisation/eurl-fa-evaluation-reports_en)



ISSN 1977-0642 (elektronische Ausgabe)  
ISSN 1725-2539 (Papierausgabe)



Amt für Veröffentlichungen  
der Europäischen Union  
L-2985 Luxemburg  
LUXEMBURG

DE